

Beteiligungsbericht der Stadt Lüdenscheid für das Berichtsjahr 2021



Stadt
Lüdenscheid

Vorwort zum Beteiligungsbericht

Der Beteiligungsbericht der Stadt Lüdenscheid gibt Ratsmitgliedern, Einwohnerinnen und Einwohnern die Möglichkeit, sich über die Gesellschaften zu informieren, an denen die Stadt Lüdenscheid beteiligt ist.

Die Stadt Lüdenscheid ist an Gesellschaften der Branchen Energie, Versorgung, Wohnungsbau, Verkehr, Wirtschaftsförderung sowie Altenpflege beteiligt. Außerdem betreibt die Stadt eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung, die vor allem der Entsorgung im Abfallbereich dient. Die Anstalt des öffentlichen Rechts ist für die Abwasserbeseitigung zuständig.

Der Beteiligungsbericht wird nach § 117 GO NRW und § 53 KomHVO NRW erstellt und enthält Angaben über:

- die Beteiligungsverhältnisse,
- die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
- eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
- Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

Ebenfalls ist dem Beteiligungsbericht eine Übersicht über die gemeindlichen Beteiligungen unter Angabe der Höhe der Anteile an jeder Beteiligung in Prozent beigefügt. Entsprechend der geltenden gesetzlichen Vorschriften liegen alle Beteiligungen im öffentlichen Interesse. Sie dienen der Daseinsvorsorge und demnach der Erledigung von städtischen Aufgaben.

Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen	4
2	Beteiligungsbericht Berichtsjahr 2021	6
2.1	Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes	6
2.2	Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes	7
3	Das Beteiligungsportfolio der Stadt Lüdenscheid	8
3.1	Änderungen im Beteiligungsportfolio	11
3.2	Beteiligungsstruktur	11
3.3	Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen	14
3.4	Einzeldarstellung	18
3.4.1	Unmittelbare Beteiligungen der Stadt Lüdenscheid zum 31.12.2021	18
3.4.1.1	Seniorenwohnheim Weststraße gemeinnützige GmbH	19
3.4.1.2	STL Bauträger- und Beteiligungs-GmbH	29
3.4.1.3	Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid	37
3.4.1.4	Lüdenscheider Wohnstätten AG	56
3.4.1.5	Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid -AöR-	68
3.4.1.6	Entwicklungs- und GründerCentrum Lüdenscheid GmbH	85
3.4.1.7	Märkischer Gewerbepark Rosmart GmbH	93
3.4.1.8	Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH	101
3.4.1.9	ENERVIE Südwestfalen Energie und Wasser AG	108
3.4.1.10	Kunststoff-Institut für die mittelständische Wirtschaft GmbH	126
3.4.1.11	Kunststiftung Lüdenscheid (nachrichtlich)	140
3.4.2	Mittelbare Beteiligungen der Stadt Lüdenscheid zum 31.12.2020	142
3.4.2.1	Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH	142
4	Organisation der Beteiligungsverwaltung	154
5	Public Corporate Governance Kodex	155

1 Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht nach Art. 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Kommunen sind gem. Art. 78 Absatz 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen in ihrem Gebiet die alleinigen Träger der öffentlichen Verwaltung, soweit die Gesetze nichts anderes vorschreiben.

Durch diese verfassungsrechtlich verankerte Selbstverwaltungsgarantie haben die Kommunen die Möglichkeit, sich über den eigenen Hoheitsbereich hinausgehend wirtschaftlich zu betätigen. Ihren rechtlichen Rahmen findet die wirtschaftliche Betätigung im 11. Teil (§§ 107 ff.) der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Hierin ist geregelt, unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung zulässig ist („ob“) und welcher Rechtsform – öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich – die Kommunen sich dabei bedienen dürfen („wie“).

Gemäß § 107 Absatz 1 GO NRW darf sich eine Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert (Nummer 1), die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht (Nummer 2) und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann (Nummer 3).

Von der wirtschaftlichen Betätigung ist die sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gemäß § 107 Absatz 2 GO NRW abzugrenzen. Hierunter fallen Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist (Nummer 1), öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen (Nummer 3), Einrichtungen des Umweltschutzes (Nummer 4) sowie Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen (Nummer 5). Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

In § 109 sind die allgemeinen Wirtschaftsgrundsätze, die sowohl für die wirtschaftliche als auch für die nichtwirtschaftliche Betätigung gelten, niedergelegt. Demnach sind die Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

Bei der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Betätigung liegt es vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen im Ermessen der Kommunen, neben öffentlich-rechtlichen auch privatrechtliche Organisationsformen zu wählen. So dürfen Kommunen unter den Voraussetzungen des § 108 GO NRW Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gründen oder sich daran beteiligen. Unter anderem muss die Erfüllung des öffentlichen Zwecks

durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut gewährleistet sein und eine Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt.

Da im Verfassungsstaat das Gemeinwohl der allgemeine Legitimationsgrund aller Staatlichkeit ist, muss jedes Handeln der öffentlichen Hand einen öffentlichen Zweck verfolgen. Die gesetzliche Normierung der Erfüllung des öffentlichen Zwecks als Grundvoraussetzung für die Aufnahme einer wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung einer Kommune soll daher gewährleisten, dass sich diese stets im zulässigen Rahmen kommunaler Aufgabenerfüllung zu bewegen hat. Es ist daher nicht Angelegenheit der kommunalen Ebene, sich ausschließlich mit dem Ziel der Gewinnerzielung in den wirtschaftlichen Wettbewerb zu begeben. Stattdessen kann eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung nur Instrument zur Erfüllung bestehender kommunaler Aufgaben sein.

Die Ausgestaltung des öffentlichen Zwecks ist dabei so vielfältig wie der verfassungsrechtlich umrissene Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Der „öffentliche Zweck“ stellt einen unbestimmten Rechtsbegriff dar, für dessen inhaltliche Bestimmung zuvorderst die Zielsetzung des gemeindlichen Handelns maßgeblich ist.

2 Beteiligungsbericht Berichtsjahr 2021

2.1 Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes

Grundsätzlich haben sämtliche Kommunen gemäß § 116 Absatz 1 GO NRW in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss, der die Jahresabschlüsse sämtlicher verselbständigter Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form konsolidiert, sowie einen Gesamtlagebericht nach Absatz 2 aufzustellen.

Hiervon abweichend sind Kommunen gemäß § 116a Absatz 1 GO NRW von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses und Gesamtlageberichts befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der drei im Gesetz genannten Merkmale zutreffen.

Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses entscheidet der Rat der Stadt Lüdenscheid gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid hat am 04.10.2021 für das Jahr 2021 gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW entschieden, von der nach § 116a Absatz 1 GO NRW vorgesehenen Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses und Gesamtlageberichts Gebrauch zu machen. Daher hat die Stadt Lüdenscheid gemäß § 116a Absatz 3 GO NRW einen Beteiligungsbericht nach § 117 GO NRW zu erstellen.

Der Beteiligungsbericht hat gemäß § 117 Absatz 2 GO NRW grundsätzlich folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten:

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

Über den Beteiligungsbericht ist nach § 117 Absatz 1 Satz 3 GO NRW ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen.

2.2 Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht enthält die näheren Informationen über sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen an sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form der Stadt Lüdenscheid. Er lenkt den Blick jährlich auf die einzelnen Beteiligungen, indem er Auskunft über alle verselbständigten Aufgabenbereiche der Stadt Lüdenscheid, deren Leistungsspektrum und deren wirtschaftliche Situation und Aussichten gibt, unabhängig davon, ob diese dem Konsolidierungskreis für einen Gesamtabschluss angehören würden. Damit erfolgt eine differenzierte Darstellung der Leistungsfähigkeit der Stadt Lüdenscheid durch die Abbildung der Daten der einzelnen Beteiligungen.

Die Gliederung des Beteiligungsberichtes und die Angaben zu den einzelnen Beteiligungen ermöglichen, dass eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den dahinterstehenden Aufgaben hergestellt werden kann. Dies ermöglicht durch den Vergleich der Leistungen mit den Aufgaben auch die Feststellung, ob die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Lüdenscheid durch die verschiedenen Organisationsformen nachhaltig gewährleistet ist.

Der Beteiligungsbericht unterstützt damit eine regelmäßige Aufgabenkritik und eine Analyse der Aufbauorganisation der Stadt Lüdenscheid insgesamt durch die Mitglieder der Vertretungsgremien.

Adressat der Aufstellungspflicht ist die Stadt Lüdenscheid. Um diese Pflicht erfüllen zu können, müssen der Stadt Lüdenscheid die entsprechenden Informationen zur Verfügung stehen.

Hierzu kann die Stadt Lüdenscheid unmittelbar von jedem verselbständigten Aufgabenbereich alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, die die Aufstellung des Beteiligungsberichtes erfordert (vgl. § 117 Absatz 1 Satz 2 i.V.m. § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW).

Die verwendeten wirtschaftlichen Daten beruhen auf den im Laufe des Jahres 2022 festgestellten Jahresabschlüssen für das Geschäftsjahr 2021. Die Angaben zur Besetzung der Überwachungsorgane weisen das gesamte Jahr 2021 aus. Die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen des Geschäftsjahres in Höhe von über 10 T€ der Beteiligungsunternehmen zur Stadt Lüdenscheid und untereinander wurden bei den Gesellschaften erfragt. Die Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen der Stadt Lüdenscheid, der SELH AöR und dem STL wurden den jeweils mit der Stadt Lüdenscheid abgestimmten Saldenabgleichen entnommen.

3 Das Beteiligungsportfolio der Stadt Lüdenscheid

Die Darstellung des Beteiligungsberichts 2021 erfolgt auf der Grundlage des Musters für den Beteiligungsbericht (Anlage 32 zur „VV Muster zur GO NRW und KomHVO NRW“), das am 13.04.2021 im Ministerialblatt veröffentlicht wurde.

Dargestellt werden die Beteiligungsunternehmen, an denen die Stadt Lüdenscheid unmittelbar mit mehr als 20 % beteiligt ist. Zudem wird über die als wesentlich anzusehende mittelbare Beteiligung „Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH“ berichtet.

Zu den ausgewählten Daten im Einzelnen:

- Die ausgewählten Unternehmensdaten beziehen sich auf den Jahresabschluss zum Stichtag 31.12.2021.
- Der Gegenstand des Unternehmens und der Lagebericht werden aus den Jahresabschlüssen 2021 der Gesellschaften übernommen.
- Die Angaben über die Besetzung der Gesellschaftsorgane erfolgen unterjährig für das Kalenderjahr 2021.
- Die Entwicklungen der Bilanzen, der Gewinn- und Verlustrechnungen und die Kennzahlen der Beteiligungsunternehmen werden im Zweijahresvergleich abgebildet.
- Die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungsunternehmen des Geschäftsjahres zur Stadt Lüdenscheid und untereinander werden dargestellt.

Als Hinweis ist hinzuzufügen, dass aufgrund der Komprimierung des Zahlenmaterials und der Verwendung von Formeln die Beträge Rundungsdifferenzen aufweisen können.

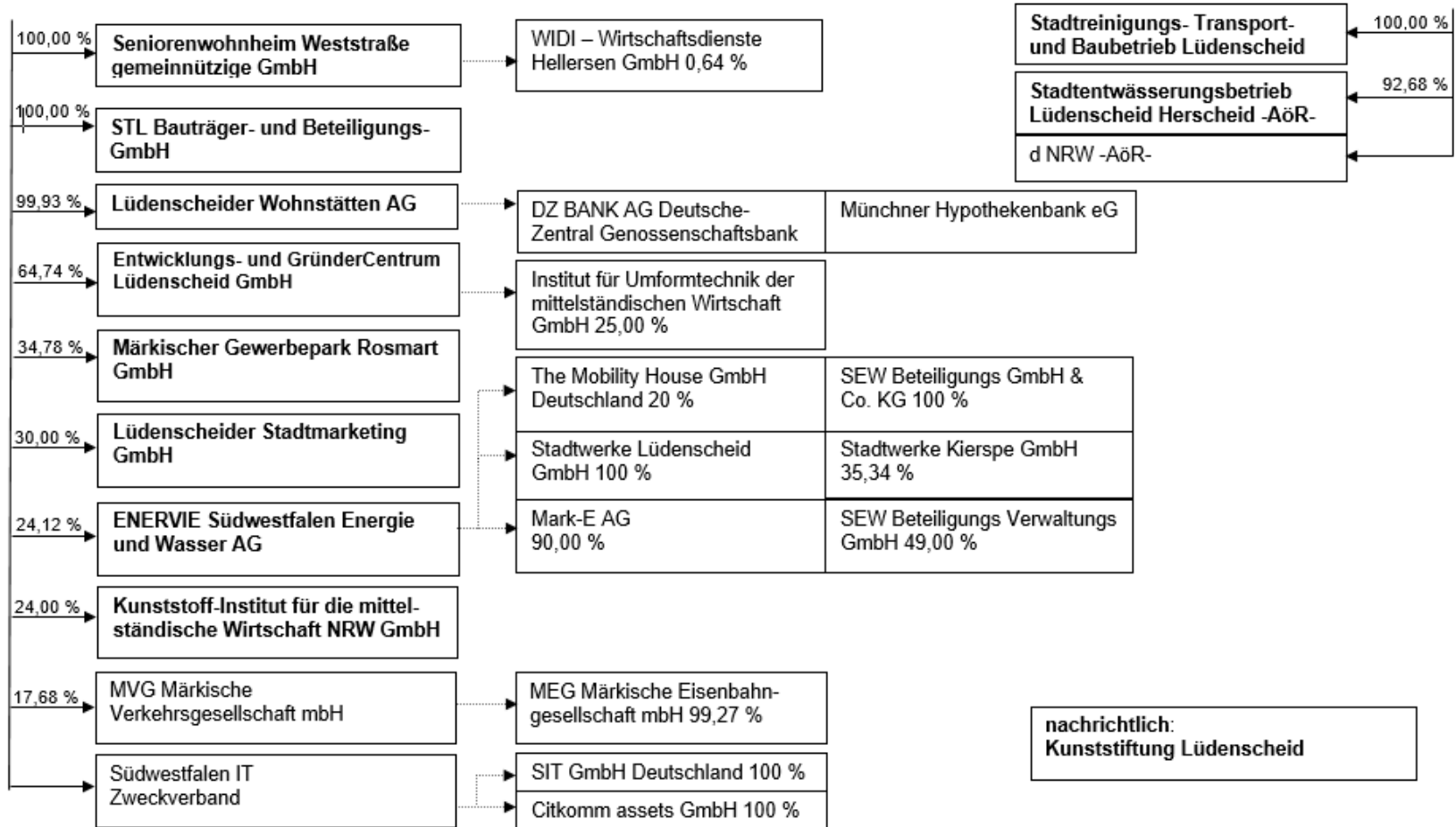
**Tabellarische Darstellung der Beteiligungen der Stadt Lüdenscheid
Stand: 31.12.2021**

Beteiligungsunternehmen mit einer Beteiligungsquote <u>über</u> 50 %	Stammkapital €	Anteil der Stadt am Stammkapital €	Anteil der Stadt am Stammkapital %
- Seniorenwohnheim Weststraße gemeinnützige GmbH	255.645,94	255.645,94	100,00
- STL Bauträger- und Beteiligungs- GmbH	511.291,88	511.291,88	100,00
- Lüdenscheider Wohnstätten AG	8.819.784,96	8.813.611,11	99,93
- Entwicklungs- und GründerCentrum Lüdenscheid GmbH	556.850,00	360.500,00	64,74
Beteiligungsunternehmen mit einer Beteiligungsquote <u>unter</u> 50 %			
- Märkischer Gewerbepark Rosmart GmbH	207.000,00	72.000,00	34,78
- Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH	100.000,00	30.000,00	30,00
- ENERVIE Südwestfalen Energie und Wasser AG	114.900.000,00	27.718.192,00	24,12
- Kunststoff-Institut für die mittel- ständische Wirtschaft NRW GmbH	450.000,00	108.000,00	24,00
- MVG Märkische Verkehrsgesellschaft GmbH	5.410.551,00	956.372,00	17,68
Sondervermögen Eigenbetriebsähnliche Einrichtung			
- Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid	1.942.909,15	1.942.909,15	100,00
Rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts			
- Stadtentwässerungsbetrieb Lüden- scheid Herscheid -AöR-	21.580.000,00	20.000.000,00	92,68
- d-NRW -AöR-	1.283.000,00	1.000,00	0,08%
		Anteil der Stadt am Stammkapital €	Anteil der Stadt am Stammkapital %
nachrichtlich:	Stiftungskapital €		
- Kunststiftung Lüdenscheid	727.706,43	100.000,00	13,74

Stand: 31.12.2021



→ unmittelbare Beteiligungen
 mittelbare Beteiligungen



3.1 Änderungen im Beteiligungsportfolio

Im Jahr Berichtsjahr 2021 hat es keine Änderungen im Beteiligungsportfolio der Stadt Lüdenscheid gegeben.

3.2 Beteiligungsstruktur

Tabelle 1:

Übersicht der Beteiligungen der Stadt Lüdenscheid mit Angabe der Beteiligungsverhältnisse und Jahresergebnisse

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2021	Anteil am Stammkapital		Beteiligungsart
		T€	T€	%	
1	Seniorenwohnheim Weststraße GmbH	256	256	100,00	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2021	1.706			
zu 1	WIDI – Wirtschaftsdienste Hellersen GmbH	1.634	11	0,64	Mittelbar
	Jahresergebnis 2019, Jahresergebnis 2020 und 2021 liegen nicht vor	608			
2	STL GmbH	511	511	100,00	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2021	213			
3	Stadtreinigungs- Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid	1.943	1.943	100,00	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2021	3			
4	Lüdenscheider Wohnstätten AG	8.820	8.814	99,93	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2021	1.608			
zu 4 4.1	DZ BANK AG Deutsche-Zentral Genossenschaftsbank	4.926.198	4	Anteil aufgrund der minimalen Beteiligung nicht darstellbar	Mittelbar
	Jahresergebnis 2021	359.000			
4.2	Münchener Hypothekbank eG	1.243.221	0,07	Anteil aufgrund der minimalen Beteiligung nicht darstellbar	Mittelbar
	Jahresergebnis 2021	59.000			
5	Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid -AöR-	21.580	20.000	92,68	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2021	6.683			

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2021	Anteil am Stammkapital		Beteiligungsart
		T€	T€	%	
6	Entwicklungs- und Gründer-Centrum Lüdenscheid GmbH	557	361	64,74	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2021	-45			
zu 6	Institut für Umformtechnik der mittelständischen Wirtschaft GmbH	205	51	25,00	Mittelbar
	Jahresergebnis 2021	-1,9			
7	Märkischer Gewerbepark Rosmart GmbH	207	72	34,78	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2021	-655			
8	Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH	100	30	30,00	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2021	66			
9	ENERVIE Südwestfalen Energie und Wasser AG	114.900	27.718	24,12	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2021	51.452			
zu 9 9.1	The Mobility House GmbH Deutschland	200.000	40.000	20,00	Mittelbar
	Jahresergebnis 2020, 2021 liegt nicht vor	24			
9.2	Stadtwerke Lüdenscheid GmbH	26.357	26.357	100,00	Mittelbar
	Jahresergebnis 2021	4.941			
9.3	SEW Beteiligungs GmbH & Co. KG	1.000*	1.000	100,00	Mittelbar
	Jahresergebnis 2021	693			
9.4	Mark-E AG	66.470	59.823	90,00	Mittelbar
	Jahresergebnis 2021	47.412			
9.5	SEW Beteiligungs Verwaltungs GmbH	25.000	12.250	49,00	Mittelbar
	Jahresergebnis 2020, 2021 liegt nicht vor	-5			
9.6	Stadtwerke Kierspe GmbH	4.479	1.583	35,34	Mittelbar
	Jahresergebnis 2020, 2021 liegt nicht vor	1.019			
10	Kunststoff-Institut für die mittelständische Wirtschaft NRW GmbH	450	108	24,00	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2021	4			

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2021	Anteil am Stammkapital		Beteiligungsart
			T€	T€	
11	Zweckverband Südwestfalen IT	Kein Stammkapital, da Zweckverband	Nicht darstellbar, da kein Stammkapital	Nicht darstellbar, da kein Stammkapital	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2021	-1.108			
11 zu 11.1	Südwestfalen – IT (SIT GmbH)	250	s.o	s.o.	Mittelbar
	Jahresergebnis 2021	369			
11.2	Citkomm assets GmbH	35	s.o	s.o	Mittelbar
	Jahresergebnis 2021	-2			
12	Kunststiftung Lüdenscheid	728	100	13,74	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2021	3			
13	MVG Märkische Verkehrsgesellschaft mbH	5.411	956	17,68	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2021	0			
13 zu 13.1	MEG Märkische Eisenbahngesellschaft mbH	1.150	1.142	99,27	Mittelbar
	Jahresergebnis 2021	150			
14	d NRW -AöR-	1.271	1	0,08	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2021	0			

* Hinweis: Aufgrund der Rechtsform handelt es bei der SEW Beteiligungs GmbH & Co. KG um die Kommanditeinlage.

3.3 Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Tabelle 2: Übersicht über die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen im Konzern Stadt Lüdenschaid (in T€)

		unmittelbare Beteiligungen											mittelbare Beteiligung	
		Stadt Lüdenschaid	Seniorenwohnheim	STL	STL GmbH	LüWo	SELH	EGC	MGR	LSM	ENERVIE	KIMW	Kunststiftung	Bäderbetrieb Lüdenschaid GmbH
Stadt Lüdenschaid	Forderungen		0	47.140	0	1.691.881	228.150	0	0	0	8.430.000	0	0	0
	Verbindlichkeiten		0	896.069	0	0	4.289.771	0	0	0	0	0	0	23.260
	Erträge		207.447	1.019.660	47.500	882.519	3.900.228	12.731	106.054	0	3.009.359	unter 10 T€	0	60.945
	Aufwendungen		0	24.088.888	0	468.265	2.446.485	80.040	0	200.000	0	0	0	48.234
Seniorenwohnheim	Forderungen	0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Verbindlichkeiten	0		0	0	0	unter 10 T€	0	0	0	0	0	0	0
	Erträge	0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Aufwendungen	207.447		0	0	0	54.028	0	0	0	0	0	0	0
STL	Forderungen	896.069	0		59.958	unter 10 T€	unter 10 T€	unter 10 T€	0	unter 10 T€	0	0	0	unter 10 T€
	Verbindlichkeiten	47.140	0		unter 10 T€	0	11.151	0	0	0	0	0	0	0
	Erträge	24.088.888	0		59.958	unter 10 T€	82.633	unter 10 T€	0	99.276	0	0	0	19.273
	Aufwendungen	1.019.660	0		809.944	0	366.304	0	0	0	0	0	0	0
STL GmbH	Forderungen	0	0	unter 10 T€		0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Verbindlichkeiten	0	0	59.958		0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Erträge	0	0	809.944		0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Aufwendungen	47.500	0	59.958		0	0	0	0	0	0	0	0	0

		unmittelbare Beteiligungen											<u>mittelbare Beteiligung</u>	
		Stadt Lüdenscheid	Seniorenwohnheim	STL	STL GmbH	LüWo	SELH	EGC	MGR	LSM	ENERVIE	KIMW	Kunststiftung	Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH
LüWo	Forderungen	0	0	0	0		0	0	0	0	0	0	0	0
	Verbindlichkeiten	1.691.881	0	unter 10 T€	0		0	0	0	0	0	0	0	0
	Erträge	468.265	0	0	0		0	0	0	0	0	0	0	0
	Aufwendungen	882.519	0	unter 10 T€	0		564.687	0	0	0	0	0	0	0
SELH	Forderungen	4.289.771	unter 10 T€	11.151	0	0		0	0	0	0	0	0	0
	Verbindlichkeiten	228.150	0	unter 10T€	0	0		0	0	0	0	0	0	0
	Erträge	2.446.485	54.028	366.304	0	564.687		16.212	0	0	0	0	0	134.147
	Aufwendungen	3.900.228	0	82.633	0	0		0	0	0	0	0	0	0
EGC	Forderungen	0	0	0	0	0	0		0	0	0	unter 10 T€	0	0
	Verbindlichkeiten	0	0	unter 10 T€	0	0	0		0	0	0	0	0	0
	Erträge	80.040	0	0	0	0	0		0	0	0	132.449	0	0
	Aufwendungen	12.731	0	unter 10 T€	0	0	16.212		0	0	0	0	0	0
MGR	Forderungen	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0	0	0
	Verbindlichkeiten	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0	0	0
	Erträge	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0	0	0
	Aufwendungen	106.054	0	0	0	0	0	0		0	0	0	0	0

		unmittelbare Beteiligungen											mittelbare Beteiligung	
		Stadt Lüdenscheid	Seniorenwohnhelm	STL	STL GmbH	LüWo	SELH	EGC	MGR	LSM	ENERVIE	KIMW	Kunststiftung	Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH
LSM	Forderungen	0	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0	0
	Verbindlichkeiten	0	0	unter 10T€	0	0	0	0	0		0	0	0	0
	Erträge	200.000	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0	0
	Aufwendungen	0	0	unter 10T€	0	0	0	0	0		0	0	0	0
ENERVIE	Forderungen	0	0	0	0	0	0	0	0			0	0	13.106
	Verbindlichkeiten	8.430.000	0	0	0	0	0	0	0			0	0	0
	Erträge	0	0	0	0	0	0	0	0			0	0	0
	Aufwendungen	3.009.359	0	0	0	0	0	0	0			0	0	0
KIMW	Forderungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0	0
	Verbindlichkeiten	0	0	0	0	0	0	unter 10 T€	0	0	0		0	0
	Erträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0	0
	Aufwendungen	unter 10 T€	0	0	0	0	0	132.449	0	0	0		0	0
Kunststiftung	Forderungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0
	Verbindlichkeiten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0
	Erträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0
	Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0

unmittelbare Beteiligungen												<u>mittelbare Beteiligung</u>
Stadt Lüdenscheid	Seniorenwohnheim	STL	STL GmbH	LüWo	SELH	EGC	MGR	LSM	ENERVIE	KIMW	Kunststiftung	Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH

<i>mittelbare Beteiligung:</i> Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH	Forderungen	23.260	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Verbindlichkeiten	0	0	unter 10 T€	0	0	0	0	0	13.106	0	0	
	Erträge	48.234	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Aufwendungen	60.945	0	19.273	0	0	134.147	0	0	0	0	0	

3.4 Einzeldarstellung

3.4.1 Unmittelbare Beteiligungen der Stadt Lüdenscheid zum 31.12.2021

Die unmittelbaren Beteiligungen werden in der Bilanz unter der langfristigen Vermögensposition „Finanzanlagen“

- als „Anteile an verbundenen Unternehmen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Beteiligungen zum Ausweis, bei denen die Stadt Lüdenscheid einen beherrschenden Einfluss auf die Beteiligung ausüben kann. Dieser liegt in der Regel vor, wenn die Stadt Lüdenscheid mehr als 50 % der Anteile hält.
- als „Beteiligungen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Anteile an Unternehmen und Einrichtungen zum Ausweis, die die Kommune mit der Absicht hält, eine auf Dauer angelegte, im Regelfall über ein Jahr hinausgehende Verbindung einzugehen und bei denen es sich nicht um verbundene Unternehmen handelt.
- als „Sondervermögen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Kommunalvermögen, das zur Erfüllung eines bestimmten Zwecks dient und daher getrennt vom allgemeinen Haushalt der Stadt Lüdenscheid geführt wird. Sondervermögen sind gemäß § 97 GO NRW das Gemeindegliedervermögen, das Vermögen rechtlich unselbstständiger örtlicher Stiftungen, Eigenbetriebe (§ 114 GO NRW) und organisatorisch verselbstständigte Einrichtungen (§ 107 Abs. 2 GO NRW) ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
- als „Wertpapiere des Anlagevermögens“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Unternehmensanteile, die auf Dauer angelegt werden, durch die jedoch keine dauernde Verbindung der Stadt Lüdenscheid zum Unternehmen hergestellt werden soll. Aufgrund dessen werden diese in Tabelle 1 lediglich nachrichtlich ausgewiesen.
- als „Ausleihungen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um langfristige Finanzforderungen der Stadt Lüdenscheid gegenüber Dritten, die durch den Einsatz kommunalen Kapitals an diese entstanden sind und dem Geschäftsbetrieb der Stadt Lüdenscheid dauerhaft dienen sollen. Mit Ausnahme von GmbH-Anteilen, die nicht als verbundene Unternehmen oder Beteiligungen ausgewiesen werden, weil sie lediglich als Kapitalanlage gehalten werden, handelt es sich bei den Ausleihungen nicht um Beteiligungen im Sinne der GO NRW. Aufgrund dessen werden diese lediglich in Tabelle 1 nachrichtlich ausgewiesen.

3.4.1.1 Seniorenwohnheim Weststraße gemeinnützige GmbH

Basisdaten

Anschrift	Weststraße 19 58509 Lüdenscheid
Gründungsjahr	1993
Grundkapital	255.645,94 €

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Einrichtungen der Altenhilfe sowie der damit im weitesten Sinne verbundenen Nebeneinrichtungen und Dienstleistungen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Nach dem Gesellschaftsvertrag verfolgt die Gesellschaft ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige bzw. mildtätige Wohlfahrtszwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung 1977 (§§ 51 ff.) in der jeweils gültigen Fassung. Die Gesellschaft ist so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Die Wirtschaftlichkeitsgrundsätze nach § 109 GO werden angewendet.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Beteiligung der Stadt	100,00 %
Weitere Beteiligungen:	Zum 01.11.2003 hat die Gesellschaft den Anteil der Stadt Lüdenscheid an der WIDI Wirtschaftsdienste Hellersen GmbH zum Nominalwert von 10.361,72 € erworben.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Finanzbeziehungen des Seniorenwohnheims zur Stadt Lüdenscheid bestehen wie folgt:

- Aufwendungen in Höhe von 207,4 T€. Hiervon entfällt ein Betrag von 155 € auf die jährliche Ausschüttung des Seniorenwohnheims an die Stadt Lüdenscheid für gemeinnützige Zwecke. Der restliche Betrag entfällt auf Grundbesitzabgaben.

Finanzbeziehungen des Seniorenwohnheims zur SELH bestehen wie folgt:

- Aufwendungen in Höhe von 54,0 T€ für Entwässerungsgebühren.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	T€	T€	T€		T€	T€	T€
Anlagevermögen	16.466,8	17.066,4	-599,6	Eigenkapital	21.159,4	19.608,8	1.550,5
Umlaufvermögen	8.602,0	9.945,0	-1.343,1	Sonderposten	196,4	208,0	-11,6
				Rückstellungen	708,3	831,6	-123,3
				Verbindlichkeiten	2.902,1	6.243,5	-3.341,4
Aktive Rechnungsabgrenzung	0,0	0,0	0,0	Passive Rechnungsabgrenzung	102,7	119,5	-16,8
Bilanzsumme	25.068,8	27.011,4	-1.942,6	Bilanzsumme	25.068,8	27.011,4	-1.942,6

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Stand der Bürgschaft zum 31.12.2021 in €	Bürgschaftsnehmer	Bürgschaftsgeber	Gläubiger der Hauptforderung
161.058,00	Seniorenwohnheim Weststraße gGmbH	Stadt Lüdenscheid	Landschaftsverband
Gesamt: 161.058,00			

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	T€	T€	T€
1. Umsatzerlöse	10.865,1	10.536,5	328,6
2. sonstige betriebliche Erträge	1.489,0	1.088,9	400,0
3. Materialaufwand	1.693,0	1.527,2	165,8
4. Personalaufwand	7.727,5	7.751,0	-23,5
5. Abschreibungen	622,4	637,5	-15,1
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	550,5	501,8	48,7
7. Finanzergebnis	-55,1	-114,0	58,9
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	1.705,6	1.093,9	611,7
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	1.705,6	1.093,9	611,7

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	%	%	%
Eigenkapitalquote	85,2	73,4	11,8
Eigenkapitalrentabilität	8,1	5,6	2,5
Anlagendeckungsgrad 2	129,7	116,1	13,6
Verschuldungsgrad	17,1	36,1	-19,0
Umsatzrentabilität	13,8	9,4	4,4

Personalbestand

Im Berichtsjahr 2021 betrug die Zahl der Beschäftigten 254 (Vorjahr 240).

Geschäftsentwicklung

Es wird hier die Berichterstattung der Gesellschaft aus dem Lagebericht 2021 dargestellt.

Grundlage des Unternehmens

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Einrichtungen der Altenhilfe sowie der damit im weitesten Sinne verbundenen Nebeneinrichtungen und Dienstleistungen. Dabei verfolgt die Gesellschaft ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke.

Wirtschaftsbericht

Geschäftsverlauf und Lage des Unternehmens

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit mit einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 1.706 (Vorjahr T€ 1.094) ist als sehr gut zu bewerten.

Die Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge sind in der Summe um T€ 729 (Vorjahr T€ 515) gestiegen. Die Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen sind um T€ 229 sowie die Erträge aus Unterkunft und Verpflegung um T€ 44 gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Ursächlich hierfür war, dass die pandemiebedingten Belegungsbeschränkungen, die insbesondere im Bereich der Tagespflege zu Einnahmeausfällen geführt haben, in 2021 entfallen sind. Der weitere Ertragszuwachs resultiert mit T€ 402 im Wesentlichen aus dem Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge. In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind die Zuschüsse nach der Verordnung über Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der pflegerischen Versorgung während der durch das Coronavirus SARS-CoV-2 verursachten Pandemie (sogenannter Pflege-Rettungsschirm) sowie die Erstattungen nach der Corona-TestVO enthalten. Der Pflege-Rettungsschirm ist zum 30.06.2022 ausgelaufen und damit werden die Mehrkosten bzw. Mindereinnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie ab dem 01.07.2022 nicht mehr erstattet. Pandemiebedingte Mindereinnahmen sind aus heutiger Sicht für die Einrichtungen nicht zu erwarten. Mehrkosten (erhöhter Sachaufwand für Schutzmaterial, erhöhter Personalaufwand) werden dagegen weiterhin entstehen. Die Erstattungsansprüche nach der Corona-TestVO sind dagegen bis auf Weiteres gegeben. Die Kosten für die Beschaffung und Durchführung der Corona-Schnelltests werden somit weiterhin bezuschusst.

Die Betriebskosten einschließlich des Personalaufwandes sind in der Summe lediglich um T€ 143 (Vorjahr T€ 309) gestiegen. Ausschlaggebend hierfür ist die Entwicklung der Personalaufwendungen, die gegenüber dem Vorjahr sogar um T€ 24 gesunken sind, obwohl ein deutlicher Anstieg aufgrund zu erwartender Tarifsteigerungen und zusätzlichem Personal prognostiziert war.

Die Gewinnung von Fachkräften für die Pflege und Therapie ist seit Jahren schwierig und die Situation hat sich durch die Corona-Pandemie weiter verschärft. Die enorme Belastung dieser Berufsgruppen in den vergangenen zwei Jahren und die zudem vom Gesetzgeber vorgegebene Impfpflicht haben dazu geführt, dass sich zahlreiche Beschäftigte aus dem Gesundheitssektor zurückgezogen haben oder ihre Berufstätigkeit ins Ausland verlagert haben. Die hieraus resultierende Verknappung des verfügbaren Personals, bei gleichzeitig gestiegenem Bedarf (Fachpersonal für Testzentren und Mehrbedarf in Kliniken), hat im zurückliegenden Jahr die Gewinnung externer Mitarbeiter für die Besetzung freier Stellen nahezu unmöglich gemacht. Hieraus resultierend sind auch die Personalaufwendungen deutlich geringer als geplant ausgefallen.

Für das Unternehmen wird sich die personelle Situation voraussichtlich ab dem zweiten Halbjahr 2022 durch die Einstellung der Altenpflegeschüler/innen, die im laufenden Jahr ihr Examen ablegen und durch die Rückkehr mehrerer Fachkräfte aus der Elternzeit – in der Summe 10 Fachkräfte –, spürbar entspannen.

Das Finanzergebnis hat sich nochmals um T€ 59 (Vorjahr T€ 16) verbessert und beträgt nunmehr T€ -55.

Mit Blick auf das außerordentlich gute Geschäftsergebnis 2021 ist die ursprüngliche Planung, im Jahr 2022 Vergütungsverhandlungen zur Neufestsetzung der Pflegesätze im stationären

Bereich aufzunehmen, nochmals zurückgestellt worden. Unabhängig davon sind auch die personellen Ressourcen der Verwaltung durch den weiterhin erheblichen administrativen Aufwand im Zusammenhang mit der Pandemie und die Wiederaufnahme der Tätigkeit der verschiedenen Prüfinstitutionen (Medizinischer Dienst, Wohn- und Teilhabe-Behörde, Gesundheitsamt, Lebensmittelaufsicht, Bauaufsicht u. s. w.) gebunden.

Die Vermögenslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr nochmals verbessert. Die flüssigen Mittel einschließlich Wertpapierdepots haben zwar um T€ 1.568 (Vorjahr T€ 801 Zunahme) abgenommen. Das Sachanlagevermögen hat ebenfalls um T€ 600 (Vorjahr T€ 578) abgenommen. Gleichzeitig wurden jedoch die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um T € 3.306 (Vorjahr T€ 574) abgebaut. Die Struktur des kurz- und langfristig gebundenen Vermögens und die Verbindlichkeiten wird stabil gehalten.

Die Finanzlage ist als gesichert zu bezeichnen.

Die Kapitalstruktur ist ausgewogen. Die wirtschaftliche Eigenkapitalquote (unter Berücksichtigung des Sonderpostens) konnte nochmals verbessert werden und beträgt jetzt 85,2 % (Vorjahr 73,4 %).

Die Ertragslage ist bei nachhaltigen Jahresüberschüssen seit Jahren unverändert gut.

Die wirtschaftliche Lage ist insgesamt als gut zu bezeichnen.

Auslastung - Belegungsstruktur

Funktionsbereich „Stationäre Pflege“

Die Auslastung der stationären Wohnbereiche sowohl in der Weststraße wie auch im Haus Toscana war im Jahr 2021 trotz der pandemiebedingten Belegungseinschränkungen sehr gut.

Der Tagessatz des Seniorenwohnheimes Weststraße ist durch den im Februar 2018 erteilten Bescheid rückwirkend zum 01.01.2017 um 4,77 € gesunken. Wie bereits berichtet, wurde gegen diesen Bescheid Widerspruch eingelegt. Für die auf der Grundlage des Festsetzungsbescheides ermittelten Überzahlungen ist im Jahr 2018 ergebnismindernd eine Rückstellung gebildet worden. Mit Bescheid vom 16.07.2020 hat der Landschaftsverband dem Widerspruch teilweise abgeholfen und 1,88 € je Tag zusätzlich anerkannt. Da noch eine Position der Berechnung strittig war, konnte das Widerspruchsverfahren nicht abgeschlossen werden. Die Rückstellung wurde im Jahr 2019 daher nicht vollständig aufgelöst, sondern unter Berücksichtigung des neuen Investitionskostensatzes um 88.000 € reduziert. Mit Bescheid vom 09.03.2021 sind die Investitionskosten für die Jahre 2017 bis 2019 nunmehr endgültig beschieden. Nach Vorliegen des Bescheides sind sukzessive die Abrechnungen für die Vorjahre erstellt worden. Die Realisierung der Nachforderungen für Vorjahre, insbesondere für die Jahre 2018 und 2019, ist in zahlreichen Fällen (z. B. weil der zahlungspflichtige Bewohner verstorben ist und Erben nicht greifbar sind) zweifelhaft. Die Forderungen wurden daher entsprechend nur wertgemindert berücksichtigt.

Funktionsbereich „Betreutes Wohnen“

Im Jahr 2021 hat sich die Auslastung dieses Funktionsbereiches wieder normalisiert und es ist – abgesehen von fluktuationsbedingten Leerständen – wieder eine Vollauslastung erreicht worden.

Funktionsbereich „Tagespflege“

Obwohl die Belegungseinschränkungen erst im Juli 2021 entfallen sind, konnte im Jahr 2021 insgesamt eine Auslastungsquote von rd. 71 % (Vorjahr 51 %) erzielt werden. Die durch die Pandemie verursachten Mindereinnahmen sind auf der Grundlage der Regelungen des „Rettungsschirmes für Pflegeeinrichtungen“ erstattet worden. Zu Beginn des Jahres 2022 lag die Auslastung wieder bei rd. 80 % und damit im Normalbereich. Im laufenden Jahr waren die Belegungszahlen infolge der erneuten Corona-Welle in den Monaten März und April 2022 erneut deutlich rückläufig. Seit Mai 2022 hat sich die Situation wieder entspannt und die Auslastung bewegt sich seitdem zwischen 75 % bis 80 %.

Funktionsbereich „Ambulanter Dienst“

Die Nachfrage nach ambulanten Leistungen war im Jahr 2021 grundsätzlich gut. Die personelle Besetzung dieses Einsatzbereiches war insbesondere im ersten Halbjahr 2021 noch sehr problematisch. In der zweiten Jahreshälfte ist es jedoch gelungen, zusätzliches Personal zu gewinnen. Insgesamt entwickelt sich dieser Einrichtungsbereich positiv.

Investitionsmaßnahmen

Renovierungs – und Modernisierungsarbeiten im Seniorenheim Weststraße

Im Geschäftsjahr 2021 sind pandemiebedingt nur in begrenztem Umfang Renovierungs- und Instandhaltungsarbeiten realisiert worden. Die geplanten größeren baulichen Maßnahmen mussten ebenfalls erneut zurückgestellt werden. Für die nächsten Jahre stehen jedoch umfangreiche Investitionsmaßnahmen an. Beispielhaft sind hier zu nennen:

- Erneuerung von Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen
 - Bestuhlung Cafeteria
 - Pflegebetten, Pflegenachttische, Kastenmöbel für 108 Bewohnerzimmer
 - Erneuerung der Beleuchtung in den Bewohnerzimmern
 - Desinfektionsspülen für die Wohnbereiche im Gebäude Weststraße 19
 - Lifte
- Sanierung der Bäder (108) im stationären Bereich sowie im Betreuten Wohnen (24) des Gebäudes Weststraße 19 sowie im zweiten Schritt im Gebäude Weststraße 21
- Sanierung und teilweise Erneuerung der Zimmertüren im stationären Bereich Weststraße 19
- Sanierung der Bodenbeläge in den Dienstzimmern und den Aufenthaltsräumen im Gebäude Weststraße 19
- Teilweise Erneuerung der Balkontüren und Nebeneingangstüren im Gebäude Weststraße 19

- Sanierung der Rollläden (Umrüstung auf elektrischen Antrieb) im Gebäude Weststraße 19 sowie im zweiten Schritt im Gebäude Weststraße 21
- Bau einer Beschattung für die Dachterrasse des Wohnbereiches der Ebene 3
- Bau einer Überdachung am Haupteingang
- Sanierung der Aufzuganlagen im Gebäude Weststraße 19 - 26
- Erneuerung der Klingelanlage am Haupteingang Weststraße 21
- Erneuerung der Küchenzeilen in den 24 Wohnungen des Betreuten Wohnens im Gebäude Weststraße 19 sowie im zweiten Schritt in den 58 Wohnungen im Gebäude Weststraße 21.
- Grundlegende Renovierung der Räumlichkeiten der Tagespflege (Erneuerung Bodenbeläge, Erneuerung der Wandgestaltung, Erneuerung der KÜcheneinrichtung) ggf. auch kleinere Umbaumaßnahmen
- Investitionen in Maßnahmen zur Energieerzeugung (z.B. Nutzung der Dachflächen für Solarzellen)

Im ersten Halbjahr 2022 sind die Pläne für die Sanierung der Tagespflege (Pos. 12) erstellt worden. In Bearbeitung sind darüber hinaus die Themen „Beschattung der Dachterrasse“ (Pos. 7), Sanierung der Rollläden (Pos. 6). Darüber hinaus wurde damit begonnen, die Daten für eine Entscheidung über die Installation und Nutzung einer Photovoltaik-Anlage zusammenzutragen.

Das Investitionsvolumen für die geplanten Maßnahmen (Pos. 1 – 13) beläuft sich nach einer groben Schätzung auf etwa 2,5 Mio. €. Für die Finanzierung stehen ausreichend Eigenmittel über die in den vergangenen Jahren gebildeten Gewinnrücklagen zur Verfügung. Im Sinne der Gemeinnützigkeit des Unternehmens sind diese Mittel für den gemeinnützigen Zweck zu verwenden.

Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2022 erwarten wir keine gravierenden Veränderungen bei den Umsatzerlösen der Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen und den Erträgen aus Unterkunft und Verpflegung für die Bereiche Ambulanter Dienst und Tagespflege. Dagegen ist insgesamt mit erheblichen Mehraufwendungen zu rechnen. Als Ursachen hierfür sind einerseits weiterhin die Corona-Pandemie und andererseits die massiven Preissteigerungen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg zu nennen. Der Krieg in der Ukraine führt auch in den Einrichtungen zu einem deutlichen Anstieg bei den Sach- und Energieaufwendungen. Es ist zu erwarten, dass infolge der allgemein gestiegenen Lebenshaltungskosten auch ein überdurchschnittlicher Anstieg der Tarifröhne und damit der Personalaufwendungen folgen wird. Die durch die Corona-Pandemie bedingten Mehraufwendungen des ersten Halbjahres 2022 können noch zur Erstattung angemeldet werden. Alle darüberhinausgehenden Mehrkosten gehen zu Lasten des Betriebsergebnisses. Diese Mehrkosten können nur über eine Anpassung der Entgelte ausgeglichen werden.

Unabhängig davon ist es weiterhin Ziel, die personelle Besetzung zu verbessern. Im ersten Halbjahr 2022 ist es gelungen, zahlreiche neue Mitarbeiter/innen zu gewinnen, so dass aus heutiger Sicht im Laufe des Jahres die Personallücken geschlossen werden können. Auch wird hieraus ein Anstieg der Personalaufwendungen resultieren. Bei den Instandhaltungsaufwendungen im laufenden Jahr erwarten wir einen moderaten Anstieg. Hinsichtlich der geplanten Investitionsmaßnahmen verweisen wir auf den gleichlautenden Abschnitt.

Der Jahresüberschuss 2021 ist höher als erwartet und liegt deutlich über dem Niveau eines Durchschnittsjahres. Die dafür maßgeblichen Faktoren – geringere Personalkosten durch nicht besetzte Stellen, Zurückstellung von Baumaßnahmen und Beschaffungen und damit geringere Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung, Realisierung von Mehreinnahmen für die Durchführung von Corona-Testungen – sind nicht dauerhaft gegeben und damit als außerordentlich zu betrachten. Für das Geschäftsjahr 2022 wird ein Jahresüberschuss deutlich unter dem Ergebnis des Jahres 2021 erwartet.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Trotz einer verschärften Wettbewerbssituation hat die Seniorenwohnheim Weststraße gemeinnützige GmbH ihre gute Marktposition behauptet.

Derzeit sind für die künftige Entwicklung keine besonderen Risiken ersichtlich. Allerdings stellt sich die bedarfsgerechte Personalausstattung zunehmend als Herausforderung für die Zukunft der Altenpflege im Allgemeinen und damit auch für das Unternehmen dar.

Unabhängig davon sind weder Liquiditätsengpässe noch sich langfristig abzeichnende Vermögensverluste zu erwarten. Der rechtliche Bestand ist ebenfalls in keiner Weise gefährdet.

Organe und deren Zusammensetzung

Dargestellt wird die Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen für das Jahr 2021.

Geschäftsführung

In der Geschäftsführung ist die Stadt Lüdenscheid nicht vertreten.

Verwaltungsrat

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
Frau Petra Noack (Pflichtplatz)	BM
Leitung des Fachbereichs Bürgerservice/Soz. Hilfen	Stellvertretende Leitung des Fachbereichs Bürgerservice/Soz. Hilfen
RH Dirk Franke	RH Lothar Hellwig
RF Ramona Ullrich	SB Dorothee Neuhaus
RF Karin Hertes	RH Michael Thielicke
SB Brunhilde Gromball	SB Renate Klebeck
RH Ernst Helmut Norbert Adam	RF Gesthimani Demirtzoglou
RF Ursula Maria Meyer	RH Michael Dregger
RF Elisabeth Siebensohn	RF Anja Tadda-Schlichting
SB Renate Lazar	SB Ilona Bartocha

Auf Grund der 100 %igen Beteiligung entfallen zehn Mitglieder/innen des Verwaltungsrates auf die Stadt Lüdenscheid, die vom Rat bestellt und abberufen werden. Zudem werden fünf Mitglieder/innen und deren Stellvertreter/innen von den Arbeitnehmern aus ihren Reihen gewählt und ein Mitglied und sein/e Stellvertreter/in wird vom Heimbeirat gewählt.

Gesellschafterversammlung

In geraden Jahren stimmberechtigte Vertreterin	In ungeraden Jahren stimmberechtigte Vertreterin
RF Heide Marie Skorupa	RF Susanne Mewes
Stellvertretung: RF Susanne Mewes	Stellvertretung: RF Heide Marie Skorupa

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Der Anteil der Frauen im Verwaltungsrat als ordentliche Mitglieder zum 31.12.2021 beträgt 66,67 %. Der Anteil der Frauen im Verwaltungsrat als stellvertretende Mitglieder beträgt zum 31.12.2021 5 (55,56 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % bei den ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde bisher nicht erstellt. In der Gesellschaft sind regelmäßig deutlich mehr Frauen als Männer beschäftigt (Anteil zwischen 85 und 90 %) und auch die Leitungsfunktionen sind zum weitaus überwiegenden Teil mit Frauen besetzt.

3.4.1.2 STL Bauträger- und Beteiligungs-GmbH

Basisdaten

Anschrift	Am Fuhrpark 14 58507 Lüdenscheid
Gründungsjahr	1988
Grundkapital	556.850,00 €

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist ausschließlich der Erwerb, die Einrichtung, die Unterhaltung und der Betrieb von Einrichtungen ohne wirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 GO NRW sowie der Erwerb und die Unterhaltung der hierfür erforderlichen Grundstücke, die Beteiligung an diesen Einrichtungen und alle damit im weitesten Sinne zusammenhängenden Geschäfte und Dienstleistungen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Tätigkeit der Gesellschaft steht nach dem Unternehmensgegenstand in direktem Zusammenhang mit dem Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid. Es handelt sich um Aufgaben aus dem Bereich der Wiederverwendung und Entsorgung von Abfällen. Diese Aufgaben gehören zur Daseinsvorsorge, obliegen kommunalen Körperschaften und sind damit öffentlicher Art.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Beteiligung der Stadt	100,00 %
------------------------------	----------

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Finanzbeziehungen der STL GmbH zur Stadt Lüdenscheid bestehen wie folgt:

- Aufwendungen in Höhe von rd. 47,5 T€. Ein Betrag in Höhe von rd. 27,5 T€ entfällt auf die Avalprovision für die Bürgschaft der Stadt Lüdenscheid. Zudem erhält die Stadt Lüdenscheid von der STL GmbH eine jährliche Dividende in Höhe von 20 T€.

Finanzbeziehungen der STL GmbH zum STL bestehen wie folgt:

- Verbindlichkeiten in Höhe von 60,0 T€ für Verwaltungskosten (46,5 T€) und EDV-Nutzung (13,5 T€).
- Erträge in Höhe von 809,9 T€ für Pachtzahlungen des STL.
- Aufwendungen in Höhe von 60,0 T€ für Verwaltungskosten (46,5 T€) und EDV-Nutzung (13,5 T€).

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	T€	T€	T€		T€	T€	T€
Anlagevermögen	5.863,9	6.157,8	-293,9	Eigenkapital	2.800,0	2.607,4	192,6
Umlaufvermögen	14,4	12,3	2,1	Sonderposten	0,0	0,0	0,0
				Rückstellungen	24,6	24,6	0,0
				Verbindlichkeiten	3.053,6	3.538,7	-485,1
Aktive Rechnungsabgrenzung	0,0	0,8	-0,8	Passive Rechnungsabgrenzung	0,1	0,2	-0,1
Bilanzsumme	5.878,3	6.170,9	-292,6	Bilanzsumme	5.878,3	6.170,9	-292,6

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Stand der Bürgschaft zum 31.12.2021 in €	Bürgschaftsnehmer	Bürgschaftsgeber	Gläubiger der Hauptforderung
1.221.421,71	STL Bauträger- und Beteiligungs-GmbH	Stadt Lüdenscheid	Sparkasse an Volme und Ruhr
1.012.678,86	STL Bauträger- und Beteiligungs-GmbH	Stadt Lüdenscheid	KfW
Gesamt: 2.234.100,57			

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	T€	T€	T€
1. Umsatzerlöse	813,5	836,4	-22,9
2. sonstige betriebliche Erträge	0,0	0,1	-0,1
3. Materialaufwand	0,0	0,0	0,0
4. Personalaufwand	3,2	3,1	0,1
5. Abschreibungen	328,3	331,5	-3,2
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	93,2	91,7	1,5
7. Finanzergebnis	-74,9	-88,5	13,6
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	313,9	321,7	-7,8
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	212,6	218,0	-5,4

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	%	%	%
Eigenkapitalquote	47,6	42,3	5,4
Eigenkapitalrentabilität	7,6	8,4	-0,8
Anlagendeckungsgrad 2	61,6	58,9	2,7
Verschuldungsgrad	109,9	136,7	-26,7
Umsatzrentabilität	26,1	26,1	0

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren weiterhin keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Es wird hier die Berichterstattung der Gesellschaft aus dem Lagebericht 2021 dargestellt.

Grundlagen der Gesellschaft

Die STL Bauträger- und Beteiligungs-GmbH (STL-GmbH) ist eine sogenannte kleine Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Handelsgesetzbuches. Einzige Gesellschafterin ist die Stadt Lüdenscheid. Die öffentliche Zwecksetzung der Gesellschaft ist mit der Verpachtung der Grundstücke und Gebäude an den Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid (STL), der als eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt in Lüdenscheid die öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung, die Straßenreinigung und den Winterdienst durchführt und den städtischen Baubetrieb betreibt, gegeben.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag im Jahr 2021 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 2,7 % höher als im Vorjahr und war somit wieder stark abhängig vom Corona-Infektionsgeschehen und den damit einhergehenden Schutzmaßnahmen. Trotz der schwierigen, lang andauernden Pandemiesituation mit zunehmenden Liefer- und Materialengpässen, konnte sich die deutsche Wirtschaft nach dem Einbruch im Vorjahr erholen. In 2021 verzeichneten die meisten Dienstleistungsbereiche gegenüber dem Pandemiejahr 2020 deutliche Zuwächse. Nur in den Wirtschaftsbereichen Handel, Verkehr und Gastgewerbe fiel das Wirtschaftswachstum aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen mit einem Plus von 3 % noch etwas verhaltener aus. Das Vorkrisenniveau konnte allerdings in keinem Wirtschaftsbereich erreicht werden.

Die Entwicklung der regionalen Wirtschaft im märkischen Südwestfalen entspricht dem gesamtwirtschaftlichen Trend. Unter den bekannten Rahmenbedingungen war eine positivere Entwicklung, auch regional betrachtet, nicht möglich.

Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von 212,6 T€.

Lage

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2021 wurde mit Umsatzerlösen von 813,5 T€ (Vorjahr: 836,4 T€) und einem Jahresüberschuss von 212,6 T€ (Vorjahr: 217,90 T€) geschlossen. Die Bilanzsumme sank von 6.170,9 T€ im Jahr 2020 um 292,6 T€ auf 5.878,3 T€ im Berichtsjahr.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beliefen sich im Berichtsjahr auf 2.979,2 T€ (Vorjahr: 3.466,5 T€). Es entstanden Zinsaufwendungen in Höhe von 47,5 T€ (Vorjahr: 55,7 T€) und Bürgschaftsprovisionen in Höhe von 27,5 T€ (Vorjahr: 32,8 T€) für Bürgschaften der Stadt Lüdenscheid. Die Bürgschaftsprovision beträgt wie in den Vorjahren 1,0 % der Bürgschaftssumme.

Die Umsatzerlöse (Pachterträge) betragen im Jahr 2021 insgesamt 813,5 T€ (Vorjahr: 836,4 T€). Für die Berechnung der Pacht des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes Lüdenscheid (STL) werden die laufenden Abschreibungen und die Verzinsung der Restbuchwerte der Grundstücke und Gebäude zugrunde gelegt. Der Pachtzins beträgt wie in den Vorjahren 6,20 % (4,70 % Zinsen +1,00 % Avalprovision +0,50 % Verwaltungskosten) der Restbuchwerte der Anschaffungs- und Herstellungskosten für Grundstücke und Gebäude. Zudem wird ein Unterhaltungskostenaufschlag in Höhe von 0,75 % der Anschaffungs- und Herstellungskosten des Anlagevermögens berücksichtigt.

Seit dem 26.04.1999 sind rd. 65.000 m² des Grundstücks Spielwige langfristig bis zum Jahr 2035 an den Hegering Lüdenscheid e.V. verpachtet, der das Gelände zum Betrieb einer Schießstätte gemäß der Erlaubnis der Kreispolizeibehörde nutzt. Im Jahr 2021 entstanden Pachterträge in Höhe von rd. 4,3 T€.

Vermögens- und Finanzlage

Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt 2.800,0 T€. In Relation zur Bilanzsumme von 5.878,3 T€ beträgt die Eigenkapitalquote 47,5 % (Vorjahr: 42,2 %).

Die sonstigen Rückstellungen betragen 21,2 T€ (Vorjahr: 20,1 T€). Sie bestehen für externe und interne Jahresabschlusskosten sowie für die Buchhaltung und die Aktenaufbewahrung.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten liegen mit 2.979,2 T€ um -487,3 T€ unter dem Betrag des Vorjahres (3.466,5 T€). Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die sonstigen Verbindlichkeiten liegen mit 74,4 T€ um insgesamt 2,2 T€ über dem Vorjahresniveau (72,2 T€). Insgesamt betragen die Verbindlichkeiten mit 3.053,6 T€ 51,9 % der Bilanzsumme (Vorjahr: mit 3.538,7 T€, 57,3 %).

Die Liquidität war ganzjährig und über diesen Zeitraum bis zur Erstellung des Lageberichtes gesichert. Die bilanzierten Zahlungsverpflichtungen konnten jederzeit erfüllt werden.

Feststellung im Rahmen der Prüfung nach § 53 des HGrG

Die von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Südwestfalen-Revision GmbH durchgeführte Prüfung gemäß § 53 HGrG hat für das Geschäftsjahr 2021 keine Anhaltspunkte ergeben, die Zweifel an der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung begründen könnten.

Gesamtaussage

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft kann als insgesamt gut bezeichnet werden und bewegt sich im Rahmen des Wirtschaftsplanansatzes.

Prognosebericht

Der Austausch von einfach verglasten Fenstern zur energetischen Verbesserung soll auch in 2022 fortgesetzt werden. Daher wurde für das Wirtschaftsjahr 2022 ein Betrag von rd. 30 T€ für das Werkstattgebäude eingeplant.

Auf der Deponie Lüdenscheid-Kleinleifringhausen soll eine Umladestation durch den Eigenbetrieb betrieben werden. Die Verhandlungen zwischen der Bezirksregierung Arnsberg als Aufsichtsbehörde, dem Märkischen Kreis / der Abfallentsorgungsgesellschaft des Märkischen Kreises mbH und der Stadt Lüdenscheid der Umladestation sind zurzeit noch nicht abgeschlossen. Die Genehmigung durch die Bezirksregierung wird für 2022 erwartet.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid hat dem Grundstückskauf durch die Gesellschaft bereits zugestimmt. Sobald alle Genehmigungen vorliegen und die Rahmenbedingungen erfüllt sind, wird die STL-GmbH das Grundstück von der Stadt Lüdenscheid erwerben und an den Eigenbetrieb verpachten. Hierfür ist im städtischen Haushalt ein Kaufpreis vom rd. 120 T€ angesetzt. Hinzuzurechnen sind Investitionsmittel für die Herrichtung des Geländes, beispielsweise für Containerstandorte oder die Instandsetzung von Gebäuden. In der Summe sind für den Grundstückskauf und erste Baumaßnahmen auf dem Gelände Mittel in Höhe von insgesamt 270 T€ im Wirtschaftsplan 2022 veranschlagt.

Bei der Stadt Lüdenscheid bestehen Überlegungen, Kindertageseinrichtungen (z.B. die Kindertageseinrichtung Lenneteich) durch die STL-GmbH bauen zu lassen. Eine Entscheidung des Rates steht zurzeit noch aus. Sollte die Gesellschaft im Laufe des Geschäftsjahres 2022

durch die Stadt Lüdenscheid mit dem Bauprojekt beauftragt werden, ist der Wirtschaftsplan 2022 entsprechend zu ändern.

Entsprechend der Planzahlen wird ein Jahresüberschuss in Höhe von 184,0 T€ erwartet.

Chancen- und Risikobericht

Risikobericht

Die Gesellschaft ist überwiegend abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung und der strategischen Ausrichtung des Eigenbetriebes.

Im Rahmen der internen Revision finden regelmäßige Überprüfungen der Arbeitsabläufe und wichtiger sonstiger Sachverhalte statt. Im Jahr 2020 wurden die Versicherungen für die Gesellschaft geprüft.

Um das Haftungsrisiko zu minimieren, besteht seit 2007 eine Directors & Officers-Versicherung sowie eine Vertrauensschaden- und Strafrechtsschutzversicherung. Die Vertrauensschadenversicherung wurde auf Empfehlung des Fachdienstes Recht, Öffentliche Sicherheit und Ordnung der Stadt Lüdenscheid zum 17.04.2021 gekündigt. Darüber hinaus bestehen für die Gebäude der Gesellschaft Versicherungen gegen Schäden durch Feuer, Brand, Blitzschlag und Leitungswasser zzgl. Sturm und Elementarschäden.

Der wichtigste Einflussfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 2021 ist das Infektionsgeschehen. Solange die Epidemie vorherrscht und neue Lockdowns nicht ausgeschlossen werden können, wird die wirtschaftliche Erholung weiter gebremst und keine Rückkehr zur vorherigen Normalität möglich sein.

Wirtschaftliche Auswirkungen sind daraus für die Gesellschaft nicht zu erwarten.

Chancenbericht

Der Gesellschaftszweck der STL-GmbH ist entsprechend § 108 Abs. 2 Nr. 2 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) auf den Ankauf von Grundstücken und Gebäuden, das Erstellen von Gebäuden und die Verpachtung der Grundstücke und Gebäude an den STL-Eigenbetrieb beschränkt. Die Übertragung von investiven Bautätigkeiten der Stadt auf die Gesellschaft würde deren wirtschaftliche Entwicklung verbessern.

Gesamtaussage

Das Geschäftsmodell der Gesellschaft ist aus heutiger Sicht nicht weiter ausbaufähig. Mittelfristig sind keine wesentlichen Änderungen der Geschäftspolitik zu erwarten. Nach wie vor könnten Überlegungen angestellt werden, ob bestimmte im öffentlichen Interesse stehende Bauprojekte durch die STL Bauträger- und Beteiligungs-GmbH für die Stadt vollständig abgewickelt werden sollten. Zu diesem Zweck wurde in 2009 der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft entsprechend der Beschlussfassung im Rat der Stadt Lüdenscheid geändert. Derzeit sind Projektabwicklungen über die GmbH jedoch nicht geplant.

Risiken, die den Bestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar.

Organe und deren Zusammensetzung

Dargestellt wird die Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen für das Jahr 2021.

Geschäftsführung

Die Stadt Lüdenscheid ist in der Geschäftsführung durch den Werkleiter des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes, Herrn Heino Lange, vertreten.

Verwaltungsrat

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
RH Daniel Florian Kahler	RF Dr. Antje Heider
RH Lucas Karich	RF Gesthimani Demirtzoglou
RF Elisabeth Frieda Siebensohn	RH Ernst Helmut Norbert Adam
RH Mert Can Cetin	RH Michael Dregger
RF Karin Hertes	RF Nicole Schulte
RH Steffen Kriegel	RF Ramona Ulrich
RH Lothar Hellwig	RH Dirk Franke
RF Verena Szermerski-Kasperek	RF Heide-Marie Skorupa
SB Peter-Paul Marienfeld	SB Jochen Kliebisch
SB Renate Klebeck	SB Bruno Sixtus Schwarz
SB Margret Schade	SB Dietmar Fernholz
BM Sebastian Wagemeyer	Herr Frank Kusmirtz
Stadtkämmerer	Leitung Fachdienst für Finanzen, Steuern und Beteiligungen

Auf Grund der 100 %igen Beteiligung entfallen alle 13 Mitglieder/innen des Verwaltungsrates auf die Stadt Lüdenscheid. Acht Mitglieder/innen sowie deren Stellvertreter/innen werden vom Rat aus seiner Mitte gewählt, drei Mitglieder/innen und deren Stellvertreter/innen werden vom Rat als sachkundige Bürger gewählt, zusätzlich muss der Bürgermeister oder ein vom ihm vorgeschlagene/r Beamter/Beamtin oder Angestellte/r dazuzählen und der Rat wählt ein Mitglied der Verwaltung und deren Stellvertreter/in.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Der Anteil der Frauen im Verwaltungsrat als ordentliche Mitglieder und stellvertretende Mitglieder zum 31.12.2021 beträgt jeweils 5 (41,7 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % jeweils erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Erstellung eines Gleichstellungsplans nach § 5 LGG für die STL GmbH entfällt, da die Gesellschaft keine Beschäftigten hat.

3.4.1.3 Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid

Basisdaten

Anschrift	Am Fuhrpark 14 58507 Lüdenscheid
Gründungsjahr	1991
Grundkapital	1.942.909,15 €

Zweck der Beteiligung

Gegenstand der Einrichtung ist die Abfallentsorgung, die Straßenreinigung, der Betrieb des städtischen Fuhrparks, des städtischen Baubetriebes und der Zentraldeponie Kleinleifringhausen sowie die mit diesen Aufgaben mittelbar oder unmittelbar zusammenhängenden öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Tätigkeiten.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des Öffentlichen Zwecks

Eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Lüdenscheid ist der Stadtreinigungs-, Transport und Baubetrieb Lüdenscheid. Diese eigenbetriebsähnliche Einrichtung ist ein Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Sie bildet rechtlich eine Einheit mit der Stadt Lüdenscheid, ist aber als Sondervermögen aus der Haushaltswirtschaft der Stadt ausgesondert und verfügt über eine eigene Wirtschaftsplanung, Buchführung und Rechnungslegung. Der STL ist in vollem Umfang entsprechend den Vorschriften des Eigenbetriebsrechts organisiert und organisatorisch dem Bürgermeister zugeordnet.

Abfallentsorgung und Straßenreinigung sind lebenswichtige Bedürfnisse der Gemeinschaft, gehören zur Daseinsvorsorge und sind öffentliche Aufgaben der kommunalen Körperschaften. Mit der Übernahme dieser Aufgaben erfüllt der Betrieb unmittelbar öffentliche Zwecke.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Beteiligung der Stadt	100,00 %
------------------------------	----------

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Finanzbeziehungen des STL zur Stadt Lüdenscheid bestehen wie folgt:

- Forderungen lt. Ausweis im Saldenabgleich in Höhe von 896,1 T€
- Verbindlichkeiten lt. Ausweis im Saldenabgleich in Höhe von 47,1 T€
- Erträge in Höhe von 24.088,9 T€. Als wesentliche Beträge können hier Kostenerstattungen in Höhe von 14.256,9 T€, Unterhaltung Straßen in Höhe von 2.900 T€, Grünflächen in Höhe von 1.475 T€ genannt werden.
- Aufwendungen in Höhe von 1.019,7 T€, insbesondere für den Verwaltungskostenbeitrag (640,1 T€, Pacht in Höhe von 111,1 T€ und Kostenerstattung in Höhe von 149,8 T€).

Finanzbeziehungen des STL zur STL GmbH bestehen wie folgt:

- Forderungen und Erträge in Höhe von jeweils 60,0 T€ für Verwaltungskosten (46,5 T€) und EDV-Nutzung (13,5 T€).
- Aufwendungen in Höhe von 809,9 T€ für Pachtzahlungen.

Finanzbeziehungen des STL zur SELH AöR bestehen wie folgt:

- Verbindlichkeiten in Höhe von 11,2 T€.
- Erträge in Höhe von 82,6 T€ für Einlaufeinigung, Winterdienst und Verkauf von Diesel.
- Aufwendungen in Höhe von 366,3 T€ für die Dienstleistung Rechnungswesen und Personalmanagement (352,0 T€) und Entwässerung (14,3 €)

Finanzbeziehungen des STL zur LSM GmbH bestehen wie folgt:

- Erträge in Höhe von 99,3 T€ für Entsorgung, Reinigung, Sonstiges und Weihnachtsbeleuchtung.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	T€	T€	T€		T€	T€	T€
Anlagevermögen	5.098,3	5.019,6	78,7	Eigenkapital	3.807,6	3.805,1	2,5
Umlaufvermögen	2.108,3	1.720,2	388,1	Sonderposten	0,0	0,0	0,0
				Rückstellungen	1.630,8	1.187,5	443,3
				Verbindlichkeiten	1.771,4	1.817,3	-45,8
Aktive Rechnungsabgrenzung	12,9	79,5	-66,7	Passive Rechnungsabgrenzung	9,6	9,6	0,0
Bilanzsumme	7.219,5	6.819,4	400,1	Bilanzsumme	7.219,5	6.819,4	400,1

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Bürgschaften bestehen nicht.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	T€	T€	T€
1. Umsatzerlöse	29.006,6	29.387,0	-380,4
2. sonstige betriebliche Erträge	302,9	322,5	-19,6
3. Materialaufwand	5.854,8	5.567,1	287,7
4. Personalaufwand	10.520,7	10.335,1	185,6
5. Abschreibungen	1.250,1	1.226,9	23,1
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	11.553,3	12.354,7	-801,4
7. Finanzergebnis	-2,9	-4,8	1,9
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	127,7	220,8	-93,0
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	2,5	193,6	-191,0

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	%	%	%
Eigenkapitalquote	52,7	55,8	-3,1
Eigenkapitalrentabilität	0,1	5,1	-5,0
Anlagendeckungsgrad 2	74,7	75,8	-1,1
Verschuldungsgrad	89,4	79,0	10,4
Umsatzrentabilität	0,0	0,7	-0,6

Personalbestand

Im Berichtsjahr 2021 betrug die Zahl der Beschäftigten 206,5 (Vorjahr 204,5).

Geschäftsentwicklung

Es wird hier die Berichterstattung der Gesellschaft aus dem Lagebericht 2021 dargestellt.

Grundlagen des Eigenbetriebes

Der Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid (STL) ist eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Lüdenscheid und eine organisatorisch und finanzwirtschaftlich weitestgehend selbstständige Einrichtung der Stadtverwaltung Lüdenscheid ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Der Betrieb bietet in den Bereichen Abfallentsorgung, Reinigung, Winterdienst, Pflege von Grün- und Freiflächen, Unterhaltung der kommunalen Friedhöfe, Unterhaltung der Spiel- und Bolzplätze sowie Gebäude- und Straßenunterhaltung ein umfangreiches Leistungspaket. GrundkaDabei handelt es sich hauptsächlich um hoheitliche Tätigkeitsfelder, die vorrangig im öffentlichen Interesse durchgeführt werden. Zudem werden Tätigkeiten für städtische Gesellschaften oder Tochtergesellschaften der Stadt und für Nachbarstädte und Gemeinden durchgeführt.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag im Jahr 2021 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 2,7 % höher als im Vorjahr und war somit wieder stark abhängig vom Corona-Infektionsgeschehen und den damit einhergehenden Schutzmaßnahmen.

Trotz der schwierigen, lang andauernden Pandemiesituation mit zunehmenden Liefer- und Materialengpässen, konnte sich die deutsche Wirtschaft nach dem Einbruch im Vorjahr erholen. In 2021 verzeichneten die meisten Dienstleistungsbereiche gegenüber dem Pandemiejahr 2020, deutliche Zuwächse. Nur in den Wirtschaftsbereichen Handel, Verkehr und Gastgewerbe fiel das Wirtschaftswachstum aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen mit einem Plus von 3 % noch etwas verhaltener aus. Das Vorkrisenniveau konnte allerdings in keinem Wirtschaftsbereich erreicht werden.

Die Bauinvestitionen legten im Jahr 2021 aufgrund von Engpässen bei Arbeitskräften und Material nur um 0,5 % zu, nachdem sie zuvor fünf Jahre in Folge stark gewachsen waren. Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge stiegen um 3,2 %. Auch die privaten Konsumausgaben stabilisierten sich 2021 auf dem niedrigen Niveau des Vorjahres, sind aber von ihrem Vorkrisenniveau noch weit entfernt.

Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt 2021 von 44,9 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das waren etwa genauso viele Erwerbstätige, wie im Vorjahr. Allerdings ergaben sich pandemiebedingt viele Arbeitsplatzwechsel, so dass ein großer Teil der Erwerbstätigen nun in anderen Wirtschaftsbereichen oder anderen Beschäftigungsverhältnissen arbeitet als zuvor. Die Zahl geringfügig Beschäftigter und Selbstständiger nahm 2021 weiter ab, während mehr Erwerbstätige sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren.

Die Entwicklung der regionalen Wirtschaft im märkischen Südwestfalen entspricht dem gesamtwirtschaftlichen Trend. Unter den bekannten Rahmenbedingungen war eine positivere Entwicklung, auch regional betrachtet, nicht möglich.

Die Menge der entsorgungspflichtigen Hausmüllabfälle bewegt sich in 2021 auf hohem Niveau. Die Entwicklung ist wie in 2020 überwiegend auf das geänderte Konsumverhalten der Bürger während der Pandemiezeiten zurück zu führen, denn nach wie vor führten strikte Reisebeschränkungen und Beherbergungsverbote zu erhöhten Anwesenheitszeiten in den eigenen Wohnungen. Hinzu kam das erhöhte Abfallaufkommen durch die Überschwemmungen im Juli des Jahres. Insbesondere in den Tallagen der Stadt wurden viele Häuser stark beschädigt und Teile der Infrastruktur zerstört. Viele Häuser mussten entkernt und der komplette Hausrat entsorgt werden.

Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2021 schließt mit einem Jahresüberschuss von 2,5 T€. Die Umsatzerlöse bewegen sich mit rd. 29.006,6 T€ um rd. 380,4 T€ unter dem Vorjahreswert (Erläuterungen unter 3. a) Ertragslage).

Die Haupttätigkeit des Betriebes ist die Sammlung und der Transport von Abfällen aus den privaten Haushalten der Stadt im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Abfallentsorgung. Bei der gewerblichen Abfallentsorgung ist der Betrieb im Bereich der Papiersammlung weiterhin für die Dualen Systeme tätig. Der Vertrag für die Sortierung und Vermarktung von Papier mit der Firma Meyer Recycling in Hagen hat eine Laufzeit von zwei Jahren und endet am 31.12.2022. Aufgrund des stark gesunkenen Papierpreises hat sich die Werkleitung in 2020 dazu entschlossen den Vertrag indexbezogen auszuschreiben und nicht wie bisher zu einem Festpreis. Somit können bei einem möglichen Anstieg des Papierpreises bessere Erlöse erzielt werden. Die Entscheidung der Werkleitung, indexbezogen auszuschreiben war richtig, denn der Papierpreis hat sich im Laufe des Jahres 2021 bereits stark erholt. Die Sammlung von Leichtstoffverpackungen führt der Betrieb ebenfalls als direkter Vertragspartner der Systembetreiber durch. Die Verträge haben eine Laufzeit bis zum 31.12.2022.

Im Jahr 2021 wurde das Budget des Betriebes für Gemeindestraßen, Signalanlagen, Straßenbeleuchtung, Grünanlagen sowie Spiel- und Bolzplätze weiter erhöht. Die Höhe des Unterhaltungsbudgets beträgt unter Berücksichtigung von tariflichen und allgemeinen Kostensteigerungen 4.825,0 T€ im Vergleich zu 4.768,0 T€ in 2020. Um weitere, unerlässliche Unterhaltungsmaßnahmen an Straßen und Gehwegen, in Grünanlagen und auf Spielplätzen durchführen zu können, wurden dem Betrieb in 2021 weitere Mittel in Höhe von 2.417,0 T€ über das Budget hinaus zur Verfügung gestellt. Ein wesentlicher Teil dieser Maßnahmen konnte abgeschlossen werden. Der Rest wurde in das Jahr 2022 übertragen.

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Halver im Bereich der Abfallentsorgung entwickelt sich weiter gut. Die Gespräche mit den Verantwortlichen der Stadt Halver über die mögliche gemeinsame Nutzung des Recyclinghofes in Lüdenscheid mussten, aufgrund der besonderen Situation durch die Pandemie und das Hochwasser, zunächst verschoben werden.

Gemäß den Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) sammelt und transportiert der Betrieb unter anderem Grün- und Bioabfälle im Auftrag des Märkischen Kreises stofflich getrennt. Auf die verpflichtende Einführung einer Biotonne wird nach wie vor kreisweit verzichtet. Im Auftrag des Kreises werden entsprechende Sammelbehälter auf den Recyclinghöfen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden bereitgehalten. Zusätzlich können in Lüdenscheid Bioabfälle auf freiwilliger Basis haushaltsnah über Behälter erfasst werden.

Die enorme Trockenheit der vergangenen Jahre hat den Bäumen im Stadtgebiet erheblich zugesetzt. Bei fast allen Baumarten sind Schäden oder Vitalitätsminderungen zu beobachten. Hinzu kommt der Schädlingsbefall (z. B. Borkenkäfer), der die Bäume weiter schädigt und in großen Teilen absterben lässt. Angesichts der aktuellen Entwicklung durch den Klimawandel, stellt die Stadt Lüdenscheid seit 2020 rd. 400 T€ jährlich für zwingend notwendige Unterhaltungsmaßnahmen an den rd. 33.000 Straßenbäumen bereit. Diese Mittel sind nach derzeitigen Erkenntnissen auch in den Folgejahren erforderlich. Die Werkleitung wird mit der Kämmerei der Stadt entsprechende Gespräche führen.

Der Betrieb hat im Verlauf der vergangenen zwei Jahre ein gut funktionierendes betriebliches Gesundheitsmanagement aufgebaut. Dadurch und auch durch regelmäßige arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen, Wiedereingliederungsgespräche und kostenlose Kurse zur Gesundheitsprävention außerhalb der Pandemiezeiten, sollen unter anderem die hohen Ausfallzeiten reduziert und die Attraktivität des Betriebes im Wettbewerb gesteigert werden.

In 2021 wurde auf dem Dach des Verwaltungsgebäudes eine Photovoltaik-Anlage errichtet und in Betrieb genommen. Der erzeugte Strom wird auf dem Betriebsgelände selbst verbraucht und unter anderem für die Betankung der elektrisch angetriebenen Pkws genutzt. Nicht benötigte Energie wird gespeichert und steht anderen Betriebsbereichen zur Verfügung.

Auf dem weiteren Weg der Digitalisierung hat der Betrieb bereits in 2020 in Kooperation mit der SELH AöR (Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid AöR) die ersten Schritte zur Einführung eines digitalen Dokumentenmanagements gemacht. Dieses wird ständig erweitert und an die betrieblichen Erfordernisse angepasst. Bereits jetzt werden alle eingehenden Rechnungen digital automatisiert erfasst, klassifiziert und weiterverarbeitet. Ausgangsrechnungen werden stammdatengesteuert automatisiert erstellt, die Verwaltung von Dokumenten erfolgt über elektronische Archive und die Dokumentenfreigabe über eine digitale workflow-Lösung.

Parallel dazu wird im Bereich der operativen Einsatzplanung das Programm AIS 5 eingeführt. Das Programm wurde speziell für den Einsatz im Bereich der Abfallentsorgung entwickelt. In digitaler Form erfolgt mit diesem Programm zukünftig die Personal- und Einsatzplanung, die Tourenplanung, das Behältermanagement, die Führung des Betriebstagebuches, die Auftragsannahme unter Nutzung der Kundenstammdaten, sowie die digitale Weiterleitung der Aufträge über eine entsprechende Schnittstelle in das System SAP zur Berechnung.

Mit der Clean Vehicles Directive (dt. „Saubere Fahrzeug Richtlinie“) hat die Bundesregierung am 14.06.2021 ein Gesetz veröffentlicht, das öffentliche Auftraggeber ab dem 02.08.2021 verpflichtet, Mindestquoten zu erreichen, die vorgeben, wie viele Fahrzeuge des Fuhrparks emissionsfrei sein müssen. Dazu gehören auch Fahrzeuge der Abfallentsorgung.

Die Umsetzung der Clean Vehicles Directive soll folgende Entwicklungen bewirken:

- Luftqualität in den Städten verbessern.
- Treibhausgase reduzieren.
- Lärmpegel senken.
- Markt für emissionsfreie Fahrzeuge schaffen.

Der Betrieb wird wie bisher bei künftigen Fahrzeugbeschaffungen prüfen, ob geeignete emissionsfreie Fahrzeuge auf dem Markt verfügbar sind, die den Anforderungen des Betriebes entsprechen.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat in 2018 ein Konzept zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit aufgelegt. Als Teil dieses Konzepts schafft das Teilhabechancengesetz neue Chancen für Langzeitarbeitslose auf dem allgemeinen und sozialen Arbeitsmarkt. Die Förderungen sind erheblich, denn der Zuschuss in den ersten beiden Jahren beträgt annähernd 100 Prozent und verringert sich in jedem weiteren Jahr um 10 Prozent. Die Förderung

pro Teilnehmer ist auf fünf Jahre begrenzt. Der STL hat im Berichtsjahr die Anzahl der Mitarbeiter in diesem Bereich auf durchschnittlich 16 Mitarbeiter steigern können. Die Mitarbeiter können in allen betrieblichen Bereichen eingesetzt werden und sollen bei entsprechender Eignung die Chance bekommen, freiwerdende Stellen in unbefristeten Arbeitsverhältnissen zu besetzen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass in den Folgejahren kaum noch weitere Aufstockungen aus dem Programm Teilhabechancengesetz möglich sein werden, da das der Arbeitsagentur zur Verfügung stehende Budget reduziert wird.

Lage

Ertragslage

Die Umsatzerlöse lagen mit 29.006,6 T€ (Vorjahr 29.387,0 T€) etwas unter den Umsatzerlösen des Vorjahres und gliedern sich auf die Hauptbetriebsbereiche wie folgt auf:

Bereiche	2021	2020
Abfallentsorgung	15.014,2 T€	14.167,6 T€
(öffentlich-rechtlich und gewerblich)	51,8 %	48,2 %
Reinigung und Winterdienst	3.138,5 T€	2.960,4 T€
(öffentlich-rechtlich und gewerblich)	10,8 %	10,1 %
Deponiebetrieb und Schadstoffsammlung	393,5 T€	384,6 T€
(gewerblich)	1,4 %	1,3 %
Leistungen für die Stadt	10.110,5 T€	11.549,3 T€
(öffentlich-rechtlich)	34,9 %	39,3 %
Sonstige Leistungen	349,9 T€	325,1 T€
(öffentlich-rechtlich und gewerblich)	1,2 %	1,1 %
Summe	29.006,6 T€	29.387,0 T€

Die Umsätze im Bereich Leistungen für die Stadt (öffentlich-rechtlich) in Höhe von 10.110,5 T€ (Vorjahr 11.549,3 T€) enthalten im Wesentlichen Leistungen des Baubetriebes in der Straßen- und Grünflächenunterhaltung, Friedhofsunterhaltung, Gebäude- und Sportflächenunterhaltung von 6.447,0 T€ (Vorjahr 6.208,9 T€). Darüber hinaus sind in dem Betrag Straßenbauinvestitionen in Höhe von 1.381,8 T€ (Vorjahr 2.874,1 T€) sowie Mittel aus dem von der Stadt aufgelegten Sonderprogramm für unterlassene Unterhaltungsmaßnahmen in Höhe von 643,6 T€ (Vorjahr 1.206,8 T€) enthalten, die ergebnisneutral abgerechnet werden. Sonstige Leistungen für die Ämter wurden in Höhe von 1.638,1 T€ (Vorjahr 1.259,4 T€) erbracht.

Sonstige betriebliche Erträge und Zinsen

Die sonstigen betrieblichen Erträge und Zinsen betragen 302,9T€ (Vorjahr 322,5 T€) und setzen sich u. a. aus Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen, Versicherungserstattungen sowie aus Erträgen aus Anlageabgängen zusammen. Im Wesentlichen ist hier die Korrektur der abzugsfähigen Vorsteuer für die gewerblichen Betriebsbereiche von 250,2 T€ (Vorjahr 239,2 T€) ausgewiesen. Unterjährig wird eine Bruttoerfassung der Eingangsrechnungen vorgenommen. Die abzugsfähige Vorsteuer wird nach Feststellung des endgültigen Vorsteuer-

schlüssels als Ertrag erfasst bzw. vom Anlagevermögen und den Vorräten abgesetzt. Im Vorjahr war die Korrektur niedriger, da vom 01.07.2020 bis zum 31.12.2020 der reduzierte Vorsteuersatz von 16 % auf Beschluss der Bundesregierung angewendet wurde.

Aufwendungen

Die Aufwendungen bewegen sich mit 29.307,0 T€ inkl. 125,2 T€ Steuern (Vorjahr 29.515,9 T€ inkl. 27,2 T€ Steuern) leicht unter dem Niveau des Vorjahres und gliedern sich wie folgt auf:

Aufwendungen	2021	2020	Veränderungen 2021 zu 2020
Personalkosten	10.520,7 T€	10.335,1 T€	185,6 T€
Pachtkosten	922,7 T€	941,5 T€	-18,8 T€
Betriebsstoffkosten	775,6 T€	603,3 T€	172,3 T€
Fahrzeugkosten	981,2 T€	827,7 T€	153,5 T€
Reinigung und Winterdienst	1.152,9 T€	583,0 T€	569,9 T€
Entsorgungsgebühren	4.122,3 T€	3.981,7 T€	140,6 T€
Abschreibungen	1.250,1 T€	1.226,9 T€	23,2 T€
Straßen und Grünflächen, sonstige Kosten	9.453,4 T€	10.984,7 T€	-1.531,3 T€
Zinsaufwand	2,9 T€	4,8 T€	-1,9 T€
Zwischensumme	29.181,8 T€	29.488,7 T€	-306,9 T€
Steuern	125,2 T€	27,2 T€	98,0 T€
Summe	29.307,0 T€	29.515,9 T€	-208,9 T€

In 2021 waren im Mittel insgesamt 206,5 Arbeitnehmer beschäftigt. Die Personalkosten liegen um 185,6 T€ über den Kosten des Vorjahres. Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen die höhere Zahl an Mitarbeitern sowie die tarifliche Steigerung. Insgesamt wurden durch das gewerbliche Personal im Jahr 2021 250.120 Leistungsstunden (Vorjahr 242.720 Stunden) erbracht.

Für die Berechnung der Pacht werden die laufenden Abschreibungen und die Verzinsung der Restbuchwerte der Grundstücke und Gebäude zugrunde gelegt. Zudem wird ein Betrag in Höhe von 0,75 % der Anschaffungs- und Herstellungskosten des Anlagevermögens für anstehende Unterhaltungsmaßnahmen eingerechnet. Der Pachtzins beträgt weiterhin 6,2 % (inklusive der Avalprovision und dem Verwaltungskostenanteil) der Buch- und Restbuchwerte der Grundstücke und Gebäude. In der Position Pachtkosten sind auch Pachten und Sondernutzungsentgelte enthalten, die an die Stadt für die Wertstoffsammelstellen abgeführt werden.

Die Kosten für Betriebsstoffe liegen mit 775,6 T€ um 172,3 T€ über den Beträgen des Vorjahres (603,3 T€). Ursächlich hierfür sind die im Berichtsjahr gestiegenen Treibstoffpreise.

Die Fahrzeugkosten liegen mit 981,2 T€ über dem Vorjahreswert von 827,7 T€. Witterungsbedingt (starker Wintereinbruch im 1. Quartal 2021) war ein erhöhter Unterhaltungs- und Reparaturbedarf erforderlich.

Die Sachkosten für die Reinigung und den Winterdienst (Streumaterial, Kosten für Drittbeauftragte usw.) lagen mit 1.152,9 T€ aufgrund des starken Winters im 1. Quartal des Berichtsjahres deutlich über dem Vorjahreswert von 583,0 T€ (569,9 T€). Im Vorjahr war der Winter deutlich milder verlaufen.

Die Entsorgungsgebühren für Abfall, die an den Märkischen Kreis abzuführen sind, liegen aufgrund weiter gestiegener Abfallmengen mit 4.122,3 T€ um 140,6 T€ über dem Vorjahreswert von 3.981,7 T€.

Die Abschreibungen betragen 1.250,1 T€ (Vorjahr 1.226,9 T€).

Im Bereich Straßen und Grünflächen und Sonstige Kosten liegen die Aufwendungen mit 9.453,4 T€ um -1.553,8 T€ deutlich unter dem Vorjahreswert (10.984,7 T€). Dies ist bedingt durch die im Vergleich zum Vorjahr im geringeren Umfang durchgeführten Straßeninvestitionsmaßnahmen (-1.492,9 T€) für die Stadt u.a. aufgrund fehlender personeller Kapazitäten im Ingenieurbereich.

Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr 2021 schließt mit einem Jahresüberschuss von 2,5 T€ (Vorjahr 193,6 T€).

Ergebnis der Betriebsbereiche

Der Jahresüberschuss von 2,5 T€ ergibt sich aus den einzelnen Betriebsbereichen wie folgt:

Ergebnis der Betriebsbereiche	2021
Öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung	60,8 T€
Öffentlich-rechtliche Straßenreinigung und Winterdienst	-140,4 T€
Baubetrieb (Inkl. Straßen und Grünflächen)	-47,8 T€
Baubetrieb Investitionen	0,2 T€
Friedhöfe	63,5 T€
Leistungen für die Stadt	52,3 T€
Leistungen für andere öffentlich-rechtliche Dritte	7,9 T€
Zwischensumme ö-r Betriebsbereiche	-3,5 T€
Gewerbliche Abfall- und Wertstoffentsorgung	2,7 T€
Sonstige Leistungen für Dritte	3,3 T€
Zwischensumme gewerbliche Betriebsbereiche	6,0 T€
Summe	2,5 T€

In den öffentlich-rechtlichen Betriebsbereichen beträgt der Fehlbetrag -3,5 T€. Dieser Fehlbetrag ist maßgeblich beeinflusst durch die Unterdeckungen in den Gebührenbereichen Straßenreinigung und Winterdienst (-140,4 T€) sowie im Baubetrieb (-47,8 T€). Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen ein strengerer Winterverlauf und Mehraufwendungen für den Austausch von LED-Leuchtmitteln. In den gewerblichen Betriebsbereichen ist ein Überschuss von 6,0 T€ nach Steuern zu verzeichnen. Dieses Ergebnis wurde auch durch die Kapitalertragsteuernachzahlung in Höhe von 64,6 T€, als Ergebnis aus der Betriebsprüfung der Finanzverwaltung Mitte des Berichtsjahres, beeinflusst.

Das Ergebnis in der öffentlich-rechtlichen Abfallentsorgung liegt mit 60,8 T€ unter dem Wirtschaftsplansatz (199,0 T€). Durch eine deutliche Erhöhung der Reinigungsintensität wurde wie im Vorjahr der starken Verschmutzung an Wertstoffsammelstellen entgegengewirkt. Darüber hinaus entstanden pandemiebedingt Mehrkosten durch die weitere Erhöhung der zu entsorgenden Abfallmengen aus Haushalten und die vorzunehmenden organisatorischen Maß-

nahmen im Betrieb (Aufstellung von 2 örtlich getrennten unabhängig voneinander eingesetzten Entsorgungsteams zur Vermeidung von Ansteckungen). Die Aufwendungen für die Gebühren an den Märkischen Kreis sind dazu weiter gestiegen.

Im Jahr 2021 fällt das Ergebnis der ö-r Straßenreinigung und des Winterdienstes negativ aus und liegt mit -140,4 T€ witterungsbedingt deutlich unter dem Wirtschaftsplanansatz (224,0 T€).

Auch in den öffentlich-rechtlichen Bereichen „Baubetrieb“ und „Leistungen für die Stadt und andere öffentlich-rechtliche Dritte“, in denen Winterdienstaufwendungen auflaufen sowie im gewerblichen Betriebsbereich „Sonstige Leistungen für Dritte“ werden die Ergebnisse von dem Winterverlauf beeinflusst. Im Baubetrieb wird das Ergebnis auch von den notwendigen vermehrten Aufwendungen für den Austausch der LED-Leuchtmittel negativ beeinflusst. In der Zukunft wird sich dies jedoch durch die geringeren Kosten für den Stromverbrauch auszahlen.

Die gewerbliche Abfall- und Wertstoffentsorgung schließt mit einem Ergebnis von 2,7 T€ positiv ab (Plan 28,0 T€). Ursächlich für negative Abweichung im Vergleich zum Wirtschaftsplan ist der pandemiebedingte Rückgang der gewerblichen Abfallmengen aber auch die notwendige Nachzahlung der Kapitalertragsteuer aus der Betriebsprüfung der Finanzverwaltung.

Im Bereich der gewerblichen Reinigung und des gewerblichen Winterdienstes einschließlich Sonstiger Leistungen für Dritte konnte ein positives Ergebnis von 3,3 T€ erzielt werden, was ebenfalls unter dem Wirtschaftsplanansatz liegt (17,0 T€). Grund ist der Winterverlauf und die Auswirkungen der Kapitalertragsteuernachzahlung.

Finanzlage

Das Eigenkapital beträgt 3.807,6 T€ und liegt damit um 2,5 T€ über dem Vorjahreswert von 3.805,1 T€. In Relation zur Bilanzsumme von 7.219,5 T€ beträgt die Eigenkapitalquote 52,8 % (Vorjahr 55,8 %).

Die allgemeinen Rücklagen des Betriebes haben zum 31.12.2021 einen Bestand von 2.319,2 T€ (Vorjahr 2.319,2 T€). Die zweckgebundenen Rücklagen betragen wie im Vorjahr 127,2 T€. Die Gewinnrücklagen aus dem gewerblichen Bereich haben sich auf 6,4 T€ erhöht (Vorjahr: 0,0 T€).

Die Rückstellungen belaufen sich auf insgesamt 1.630,8 T€ (Vorjahr 1.187,5 T€). Davon entfallen 1.003,7 T€ auf Personalarückstellungen, 85,4 T€ auf Rückstellungen für Prüfungskosten und interne Jahresabschlusskosten, 126,5 T€ auf Rückstellungen für Altersteilzeit und 415,2 T€ auf übrige Rückstellungen insbesondere für noch ausstehende Rechnungen. Die Gebührenüberdeckungen werden in Anlehnung an die Ergebnisse der 109. Sitzung des Fachausschusses für öffentliche Unternehmen und Verwaltungen (ÖFA) vom 16. Februar 2012 seit 2017 als Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten betragen mit insgesamt 1.771,5 T€ rd. 24,5 % der Bilanzsumme und liegen um 45,8 T€ unter dem Vorjahreswert von 1.817,3 T€. Die Verpflichtungen gegenüber dem Gebührenzahler liegen mit 213,7 T€ um 15,9 T€ unter dem Vorjahreswert (229,6 T€). Darüber hinaus betragen zum Stichtag die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Kontokorrentkredit) 119,1 T€ (Vorjahr 88,5 T€). Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sanken stichtagsbezogen um -8,9 T€ und betragen 936,6 T€ (Vorjahr 945,5 T€).

Die Liquidität war ganzjährig und über diesen Zeitraum hinaus bis zur Erstellung dieses Lageberichts gesichert. Die bilanzierten Zahlungsverpflichtungen konnten jederzeit erfüllt werden.

Die Investitionen des Betriebes betragen im Jahr 2021 insgesamt 1.329,3 T€. Die Investitionssumme lag im Vergleich zum Wirtschaftsplan um 30,3 T€ über dem Ansatz von 1.299,0 T€. Im Rahmen der Investitionsplanung wurde von längeren Lieferzeiten ausgegangen.

Vermögenslage

Die Bilanzrelationen haben sich im Vergleich zum Vorjahr geändert. Die Bilanzsumme erhöhte sich um 400,1 T€ auf 7.219,5 T€ (Vorjahr 6.819,4 T€). Auf der Aktivseite der Bilanz nahm das Anlagevermögen um insgesamt 78,6 T€ zu und beträgt mit 5.098,3 T€ 70,6 % der Bilanzsumme (Vorjahr 5.019,7 T€, 73,6 %). Das kurzfristig gebundene Umlaufvermögen in Höhe von 2.108,3 T€ nahm stichtagsbezogen um 388,1 T€ zu (Vorjahr 1.720,2 T€). Das Anlagevermögen ist zu 74,7 % (Vorjahr 75,8 %) durch Eigenkapital gedeckt.

Die Finanzierung der Investitionen erfolgte u. a. durch bilanzielle Abschreibungen.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden in Höhe von 12,9 T€ (Vorjahr 79,5 T€) ausgewiesen.

Der STL nimmt die Aufgabe Friedhofswesen im Rahmen der STL-Betriebssatzung und STL-Dienstanweisung wahr. Der Rechnungsabgrenzungsposten für die Gebühreneinnahmen für die Überlassung von Grabstätten für zukünftige Jahre wird bei der Stadtverwaltung Lüdenscheid geführt.

Feststellung im Rahmen der Prüfung nach § 53 des HGrG

Die von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Südwestfalen Revision GmbH durchgeführte Prüfung gemäß § 53 HGrG hat für das Geschäftsjahr 2021 keine Anhaltspunkte ergeben, die Zweifel an der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung begründen könnten.

Gesamtaussage

Die wirtschaftliche Lage des Betriebes ist unter Berücksichtigung des vorgegebenen Budgetrahmens der Stadt und dem aktuellen Marktumfeld in den gewerblichen Bereichen nach wie vor gut.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Ziel des Betriebes ist die Erreichung eines ausgeglichenen Ergebnisses, das sich im Rahmen des vorgegebenen Wirtschaftsplans unter Einhaltung der Budgetvorgaben bewegt. Zur Unternehmenssteuerung dient ein umfassendes unterjähriges Berichtswesen mit einem Soll-/Ist-Abgleich. Zur Gewährleistung gleichbleibender Qualität der Leistung, werden die Mitarbeiter kontinuierlich geschult und weitergebildet, um die Kundenzufriedenheit weiter zu steigern. Schulungsmaßnahmen und Weiterbildungen fördern die Identifikation der Mitarbeiter mit dem Betrieb, was sich insbesondere in einer sehr geringen Mitarbeiterfluktuation zeigt.

Die Reduzierung von Emissionswerten und Energieverbräuchen sind wesentliche Kriterien bei der Neubeschaffung von Fahrzeugen und Geräten.

Prognosebericht

Ein wichtiger Einflussfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 2022 ist das Infektionsgeschehen. Nach wie vor bestimmt die Pandemie die Lage. Deshalb wird die wirtschaftliche Erholung weiter gebremst und eine Rückkehr zur vorherigen Normalität ist bisher nicht möglich. Aufgrund der sich stark ausbreitenden Omikron-Variante, befinden sich die Inzidenzwerte auf dem höchsten Niveau seit Beginn der Pandemie und steigen rasant weiter.

Infolge dessen besteht ein hohes Risiko, zum Beispiel durch globale Lieferengpässe. An eine dynamische Wachstumsrückkehr ist zu Beginn des Jahres jedenfalls nicht zu denken. Auch die hohen Energiepreise dämpfen derzeit die verfügbare Kaufkraft. Nach Aussage des Analyse- und Beratungsunternehmens Prognos ist zu befürchten, dass sich das für 2022 erwartete Wachstum von vier Prozent auf nur noch 2,1 Prozent fast halbiert und die deutsche Wirtschaftsleistung dann um 61 Milliarden € geringer ausfallen könnte, als gedacht. Die Experten des RKI (Robert-Koch-Institut) gehen zurzeit davon aus, dass die Ansteckungen im Laufe des ersten Quartals 2022 den Höchstwert erreichen. Erst ein Abflachen der Welle wird die Wende bringen, denn dann dürften die Menschen wieder mehr für den Konsum ausgeben und die Wirtschaft wird sich erholen.

Der Betrieb hat seit Ausbruch der Pandemie durch geeignete organisatorische Maßnahmen, wie die zeitweise Schließung des Recyclinghofes, die Aufteilung des Betriebes auf verschiedene Standorte, gut funktionierende Hygienekonzepte und das Anbieten von Homeoffice- Arbeitsplätzen große Personalausfälle vermeiden können.

Im Juli 2021 kam es aufgrund von Unwetter und Starkregen im gesamten Bundesland und so auch im Märkischen Kreis, zu großflächigen Überschwemmungen und zum Teil zu schweren Schäden an Gebäuden, Grundstücken und städtischer Infrastruktur. Die Volme trat in bisher nicht gekanntem Maße über die Ufer, so dass insbesondere die tiefer gelegenen Stadtteile erheblich in Mitleidenschaft gezogen wurden. Dutzende Häuser mussten schnellstmöglich entrümpelt bzw. entkernt werden. Die Abfallmengen konnten nur mit Unterstützung umliegender Städte in angemessener Zeit gesammelt und transportiert werden. Die finanzielle Abwicklung der Schäden erfolgt gebündelt in der Stadtverwaltung.

Seit dem 02.12.2021 ist die Autobahn A45 bei Lüdenscheid gesperrt. An der Talbrücke Rahmede sind massive Schäden entdeckt worden. Sie muss abgerissen und neu gebaut werden. Die Sperrung wird mehrere Jahre andauern.

Der gesamte Fahrzeugverkehr wird seit der Sperrung ausnahmslos durch das Lüdenscheider Stadtgebiet geführt. Das wird für die Anwohner, aber auch für die Wirtschaft in vielen Fällen nicht zu verkraften sein. Die Straßen im Stadtgebiet werden darüber hinaus weit über das normale Maß belastet, die Infrastruktur wird in vielen Bereichen zerstört, und es ist bereits jetzt zu erkennen, dass in den nächsten Jahren erhebliche finanzielle Mittel für die Sanierung von Straßen und weiterer Infrastruktur erforderlich sein werden.

Der laufende Geschäftsbetrieb ist von dieser Lage ebenfalls betroffen. Auf den Umleitungsstrecken ist eine geregelte Abfallentsorgung, Straßenreinigung aber auch der Winterdienst nur mit Einschränkungen möglich. Die Sammeltouren haben sich um bis zu zwei Stunden verlängert und der Transport der Abfälle zur Verbrennungsanlage in Iserlohn, ist mit Müllwagen aufgrund der sehr angespannten Verkehrslage kaum mehr möglich. Nach Rücksprache hat die

Bezirksregierung Arnsberg umgehend genehmigt, zunächst befristet größere Mengen Hausmüll, Sperrmüll und Grünabfälle auf der Umladestation in Lüdenscheid-Kleinleifringhausen umzuschlagen, damit auf Direkttransporte mit Müllwagen verzichtet werden kann.

Am 24.02.2022 begann der russische Angriffskrieg auf das souveräne Nachbarland Ukraine. Die weltweiten Auswirkungen dieses Krieges sind nicht einmal ansatzweise absehbar. Bereits vor dem Krieg in der Ukraine kam es aufgrund der Corona-Krise durch hohe Personalausfälle nahezu weltweit zu Lieferengpässen in allen Lebens- und Geschäftsbereichen. Unterbrochene Lieferketten, dramatisch ansteigende Energiepreise und Produktionsstätten, die wegen fehlender Teile stillstehen, waren die Folge.

Durch den Überfall Russlands auf die Ukraine verschlimmern sich nahezu täglich die wirtschaftlichen Folgen. Russland ist nicht nur einer der weltweit wichtigsten Anbieter von Kohle, Öl und Gas, sondern verfügt auch über große Vorkommen an Metallen und anderen Rohstoffen. So haben beispielsweise Kraftstoffkosten bisher nicht für möglich gehaltene Höhen erreicht. Die im Gegenzug von den westlichen Alliierten verhängten Sanktionen gegen Russland belasten die ohnehin geschädigten globalen Lieferketten noch zusätzlich.

Da Russland und die Ukraine unter anderem rund ein Drittel der globalen Weizenexporte beisteuern, sind Verknappungen von Lebensmitteln auch in der Bundesrepublik zu erwarten. All dies wird Auswirkungen bis in die privaten Lebensbereiche haben.

Die Intensität der Auseinandersetzungen steigert sich von Tag zu Tag und ein Ende des Krieges ist zurzeit nicht absehbar. Welche wirtschaftlichen Folgen dies auf den Betrieb haben wird, bleibt abzuwarten.

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt ist zurzeit trotz der schwierigen Gesamtlage noch unverändert positiv und die Nachfrage nach qualifizierten Mitarbeitern nach wie vor hoch. Negativ wirkt sich im Betrieb derzeit die Verfügbarkeit von Technikern und Ingenieuren aus. Es gelingt oftmals nicht, hochqualifiziertes Personal in den öffentlichen Betrieben zu halten oder neu einzustellen.

Der Betrieb wird auch in 2022 sowohl im Verwaltungsbereich als auch in den operativen Geschäftsbereichen ausbilden, so dass altersbedingt freiwerdende Stellen übergangslos nachbesetzt werden können. Insgesamt werden in 2022 acht Ausbildungsstellen besetzt sein.

Nach wie vor sind jedoch die Auswirkungen der Pandemie in allen gewerblichen und hoheitlichen Geschäftsbereichen spürbar. In der gewerblichen Abfallentsorgung stagnieren derzeit die Abfallmengen aus den bekannten Gründen auf einem niedrigen Niveau. Im Vergleich dazu sind die Abfallmengen der öffentlich-rechtlichen Abfallentsorgung in der Pandemiezeit erheblich gestiegen. Solange keine Normalität einkehrt, wird diese Entwicklung weiter anhalten.

Obwohl sich die Wirtschaft insgesamt nur langsam erholt, hat sich die Lage bei der Vermarktung von Sekundärrohstoffen im Vergleich zum Jahr 2020 erheblich verbessert. Davon konnte auch der Betrieb beim Verkauf von Schrott und Altpapier profitieren. Es bleibt abzuwarten, ob sich die Nachfrage nach Entsorgungsdienstleistungen ebenfalls wieder verbessert. Die Dienstleistungsangebote des Betriebes werden diese Entwicklung begleiten und laufend den Markterfordernissen angepasst.

Die für die Stadt durchzuführenden Aufgaben wie die Abfallentsorgung, die Straßenreinigung und der Winterdienst, die Leistungen des Baubetriebes, die Friedhofsunterhaltung und die

sonstigen Leistungen werden auf Basis von Selbstkosten abgerechnet und im Rahmen der Wirtschaftsplanansätze für das Jahr 2022 abgewickelt.

Bei der Wahrnehmung seiner hoheitlichen und freiwilligen Aufgaben, wirkt der Betrieb auf die Erreichung der Ziele der nachhaltigen Entwicklung hin, wie sie in den Nachhaltigkeitszielsetzungen der UN (Sustainable Development Goals, SDG), des Bundes und des Landes NRW niedergelegt sind. Grundlage dafür ist die Beteiligung des Betriebes am Nachhaltigkeitshaushalt der Stadt Lüdenscheid. Im Rahmen dieses Projektes wurden folgende strategische bzw. operative Nachhaltigkeitsziele entwickelt:

- Bis Ende des Jahres 2025 werden alle Fahrzeuge des Betriebes mindestens auf Euro 5, bis Ende 2030 mindestens auf Euro 6 umgerüstet.
- Bis Ende 2030 werden die mit Hausmüllwagen gefahrenen Kilometer pro in Tonnen gemessener Menge transportierten Haus- und Sperrmülls aus Lüdenscheid im Vergleich zum Jahr 2019 um mindestens 25% gesenkt.
- Bis Ende 2030 verbessert der Betrieb die natürlichen Lebensräume von Insekten durch die Erhöhung der biologischen Vielfalt auf städtischen Grün- und Friedhofsflächen im Vergleich zum Jahr 2019 um weitere 5.000 m².

Zusätzlich hat der Betrieb am Projekt „Global nachhaltige Kommune“ teilgenommen, bei dem für die Stadt Lüdenscheid weitere Nachhaltigkeitsziele erarbeitet wurden.

Die Höhe des Unterhaltungsbudgets für 2022 für den Bereich Baubetrieb wurde im Vergleich zum Vorjahr um die tariflichen Lohnkostensteigerungen angepasst. Damit liegt die Höhe des Unterhaltungsbudgets für das Jahr 2022 bei insgesamt 4.942,0 T€.

Damit weitere dringend erforderliche Unterhaltungsmaßnahmen über die Pflichtaufgaben hinaus durchgeführt werden können, werden dem Betrieb über den städtischen Haushalt bereits seit Jahren zusätzliche Unterhaltungsmittel bereitgestellt. Für das Jahr 2022 beträgt die Summe 1.409,0 T€.

In 2022 werden dem Betrieb keine neuen Mittel für Instandhaltungsrückstellungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Aufgrund des Personalmangels insbesondere im Bereich des Bauingenieurwesens konnten die Arbeiten in 2021 nicht abgewickelt werden. Die Mittel wurden in das Jahr 2022 übertragen. Ob über das Jahr 2022 hinaus weitere Mittel für Instandhaltungsrückstellungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden können, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht absehbar.

Ebenfalls in dieser Summe enthalten sind 400,0 T€ für die Unterhaltung von Bäumen, da aufgrund des Klimawandels die zur Verfügung gestellten Unterhaltungsmittel in diesem Bereich nicht ausreichen. Bereits jetzt ist abzusehen, dass auch in den Folgejahren erhebliche Mittel für die Unterhaltung der Straßenbäume benötigt werden. Ob dem Betrieb über das Jahr 2022 hinaus Mittel auf Basis von Instandhaltungsrückstellungen bereitgestellt werden, wird noch mit dem Kämmerer der Stadt besprochen.

Auch künftig wird der Budgetbedarf, der durch die Stadt bereitgestellt wird, zur Sicherstellung der technischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit den jährlichen Preissteigerungen und Lohnerhöhungen angepasst.

Die Aufwendungen können sich aufgrund allgemeiner Preissteigerungen, zum Beispiel bei den Energie- und Kraftstoffaufwendungen, im Jahr 2022 noch erhöhen. Jedoch scheinen die Prognoseziele des Betriebes erreichbar zu sein.

Darüber hinaus sieht sich der Betrieb mit steigenden Anforderungen an die Wirtschaftlichkeit sowie zunehmender Ansprüche an Service- und Qualitätsstandards unter gleichzeitiger Beibehaltung qualifizierter Arbeitsplätze konfrontiert. Der Betrieb hat sich zum Ziel gesetzt, diese Anforderungen auch unter Berücksichtigung des demografischen Wandels – sowohl bei der Dienstleistung gegenüber der Lüdenscheider Bevölkerung als auch bei der internen Leistungsbeziehung – zu bewältigen.

Im Auftrag der Politik hat der Betrieb angrenzend an den Humanfriedhof Piepersloh eine Fläche von rd. 1.000 m² gepachtet und betreibt dort seit 2022 einen Tierfriedhof.

Seit 2020 hat der Betrieb in verschiedenen Stadtteilen die Pflichtpapiertonne für private Haushalte eingeführt und zeitgleich die Depot-Altglasbehälter gegen Unterflurbehälter ausgetauscht. Das Ziel ist es, die Verschmutzung an den Wertstoffsammelstellen zu verringern und die Qualität des zu vermarktenden Altpapiers zu verbessern, um so einen höheren Vermarktpreis zu erzielen. Diese Maßnahmen sind sehr erfolgreich und haben zu einem deutlich verbesserten Erscheinungsbild der Standorte beigetragen. Die Maßnahme wird deshalb in 2022 und in 2023 auf ausdrücklichen Wunsch der Politik in weiteren Stadtteilen fortgesetzt.

Der Laufzeit des Vertrages über die Erfassung von Leichtverpackungen in der Stadt Lüdenscheid ist befristet und endet zum 31.12.2022. Die Leistung wird im ersten Halbjahr 2022 durch die Dualen Systeme europaweit für die Jahre 2023 – 2025 neu ausgeschrieben. Der Rat der Stadt hat entschieden, dass ab dem 01.01.2023 die Sammlung der Leichtverpackungen nicht mehr wie bisher über Gelbe Säcke sondern über Gelbe Tonnen erfolgen soll. Der Betrieb hat in den vergangenen rd. 20 Jahren den Auftrag für die Sammlung und den Transport der Leichtverpackungen erhalten und wird sich auch an dieser Ausschreibung beteiligen.

Damit die Attraktivität der kommunalen Friedhöfe der Stadt auch künftig auf hohem Niveau gehalten werden kann, sind kontinuierliche Neubau- und Erweiterungsarbeiten durchzuführen. Es ist regelmäßig erforderlich, das Angebot der unterschiedlichen Grabarten zu prüfen, zu erweitern und den Flächenbedarf anzupassen. Deshalb werden dem Betrieb aus dem städtischen Haushalt in 2022 rd. 740,0 T€ bereitgestellt, um den Kommunalfriedhof Piepersloh zu erweitern und ab 2023 als Friedhofsfläche in Betrieb zu nehmen.

Die voraussichtliche Entwicklung des Betriebes ist trotz der zurzeit bestehenden schwierigen Rahmenbedingungen gut. Die Abfallbranche bietet gerade für kommunale Betriebe aufgrund des günstigen politischen Umfeldes weiteres Wachstumspotential (Stichwort: Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit). Es ist jedoch von Bedeutung, dass durch die Neuregelung des § 2b Umsatzsteuergesetz bisher nicht steuerbare Leistungen möglicherweise künftig steuerbar und steuerpflichtig werden. Obwohl die gesetzliche Neuregelung Tätigkeiten, die von juristischen Personen des öffentlichen Rechts ausgeübt werden und ihnen im Rahmen der öffentlichen Gewalt obliegen, von der Umsatzsteuer ausdrücklich ausnimmt, gilt dies im Weiteren nur dann, wenn es durch diese Tätigkeiten nicht zu größeren Wettbewerbsverzerrungen kommen würde. Dies könnte auch Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit des Betriebes haben.

Der Gesetzgeber hat jedoch eine entsprechende Übergangsregelung bis zum 31.12.2022 geschaffen. Welche Auswirkungen sich durch die geänderte Gesetzeslage für den Betrieb ergeben und ob mit Einschränkungen, beispielsweise im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit, zu rechnen ist, wird die Werkleitung beobachten.

Auf der ehemaligen Hausmülldeponie Kleinleifringhausen betreibt der STL im Auftrag der AMK mbH eine Umladeanlage für Hausmüll und Grünabfälle. Die Genehmigung zur Umladung war zunächst bis zum 31.12.2020 befristet. Der Betrieb möchte über diesen Termin hinaus die Umladeanlage in Eigenregie weiter nutzen, da sonst selbst geringe Abfallmengen in Direkttransporten von Lüdenscheid nach Iserlohn zur Verbrennungsanlage transportiert werden müssten. Das wäre unwirtschaftlich und hätte erhebliche Auswirkungen sowohl auf die öffentlich-rechtlichen als auch auf die gewerblichen Transportleistungen des Betriebes und ist gerade unter Umweltsichtspunkten zu vermeiden. Der Betrieb hat das Genehmigungsverfahren eingeleitet und die erforderlichen Anträge bei der Bezirksregierung Arnsberg eingereicht. Nicht zuletzt aufgrund der Corona-Pandemie verzögert sich das Genehmigungsverfahren erheblich. Damit die Umladung von Hausmüll und Grünabfällen auch weiterhin möglich ist, wird die Bezirksregierung die derzeitige Genehmigung zur Umladung zunächst bis zum 31.12.2022 verlängern.

Grundsätzlich werden aus Sicht des Betriebes trotz des schwierigen Marktumfeldes, keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf die Abfallwirtschaft gesehen. Die Werkleitung hat das Marktgeschehen sowie das politische und rechtliche Umfeld zur Abfall- und Wertstoffeffassung in den hoheitlichen und gewerblichen Geschäftsbereichen jederzeit im Blick.

Insbesondere auf Grund der Budgeterhöhung, wird für das Geschäftsjahr 2022 ein ausgeglichenes Gesamtergebnis erwartet.

Chancen- und Risikobericht

Die Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz in allen Unternehmensbereichen (KonTraG) hat der Betrieb entsprechend der Vorschriften, mit der Implementierung eines Chancen- und Risikomanagementsystems erfüllt. Im Chancen- und Risikomanagementsystem werden alle, den Betrieb und das Ergebnis dauerhaft beeinflussende, Chancen und Risiken der Betriebsbereiche erfasst, fortlaufend überwacht und geeignete Maßnahmen zur Risikostreuerung definiert. Eine regelmäßige Berichterstattung und die Überprüfung der Abläufe durch die Revision gewährleistet eine umfassende Information.

Im Berichtsjahr wurden der Prozess „Abläufe der Kassenbuchungen und Datenübergabe an die Buchhaltung“ und die „Lohndatenerfassung“ mit dem Prüfungsschwerpunkt, ob die Erfassung der Lohnzuschläge mithilfe der neuen Software korrekt und nachvollziehbar erfolgt, überprüft.

Leistungen für die Stadt

Der Betrieb ist hauptsächlich abhängig von der Auftragsvergabe durch die Stadt Lüdenscheid in den Bereichen Baubetrieb (einschließlich Bau- und Ingenieurwesen) und sonstige Leistungen für die Stadt. Die Haushaltssituation der Stadt wirkt sich so unmittelbar auf die Ertragskraft des Betriebes aus.

Gewerbeabfall

Die Ausrichtung des Betriebes in den gewerblichen Betriebsbereichen orientiert sich daran, die Leistungsfähigkeit und den unternehmerischen Erfolg zu steigern, um im Wettbewerb weiter bestehen zu können. Der Betrieb stellt sich diesen Herausforderungen durch intensive Kundenbetreuung und verstärkte Vertriebsaktivitäten. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Betriebes ist im Bereich der gewerblichen Abfallentsorgung unter anderem davon abhängig, ob und wann sich die allgemeine Konjunkturlage auch in der Entsorgungsbranche durch einen Anstieg des Preisniveaus bemerkbar macht.

Wertstofffassung

Die Verwertung der Bioabfälle erfolgt auch in 2022 in einer durch den Märkischen Kreis zugewiesenen Biogasanlage, in welcher der erfasste Biomüll vergoren und nach entsprechender Verstromung in das öffentliche Stromnetz eingespeist wird.

Die Schrottpreise und auch die Verwertungserlöse für Altpapier haben sich im Vergleich zum tiefen Niveau des Jahres 2020 deutlich erholt. Es bleibt abzuwarten, ob sich die Preise infolge der stärkeren Ressourcenknappheit mittelfristig auf diesem Niveau halten können. Die Erlöse, die der Betrieb durch die flächendeckend eingeführte haushaltsnahe Wertstofffassung erzielt sowie der gut aufgestellte Recyclinghof werden auch künftig zur Gebührenstabilität beitragen.

Die Werkleitung beobachtet und begleitet auch über die Verbandsebene (Verband kommunaler Unternehmen / Deutscher Städtetag) das Marktgeschehen sowie das politische und rechtliche Umfeld zu dieser Thematik.

Reinigung und Winterdienst

Kostenerhöhungspotentiale bestehen im Bereich der öffentlich-rechtlichen Reinigung. Die zunehmende Verunreinigung der Innenstädte ist ein landesweites Problem geworden und die Forderung nach erhöhten Reinigungsleistungen und einem saubereren Stadtbild kann ohne zusätzliches Reinigungspersonal und ohne weiteren Maschineneinsatz nicht umgesetzt werden.

Auch die Anforderungen an die Winterwartung erhöhen sich aufgrund der extremeren Witterungsverhältnisse, was in Zukunft zu erheblichen Schwankungen der Ergebnisse führen kann. In den Kalkulationen der Gebührenbereiche und bei der Anpassung der Entgelte für Dritte werden diese Risiken weitgehend für die Zukunft berücksichtigt. Verluste im Bereich der öffentlich-rechtlichen Straßenreinigung und Winterdienst können in den Folgejahren durch Gebührenanpassungen ausgeglichen werden.

Im Geschäftsbereich des gewerblichen Winterdienstes musste der Betrieb einen Großteil der Verträge kündigen, weil aufgrund der strengen gesetzlichen Rahmenbedingungen (Rufbereitschaftszeiten, Begrenzung der Tagesarbeitszeit, Arbeitszeitgesetz, Lenkzeitverordnung) diese Leistung nicht mehr wirtschaftlich erbracht werden kann. Dennoch sind die Verpflichtungen sowohl im öffentlich-rechtlichen als auch im privatwirtschaftlichen Winterdienst so groß, dass sich der Betrieb der Hilfe Dritter bedienen muss. Die Leistung wird aufgrund des Auftragsumfangs in 2022 für die Zeit von November 2022 bis Mai 2027 europaweit ausgeschrieben.

Versicherungsschutz

Um das Haftungsrisiko zu minimieren, besteht seit 2007 eine Directors & Officers-Versicherung sowie eine Vertrauensschaden- und Strafrechtsschutzversicherung. Zusätzlich zur Haftpflicht-, Unfall- und Kaskoversicherung für die Beschäftigten und Fahrzeuge des Betriebes bestehen für das Inventar des STL Versicherungen gegen Schäden durch Feuer, Brand, Blitzschlag, Einbruchdiebstahl sowie gegen Elementar- und Elektronikschäden.

Chancenbericht

Der Betrieb erfüllt durch die eingeführten Managementsysteme die ständig steigenden Anforderungen am Markt. Beispiele hierfür sind:

Zertifizierung

Der Betrieb verfügt über ein integriertes Managementsystem im Rahmen der Entsorgungsfachbetriebsverordnung. Die Entsorgungsgemeinschaft der deutschen Entsorgungswirtschaft e.V. (EdDe) bestätigte im November des Berichtsjahres die erfolgreiche Durchführung und Weiterentwicklung des Systems. Die Überprüfung erfolgte im Oktober des Berichtsjahres und wurde bis zum 24.04.2023 verlängert.

Arbeitsschutz / Gefahrgut

Im Bereich des Arbeitsschutzes wurden und werden kontinuierlich Gefährdungsanalysen von der Fachkraft für Arbeitssicherheit aufgestellt, bei denen sich keine wesentlichen Beanstandungen ergaben. Entsprechend des Jahresberichtes des Gefahrgutbeauftragten gab es beim STL im Berichtsjahr keine Unfälle mit gefährlichen Gütern, bei denen Personen, Tiere, Sachen oder die Umwelt durch das Freisetzen gefährlicher Güter zu Schaden gekommen sind. Auch aus dem Jahresbericht 2021 für die Deponie Kleinleifringhausen des Betriebsbeauftragten für Abfall haben sich keine Beanstandungen ergeben.

Weitere kommunale Kooperationen bieten gute Chancen zur Entwicklung des Betriebes. Beispiele dafür sind:

- Die Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich der Abfallentsorgung mit Nachbarstädten und Gemeinden
- die gemeinsame Nutzung von Personal- und Fahrzeugkapazitäten auf Baubetriebshöfen und
- die Durchführung des kommunalen Winterdienstes im Verbund.

Im Bereich der gewerblichen Abfallentsorgung und der gewerblichen Straßenreinigung und des Winterdienstes wird der steigenden Konkurrenz der Mitbewerber mit hohem Maß an Erfahrung und Zuverlässigkeit in Verbindung mit einer guten Qualität der Leistung begegnet. Ziel des Betriebes ist es, sich in diesen Bereichen als kompetenter regionaler Anbieter weiter zu etablieren.

Gesamtaussage

Bestandsgefährdende Risiken sind unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der sich abzeichnenden Veränderung der Wettbewerbssituation für den Betrieb nicht erkennbar.

Organe und deren Zusammensetzung

Dargestellt wird die Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen für das Jahr 2021.

Werkleitung

Werkleiter ist Herr Heino Lange.

Werksausschuss

Mitglieder
RH Daniel Kahler (Vorsitzender)
RF Heide-Marie Skorupa (1. stellv. Vorsitzende)
RF Ursula Meyer (2. stellv. Vorsitzende)
SB Gülpasa Erdogan
RH Dirk Franke
RH Lothar Hellwig
SB Jochen Kliebisch
SB Michael Kaulbach
SB Peter-Paul Marienfeld
SB Renate Klebeck
RH Lucas Karich
RH Michael Dregger
RF Gesthimani Demirtzoglou
RH Manuel Bunge
SB Margit Schade
Beratendes Mitglied
RF Brunhilde Gromball

Für die Stellvertretung gilt im Regelfall die allgemeine Vertretungsliste der Fraktionen.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht und Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Der Werksausschuss eines Eigenbetriebes/eigenbetriebsähnlicher Einrichtung nach § 5 Abs. 1 der Eigenbetriebsverordnung NRW ist ein Ausschuss des Rates der Gemeinde und als solcher, wie auch die anderen Ausschüsse des Rates der Gemeinde vom Geltungsbereich des LGG ausgenommen. Von daher findet das LGG keine Anwendung auf den STL.

3.4.1.4 Lüdenscheider Wohnstätten AG

Basisdaten

Anschrift	Liebigstraße 15 58511 Lüdenscheid
Gründungsjahr	1927
Grundkapital	8.819.784,96 €

Zweck der Beteiligung

Die Gesellschaft errichtet, bewirtschaftet, betreut und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgabenübernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft dient vorrangig einer sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung. Die Tradition der Gesellschaft als gemeinnütziges Wohnungsunternehmen bei der Zurverfügungstellung von Wohnraum soll damit erhalten bleiben. Der im Gesellschaftsvertrag beschriebene Gegenstand des Unternehmens ist auf die Erfüllung eines öffentlichen Zwecks ausgerichtet: Eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der Bevölkerung stellt nach wie vor einen wichtigen öffentlichen Zweck dar. Die Wahrnehmung dieser Aufgaben stand für die Gesellschaft im Berichtsjahr wieder im Mittelpunkt ihres Handelns.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Beteiligung der Stadt	8.813.611,11 € = 99,93 %
Weitere Gesellschafter:	
Angehörige des Baugewerbes	1.763,96 € = 0,02 %
Industriefirmen und Private	4.409,89 € = 0,05 %
Die Gesellschaft hält folgende Beteiligung:	
Münchener Hypothekenbank eG	70,00 €
DZ BANK AG Deutsche-Zentral Genossenschaftsbank	4.120,00 €

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Finanzbeziehungen der LüWo zur Stadt Lüdenscheid bestehen wie folgt:

- Verbindlichkeiten in Höhe von 1.691,9 T€ für Darlehen der Stadt Lüdenscheid.
- Erträge in Höhe von 468,3 T€ für Mieten.
- Aufwendungen in Höhe von 882,5 T€. Diese setzen sich zusammen aus Avalprovision (41,5 T€), Zinsen und Verwaltungskostenbeitrag für das Darlehen (41,7 T€), Grundbesitzabgaben (649,1 T€) und Erbbauzinsen (150,2 T€).

Finanzbeziehungen der LüWo zur SELH AöR bestehen wie folgt:

- Aufwendungen in Höhe von 564,7 € für Entwässerung

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	T€	T€	T€		T€	T€	T€
Anlagevermögen	57.206,6	57.465,3	-258,7	Eigenkapital	28.442,5	27.085,3	1.357,2
Umlaufvermögen	5.830,8	6.695,4	-864,7	Sonderposten	0,0	0,0	0,0
				Rückstellungen	530,7	757,0	-226,3
				Verbindlichkeiten	34.090,5	36.358,7	-2.268,2
Aktive Rechnungsabgrenzung	30,2	40,8	-10,6	Passive Rechnungsabgrenzung	3,8	0,6	3,2
Bilanzsumme	63.067,5	64.201,5	-1.134,0	Bilanzsumme	63.067,5	64.201,5	-1.134,0

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Stand der Bürgschaft zum 31.12.2021 in €	Bürgschaftsnehmer	Bürgschaftsgeber	Gläubiger der Hauptforderung
3.875.313,22	Lüdenscheider Wohnstätten AG	Stadt Lüdenscheid	KfW

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	T€	T€	T€
1. Umsatzerlöse	12.492,3	13.479,7	-987,4
2. sonstige betriebliche Erträge	1.203,1	365,9	837,2
3. Materialaufwand	7.652,1	7.343,5	308,6
4. Personalaufwand	1.011,0	1.043,8	-32,8
5. Abschreibungen	1.824,2	2.641,9	-817,7
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	515,6	412,6	103,0
7. Finanzergebnis	-657,4	-748,1	90,7
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	2.035,2	1.655,8	379,3
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	1.607,5	989,9	617,6

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	%	%	%
Eigenkapitalquote	45,1	42,2	2,9
Eigenkapitalrentabilität	5,7	3,7	2,0
Anlagendeckungsgrad 2	75,7	77,4	-1,7
Verschuldungsgrad	121,7	137,0	-15,3
Umsatzrentabilität	11,7	7,1	4,6

Personalbestand

Im Berichtsjahr 2021 betrug die Zahl der Beschäftigten 13 (Vorjahr 14).

Geschäftsentwicklung

Es wird hier die Berichterstattung der Gesellschaft aus dem Lagebericht 2021 dargestellt.

Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland 2021/2022

Ein weiteres Jahr im Zeichen der Corona-Pandemie

Die Corona-Pandemie begleitete die Lüdenscheider Wohnstätten AG auch im Jahr 2021. Dazu erschwerten Material- und Lieferengpässe den wirtschaftlichen Aufschwung. Die Wirtschaftsleistung lag trotz eines gegenüber 2020 um 2,7 % höheren Bruttoinlandsproduktes (BIP) immer noch um 2,0 % unter dem Niveau des letzten Vor-Corona-Jahres 2019.

Erholung der Industrie und Dienstleistungen – Baugewerbe mit Engpässen

In fast allen Wirtschaftsbereichen erhöhte sich die Wirtschaftsleistung. Die Bruttowertschöpfung stieg im Verarbeitenden Gewerbe um 4,4 %, während das Baugewerbe eine um 0,4 % geringere Wirtschaftsleistung hinnehmen musste. Ursache dafür waren Kapazitätsengpässe bei Personal und Material sowie steigende Baupreise.

Die Grundstücks- und Wohnungswirtschaft wuchs 2021 um 1 %. Mit einer Bruttowertschöpfung von 347 Milliarden € behielt die Immobilienwirtschaft ihre stabilisierende Funktion.

Lieferengpässe, gestiegene Baupreise und Inflation

Lieferengpässe, die zu Materialmangel führten, und dazu fehlende Arbeitskräfte prägten das Jahr 2021. Auf dem Bau bedeutete dies volle Auslastung, aber ein Wachstum von lediglich 0,5 %. Die Bauinvestitionen lagen damit allerdings insgesamt 3,0 % höher als vor der Krise.

Die allgemeinen Lebenshaltungskosten und die Baupreise stiegen im Jahr 2021 erheblich an. Die Inflationsrate in Deutschland stieg im Dezember 2021 auf 5,3 %. Vor allem Energieprodukte befeuerten die Preisentwicklung: So verdoppelten sich die Preise für Heizöl mit 101,9 % binnen Jahresfrist, Kraftstoffe stiegen um 43,2 %, Erdgas um 9,6 % und Strom um 3,1 %. Zum Preisauftrieb trug auch die 2021 eingeführte CO₂-Steuer bei. Die Nettokaltmieten stiegen mit 1,3 % vergleichsweise moderat.

Die Preisentwicklung ging auch am Neubau von Wohngebäuden nicht vorbei. Dessen Kosten waren im November 2021 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 14,4 % gestiegen. Einen Beitrag dazu leistete auch die Rücknahme der befristeten Umsatzsteuersenkung im zweiten Halbjahr 2020.

Die abflauende Coronakrise führte zu einer hohen Nachfrage nach Baumaterialien wie Holz, Stahl und Dämmstoffen und entsprechend gestiegenen Baupreisen um 9,1 %. Mit knapp 30 % hatten die Zimmer- und Holzbauarbeiten die höchste Preissteigerung aller Baugewerke.

Wohnungsbauwichtiger Treiber der Nachfrage

Während der Hoch- und Tiefbau von Nicht-Wohnbauten 2021 um 0,5 % und der öffentliche Bau um 1,3 % zurückgingen, konnte der Wohnungsbau um 1,2 % gesteigert werden. 257 Mrd. € wurden für den Neubau und Modernisierung von Wohnraum aufgebracht, was 62 % der Bauinvestitionen ausmacht.

Die Nachfrage nach Wohnraum bleibt hoch, die Zinsen bleiben niedrig. Die teilweise pandemiebedingte Verschiebung beruflicher Tätigkeiten nach Hause und damit der Wohnraumnachfrage insbesondere in die die Ballungszentren entlastenden Gebiete dürfte sich weiterentwickeln.

Wieder mehr Wohnungsbaugenehmigungen

Im Jahr 2021 wurden mit schätzungsweise rund 384.000 neuen Wohnungen 4,2 % mehr genehmigt als im Jahr 2020. Die Zahl der Genehmigungen hat sich seit dem Tiefstand von 178.000 Wohnungen im Jahr 2009 mehr als verdoppelt.

Im Jahr 2021 wird mit einer Fertigstellung von 315.000 Wohnungen gerechnet.

Mit 7,7 % beim Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern und 5,1 % mehr Genehmigungen beim Geschosswohnungsbau wurde mehr Wohnraum geschaffen. Dabei nahm die Zahl neuer Mietwohnungen um 9,9 % zu, während genehmigte Eigentumswohnungen um 1,5 % zurückgingen. Die Genehmigungen im Geschosswohnungsbau verteilen sich voraussichtlich auf rund 120.000 Mietwohnungen und rund 79.000 Eigentumswohnungen. Ca. 194.000 dieser neu genehmigten Wohnungen und damit 51 % der Baugenehmigungen des Jahres 2021 werden voraussichtlich vermietet.

Die hohe Nachfrage nach Wohnraum bleibt erhalten. Weiterhin sorgte der Zuzug der vergangenen Jahre in die Metropolen für steigende Mieten und Immobilienpreise. 2022 rechnet man beim Genehmigungsvolumen mit einem Zuwachs von 1,6 %. Das entspricht 390.000 Wohneinheiten.

Der Bauüberhang an genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen hat sich zwischen 2008 und 2019 von rund 320.000 Wohnungen auf 779.000 mehr als verdoppelt. Der überwiegende Teil davon wird wahrscheinlich umgesetzt werden. Dabei ist festzustellen, dass Wohnungsbauvorhaben inzwischen aufgrund von vielfältig auftretenden Widerständen zunehmend länger dauern.

Der Wohnungsmarkt in Lüdenscheid

Der Wohnungsmarkt in Lüdenscheid zeigte sich 2021 im Vergleich zu den Vorjahren unverändert. Er blieb von Entspannung in einer schrumpfenden Kommune mit einem Angebotsüberhang bei Mietwohnungen geprägt. Dagegen blieb die Nachfrage nach Einfamilienhäusern weiter hoch.

Am 2. Dezember 2021 wurde völlig unvermittelt die die Stadt Lüdenscheid querende Bundesautobahn 45 zwischen den Anschlussstellen Lüdenscheid und Lüdenscheid-Nord in beiden Richtungen komplett gesperrt. Grund dafür ist die Rahmedetalbrücke, die so baufällig ist, dass sie wegen Einsturzgefahr nicht mehr befahren werden darf und durch einen Neubau ersetzt werden muss.

Seitdem quält sich ein Großteil des Fernverkehrs durch die Stadt Lüdenscheid. Die Folgen davon sind heute noch nicht abzusehen.

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Der vorrangige Zweck der Lüdenscheider Wohnstätten AG ist die sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der Bevölkerung im öffentlichen Sinne. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Kerntätigkeitsfeld ist die Errichtung und Vermietung von Wohnungen und Häusern in der Stadt Lüdenscheid.

Im erneut von der Corona-Pandemie geprägten Geschäftsjahr 2021 setzte die Lüdenscheider Wohnstätten AG ihre Strategie fort, Umsatzerlöse zu stabilisieren und die Mittel für Instandhaltung und Modernisierungen umsichtig zu verwenden.

Daneben griff das Unternehmen den Klimaschutz auf und erstellte gemeinsam mit einem Dienstleister eine Portfolioanalyse zum CO₂-Verbrauch in den Beständen. Die Portfolioanalyse stellt die Grundlage für Klimaschutzmaßnahmen der Lüdenscheider Wohnstätten AG mit der Zielsetzung dar, bis zum Jahr 2045 einen klimaneutralen Bestand zu bewirtschaften.

Mietanpassungen im Bestand erfolgten fast ausschließlich nach Modernisierungsmaßnahmen im Rahmen der Neuvermietung. In der Pandemie verzichtete das Unternehmen wie im Vorjahr auf Vergleichsmieterhöhungen im Bestand. Außerdem konnte die Gesellschaft ihre Darlehensbelastungen weiter verringern.

Besondere Marketing-Aktionen wie beispielsweise der Impftransportservice für die Kunden über 80 oder das kleine Adventsmusikkonzert der Musikschule Lüdenscheid in der Seniorenanlage Philippstraße sollten die Kunden von der Corona-Pandemie und den Lockdowns ablenken helfen.

Mit insgesamt fünf WG-Zimmern im Drei-Freunde-Haus an der Honseler Straße 14d und an der Brüderstraße 33 schafften wir gezielt Wohnraum vor allem für die junge Zielgruppe.

Außerdem werden die beiden möblierten Wohnungen am Rosenweg und am Wermecker Grund bereit gestellt.

Nachdem sie im ersten Jahr der Pandemie um mehr als 25 % zurückgegangen waren, erreichten die Mieterwechsel 2021 wieder das Vorkrisenniveau. Pandemiebedingte Mietrückstandssteigerungen blieben weiterhin aus.

Die Strategie wird fortgesetzt, den Bestand nachhaltig zu entwickeln und wirtschaftlich leistungsfähig zu bleiben. Gleichzeitig ist der Klimaschutz als das für die zukünftige Entwicklung vielleicht wichtigste Thema aufzugreifen.

Mit den Investitionen in den Bestand sind Stadtgestalter und pflegen und erhalten angemessenen und bezahlbaren Wohnraum. Es wird damit eine sozial verantwortliche Wohnungsver-sorgung für breite Teile der Bevölkerung in Lüdenscheid gesichert.

Schwerpunkte der Aktivitäten waren:

- Abschluss der Quartiersentwicklung durch Modernisierungen von Bestandsimmobilien; hier Gneisenaustraße 10-12, 14-16, 18-20
- Abschluss der Fassadensanierungen, hier Starenweg 10-12, 21-25
- umfassende Einzelmodernisierungen
- barrierearme Badsanierung
- Umwandlung des jahrelang von Leerstand geprägten Haus Honseler Straße 14d in ein WG-Haus mit drei Zimmern
- Durchführung eines konkurrierenden Verfahrens für das Neubauvorhaben Am Grünewald 19-47

Der Wohnungsbestand der Lüdenscheider Wohnstätten AG soll über Investitionen weiterhin qualitativ verbessert und zukunftstauglich entwickelt werden. Neben der barrierearmen Umgestaltung von Bestandswohnungen sollen die Anforderungen des Klimaschutzes die Unternehmenspolitik maßgeblich leiten.

Die Lüdenscheider Wohnstätten AG hat ihre Stellung auf dem örtlichen Wohnungsmarkt behalten. Vor diesem Hintergrund war die Geschäftsentwicklung günstig.

Hausbewirtschaftung

Die Gesellschaft bewirtschaftete zum Stichtag 31. Dezember 2021 folgende Einheiten:

Eigene Wohnungen	2.060	WE
Wohnungen		
Wohnungsbestand		
Verwaltete Wohnungen	49	WE
2 Eigentümergemeinschaften		
Wohnungen insgesamt	2.109	WE
Eigene Garagen und Stellplätze	748	GA
Verwaltete Garagen	30	GA
Eigene gewerbliche Einheiten	20	GE

Im Geschäftsjahr 2021 wurden rund 4.250 T€ in die Aufwertung und Pflege des Wohnungsbestandes durch Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen investiert. Für die Durchführung des konkurrierenden Verfahrens für den Neubau Am Grünwald 19-47 wurden rund 68 T€ aufgewendet. Für die Fassadensanierungen der Objekte am Starenweg wurden 830 T€ aufgewendet. Für die Modernisierung der Anlage mit Garagenneubau Gneisenaustraße 10-18 wurden gesamt 272 T€ und für den Umbau des Hauses Honseler Straße 14d in ein WG-Haus 195 T€ aufgewendet. Die Maßnahmen wurden komplett aus Eigenmitteln finanziert.

Modernisierung

In 2021 sind für Modernisierungsmaßnahmen ca. 608 T€ auszuweisen.

Instandhaltung

Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen betragen im Jahr 2021 insgesamt 3.642 T€ (2020: 2.906 T€).

Sie stellen rund. 29,60 % (Vorjahr rd. 26,31 %) der Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung dar.

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2021 führte zu einem sehr guten Ergebnis. Wir erwirtschafteten einen Jahresüberschuss von 1.608 T€ (Plan: 513 T€, Ergebnis Vorjahr: 990 T€).

Das deutlich bessere Ergebnis gegenüber den ursprünglichen Annahmen lässt sich insbesondere durch den noch nicht realisierten Abriss der Objekte Am Grünwald 19–47 und erhebliche Zuschreibungen begründen.

Der Jahresüberschuss war von einmaligen Sachverhalten geprägt. Hierzu trug insbesondere die Zuschreibung von ehemals per Sonderabschreibung abgeschrieben Objekten von 800 T€ bei.

Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung sind in etwa gleichgeblieben.

Die durchschnittliche Nettokaltmiete ist dabei moderat gestiegen. Dies liegt in erster Linie an durchgeführten Gesamt- und Einzelmodernisierungen und daraus resultierenden Mietanpassungen bei Neuvermietungen. Die Steigerungen wurden durch höhere Leerstandskosten aufgezehrt.

Die Leerstandsquote ist von 5,8 % auf 7,7 % gestiegen, was insbesondere auf die Rückgabe von Flüchtlingswohnungen durch die Stadt und Materiallieferschwierigkeiten zurückzuführen ist. Der anstehende Abriss und Neubau der Objekte Am Grünewald macht alleine 44 % des gesamten Leerstandes aus.

Der Erfolg der Hausbewirtschaftung wurde im Geschäftsjahr 2021 und wird auch zukünftig vor allem durch strukturelle Wohnungsleerstände belastet. Wir wollen diesen Leerständen weiterhin mit der Umsetzung der Unternehmensstrategie und weiterer Bestandspflege begegnen.

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögens- und Kapitalverhältnisse der Gesellschaft sind geordnet. Die langfristigen Vermögenswerte sind bis auf 706 T€ langfristig finanziert. Der nicht langfristig finanzierte Betrag ergibt sich durch die aus Eigenmitteln erfolgte Vorfinanzierung der Modernisierung der Wirtschaftseinheiten Gneisenaustraße 10 – 20. Hier ist eine langfristig durch Grundschulden auf den vorgenannten Objekten gesicherte Darlehnsaufnahme im Folgejahr in Höhe von 1.200.000,00 € erfolgt. Die Ermittlung der Deckungsverhältnisse basiert auf der Maßgabe, dass das Anlagevermögen, die Rechnungsabgrenzungsposten, das Eigenkapital (ohne geplante Dividende) sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (ohne rückständige Annuitäten und Kontokorrent von 36 T€) und anderen Kreditgebern vollständig als langfristig betrachtet werden.

Die Reduzierung der Bilanzsummen in den letzten Jahren (dieses Jahr um 1.134 T€ auf 63.068 T€) stammt einerseits aus höheren Abschreibungen gegenüber den Aktivierungen und andererseits aus erheblichen Reduzierungen der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (2.597 T€).

Die Fremdkapitalquote ist weiter gesunken und die Eigenkapitalquote in 2021 um 2,9 % auf 45,1 % deutlich gestiegen.

Das Anlagevermögen beträgt 90,7 % (Vorjahr: 89,5 %) des Gesamtvermögens. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern dienen der langfristigen Objektfinanzierung.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt 2.674 T€ (Vorjahr: 4.667 T€).

Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr 2021 immer gegeben.

Die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage sind geordnet; die Zahlungsfähigkeit ist gewährleistet.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Leistungsindikatoren	2021	2020
Investitionen ins Anlagevermögen	765 T€	1.020 T€
Eigenkapitalquote	45,1 %	42,2 %
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	2.674 €	4.667 T€
Sollmiete/m ² /p.m.	5,10 €	5,07 €
Leerstand - marktabhängig	3,5 %	3,71 %
Leerstand - Modernisierung	1,8 %	1,35 %
Leerstand - Mieterwechsel	1,7 %	0,72 %
Leerstad – andere Gründe	0,7 %	0,0 %
Jahresüberschuss	1.608 T€	990 T€

Die im Rahmen der Portfolioanalyse zu den CO₂-Emissionen der Bestände der Lüdenscheider Wohnstätten AG ermittelte Wert für das Jahr 2020 lag bei rund 5.231 Tonnen.

Bedeutsamster finanzieller Leistungsindikator der Gesellschaft ist der Jahresüberschuss.

Risiko- und Chancenbericht

Das Risikomanagementsystem besteht aus dem internen Kontrollsystem, dem Risikofrüherkennungssystem und dem Controlling. Analysen werden in unterschiedlichen Zeitintervallen durchgeführt.

Die Coronakrise ist nach wie vor nicht überwunden. Deshalb kann heute noch nicht abschließend beurteilt werden, ob sie auf Dauer negative Einflüsse auf die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft hat.

Die Lüdenscheider Wohnstätten AG sieht die zunehmenden Anforderungen des Klimaschutzes an die Wohnungswirtschaft. Sie stellt sich den Herausforderungen und hat das Ziel, bis zum Jahr 2045 einen klimaneutralen Bestand zu bewirtschaften. Die im Jahr 2021 durchgeführte Portfolioanalyse zu den CO₂-Verbräuchen der Bestände stellte dafür eine erste Analyse dar.

Die im Rahmen dieser Analyse ermittelten TOP-CO₂-Verbraucher innerhalb der Bestände sollen als erste Objekte investiv angegangen werden. Daneben sollen im Rahmen von „Quick-Wins“ durch kleinere Maßnahmen wie beispielsweise ein Energiemonitoring CO₂-Verbräuche in einzelnen Beständen gesenkt werden.

Die Lüdenscheider Wohnstätten AG beschäftigt ab dem 1. Juli 2022 eine Energieberaterin in Teilzeit, die das Klimaschutz-Thema im Unternehmen maßgeblich begleiten und steuern soll.

Seit 1. Januar 2021 erhalten CO₂-Emissionen fossiler Brennstoffe einen Preis, der sich über die nächsten Jahre schrittweise von 25 € pro Tonne CO₂ im Jahr 2021 auf 55 € pro Tonne im Jahr 2025 steigert.

Es wird in diesem Jahr innerhalb der neuen Bundesregierung erneut eine politische Diskussion darüber geführt, ob und in welchem Umfang auch Vermieter an den Kosten für die CO₂-Umlage beteiligt werden sollen. Das Ergebnis der Diskussion ist zum Zeitpunkt dieser Berichterstattung offen. Wir gehen davon aus, dass es zu einer Beteiligung der Vermieter an diesen

Kosten kommen wird. Das würde die Investitionskraft der Gesellschaft insbesondere für die Umsetzung von Maßnahmen für den Klimaschutz schwächen.

Zum Jahresanfang 2022 gab es für die Branche überraschende Stopps bei den Fördermitteln. Das führte durchaus zu einem Vertrauensverlust in der Wohnungswirtschaft. Die zukünftige langfristig angelegte Fördermittellandschaft insbesondere für den Klimaschutz erscheint nach wie vor ungewiss.

Die Lüdenscheider Wohnstätten AG wird auf umfangreiche Fördermittel angewiesen sein, um die Aufgaben des Klimaschutzes erfüllen zu können, und ihre Anstrengungen erheblich intensivieren müssen. Ob das insbesondere mit dem vorhandenen Bestand und den finanziellen und personellen Ressourcen gelingt, ist heute noch nicht absehbar.

Diskutiert wird außerdem weiterhin die zukünftige Umlagefähigkeit der Grundsteuer im Rahmen der Nebenkostenabrechnungen. Hier bleibt ein Ergebnis der Diskussion nicht absehbar.

Die Lüdenscheider Wohnstätten AG spürt die Preissteigerungen und Lieferengpässe bei Handwerkern und Materialien. Der Trend der Preissteigerungen setzt sich auch im Jahr 2022 weiter fort. Die gesamte Baubranche stöhnt unter ständigen Preisanpassungen. 2-3 Preisänderungen einzelner Unternehmen waren im Laufe des Jahres 2021 keine Seltenheit. So wurden beispielsweise Türen im Schnitt 5 %, Schließzylinder 3,3 % und Dämmstoffe rund 20 % teurer.

Aktuell kommt nun noch ein Krieg in Europa hinzu, der Auswirkungen auf die Preisentwicklung und Verfügbarkeit haben kann, die zurzeit in ihren Dimensionen noch nicht absehbar sind.

Ein weiteres neues Problem ist die Sperrung der Rahmedetalbrücke, die Einfluss auf Lieferzeiten und -kosten haben wird. Einige Lieferanten haben bereits angekündigt, Aufträge zu sammeln und nur volle LKW nach Lüdenscheid zu schicken.

Lieferschwierigkeiten betreffen ohnehin schon zahlreiche Baumaterialien wie Kunststoffe, Dämmstoffe, Holz, Kupfer, Türen und Zargen, Bodenbeläge usw.

Die Gesellschaft rechnet damit, dass es auch 2022 nicht günstiger und einfacher werden wird.

Die Sperrung der Rahmedetalbrücke dürfte auch Auswirkungen auf den Facharbeitermangel in Lüdenscheid und in Südwestfalen haben. Sie sind schwieriger für die Unternehmen und damit als neue Einwohner für die Stadt Lüdenscheid zu gewinnen. Der aufgrund der Brückensperrung massiv ausgeweitete Umleitungsverkehr geht zu Lasten der Attraktivität der Stadt. Fahrten in die Stadt oder die Region werden nach Möglichkeit vielfach vermieden.

Die Lüdenscheider Wohnstätten AG muss mit Einbußen in der Vermietung insbesondere an Neubürger rechnen.

Relevant bleiben neben diesen Entwicklungen und den politischen Diskussionen die Entspannung auf dem Mietwohnungsmarkt sowie die demografische Entwicklung, die zu weiter steigenden Fluktuations- und Leerstandsquoten führen können.

Der örtliche Wohnungsmarkt blieb 2021 von einem Angebotsüberhang und einem niedrigen Mietpreisniveau geprägt und bleibt damit ein Risikofaktor. Die Risiken bestehen einerseits für die Erlössituation und andererseits für relativ geringe Spielräume für Erlössteigerungen. Die-

sen Risiken begegnen wir mit einer kontinuierlichen Qualitätssteigerung des Wohnungsangebots sowie angemessenen Nutzen von Mietsteigerungspotentialen, damit sich das Unternehmen am Markt behauptet.

Der Ende Februar ausgebrochene Krieg in der Ukraine führt zu einer neuen Flüchtlingsbewegung auch nach Deutschland und damit nach Lüdenscheid. Die Lüdenscheider Wohnstätten AG wird davon zumindest vorübergehend profitieren und Leerstände über die Vermietung an Flüchtlinge abbauen können.

Modernisierungen und Investitionen in den vorhandenen Wohnungsbestand sichern nachhaltige und wirtschaftliche Ergebnisbeiträge und bauen Leerstände ab beziehungsweise vermeiden sie. Die demografische Entwicklung erfordert auch zukünftig Investitionen in altengerechte barrierearme bzw. –freie Wohnanlagen. Um modernen barrierearmen Wohnraum als Ergänzung zum vorhandenen Portfolio der Gesellschaft zu schaffen, sind allerdings auch Ersatzneubauten notwendig.

Damit werden langfristig Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung gesichert und gesteigert und binden die Kunden so lange wie möglich an das Unternehmen.

Bei der Gesellschaft werden im wesentlichen Darlehen als Finanzinstrumente genutzt, die grundsätzlich einem Zinsänderungsrisiko unterliegen. Dem wird durch ein regelmäßiges Risikomanagement und der zeitnahen Prolongation von Darlehen entgegengewirkt.

Zinsänderungsrisiken können zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abschließend eingeschätzt werden. Im Zuge der aktuellen Rahmenbedingungen wie die allgemeine Preisentwicklung und der Ukraine-Krieg ist derzeit ein Aufwärtstrend zu beobachten. Da viele Staatshaushalte in Europa auf niedrige Zinsen angewiesen sind, mag man mit einer Beruhigung möglicherweise auf einem höheren Niveau gegenüber dem Jahresbeginn 2022 rechnen.

Erklärung zur Unternehmensführung

Gemäß § 111 Abs. 5 Aktiengesetz (AktG) und als mitbestimmungspflichtiges Unternehmen aufgrund des Drittelbeteiligungsgesetzes (DrittelbG) finden die Regelungen zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern im Aufsichtsrat und Vorstand auf das Unternehmen Anwendung.

Das Gesetz basiert auf der Vorgabe einer Geschlechterquote von mindestens 30 % für Aufsichtsräte sowie der Verpflichtung zur Festlegung von Zielgrößen für Aufsichtsräte und Vorstände.

Die erstmalige Frist zur angestrebten Erreichung der Zielgrößen durfte nicht länger als bis zum 30.06.2017 dauern, die folgenden Fristen dürfen jeweils maximal fünf Jahre lang sein.

Bis zum 30.06.2022 wurde ein Frauen- oder Männeranteil von mindestens 33,33 % im Aufsichtsrat der Lüdenscheider Wohnstätten AG für die Aufsichtsratsmitglieder festgelegt, die vom Anteilseigner entsendet werden.

Bis zum 30.06.2022 wurde ein Frauen- oder Männeranteil von mindestens 33,33 % im Aufsichtsrat des Unternehmens für die Aufsichtsratsmitglieder festgelegt, die von der Arbeitnehmerseite entsendet werden.

In 2021 lag der Frauenanteil insgesamt im Aufsichtsrat der Lüdenscheider Wohnstätten AG bei 33,33 %, so dass die gesetzliche Quote erfüllt ist.

Bis zum 30.06.2022 wurde ein Frauenanteil von 0 % für die Vorstandsmitglieder der Lüdenscheider Wohnstätten AG festgelegt, der aktuell erreicht ist.

Der Vorstand des Unternehmens bestand 2021 aus zwei männlichen Personen. Bei der erstmaligen Festlegung der Zielgröße für den Vorstand im Jahr 2017 wurde angestrebt, im Rahmen einer Neubesetzung eine angemessene Beteiligung von Frauen unter Berücksichtigung der beruflichen Qualifikation der Bewerberinnen und Bewerber aufzunehmen.

Vorstand und insbesondere der Aufsichtsrat haben sich vor dem Hintergrund der erneuten Bestellung des nebenamtlichen Vorstandsmitgliedes in 2021 sorgfältig mit den Möglichkeiten befasst. Letztlich war für die Entscheidung die weitere nachhaltige Entwicklung des Unternehmens ausschlaggebend. Ein wichtiger Bestandteil dafür ist die langfristige Zusammenarbeit mit dem Vorstand. Eine Erweiterung des Unternehmens auf drei Vorstände ist aus betriebswirtschaftlichen Gründen nicht vorgesehen.

Beziehungen und verbundene Unternehmen

Die Aktien der Gesellschaft befinden sich zu 99,93 % im Besitz der Stadt Lüdenscheid. Der Vorstand hat deshalb einen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erstellt und diesen zur Prüfung vorgelegt.

Der Abhängigkeitsbericht enthält folgende Schlusserklärung:

"Wir erklären, dass bei jedem der in diesem Bericht aufgeführten Rechtsgeschäfte die Lüdenscheider Wohnstätten AG eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Dieser Beurteilung liegen die Umstände zugrunde, die im Zeitpunkt des Abschlusses der Rechtsgeschäfte bekannt waren.

Weitere berichtspflichtige Maßnahmen haben im Geschäftsjahr nicht vorgelegen. Es sind auch keine Rechtsgeschäfte mit Fremden auf Veranlassung oder im Interesse der Stadt Lüdenscheid vorgenommen worden."

Prognosebericht

Die Prognosen bleiben unsicher, da die Pandemie noch nicht besiegt ist und mit immer neuen Virus-Varianten wie derzeit Omikron aufwartet. Zudem bestehen die weltweiten Produktions- und Lieferschwierigkeiten weiter fort.

Die Wirtschaftsforschungsinstitute treffen Vorausschätzungen zur Wachstumsrate, die zwischen 3,5 % bis 4,9 % in 2022 liegen.

Nach dem für das Geschäftsjahr 2022 aufgestellten Wirtschaftsplan wird ein Jahresüberschuss von 970 T€ erwartet.

Wir gehen dabei - mit Ausnahme der Auswirkungen der Sperrung der Rahmedetalbrücke - von im Vergleich zum Vorjahr unveränderten Rahmenbedingungen auf dem Lüdenscheider Wohnungsmarkt aus. Auch die Corona-Pandemie wird in diesem Jahr ähnlich wie im Vorjahr beeinflussen. Die Steigerung der Heizkosten durch die CO₂-Bepreisung (70 T€) und eine möglicherweise nicht zulässige Umlegbarkeit haben wir mit 35 T€ berücksichtigt.

Vorrangiges Ziel der Lüdenscheider Wohnstätten AG bleibt es auch in Zukunft, den Wohnungsbestand stetig und konsequent markt- und kundenorientiert auszurichten, zu pflegen und zu modernisieren.

Organe und deren Zusammensetzung

Dargestellt wird die Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen für das Jahr 2021.

Vorstand

Die Stadt Lüdenscheid ist im Vorstand nicht vertreten.

Aufsichtsrat

Mitglieder

Herr Frank Kusmirtz

RF Susanne Mewes

SB Fabian Ferber

RH Michael Meyer

RH Manuel Bunge

RF Heide-Marie Skorupa

Hauptversammlung

In geraden Jahren stimmberechtigte/r Vertreter/in	In ungeraden Jahren stimmberechtigte/r Vertreter/in
RF Anja Tadday-Schlichting	RH Michael Thielicke
Stellvertretung: RH Michael Thielicke	Stellvertretung: RF Anja Tadday-Schlichting

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht und Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Bei dem Aufsichtsrat der LüWo findet aufgrund spezialgesetzlicher Regelungen zur geschlechtergerechten Gremienbesetzung die Vorgaben im LGG keine Anwendung.

3.4.1.5 Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid -AöR-

Basisdaten

Anschrift	Lennestraße 2 58507 Lüdenscheid
Gründungsjahr SEL	1994/2003
Beitritt Herscheid zur SELH	2019
Grundkapital	21.580.000,00 €

Zweck der Beteiligung

Der Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid ist eine gemeinsame selbstständige Einrichtung der Stadt Lüdenscheid und der Gemeinde Herscheid in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts gem. § 27 Abs. 1 GkG und § 114 a GO NRW. Die Anstalt führt den Namen Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid -AöR- kurz SELH. Sie tritt unter diesem Namen im gesamten Geschäfts- und Rechtsverkehr auf. Zweck des SELH ist die ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung im Stadtgebiet Lüdenscheid und im Gemeindegebiet Herscheid aufgrund des § 56 WHG in Verbindung mit § 46 WHG. Zur Erfüllung dieses Zweckes sind und werden Abwasseranlagen hergestellt und vom SELH als öffentliche Einrichtung betrieben und unterhalten.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zu den Aufgaben des SELH gehört die Erfüllung der gemeindlichen Pflicht zur Abwasserbeseitigung. Dieses beinhaltet in Lüdenscheid und Herscheid auch die Abwasserbehandlung. Weiterhin gehören auf dem Gebiet Stadt Lüdenscheid die Kontrolle der Gewässer und deren Anlagen mit der daraus resultierenden Unterhaltung gemäß § 62 Abs. 1 Nr. 2 LWG sowie der Führung eines Gewässerkatasters zu den Aufgaben des SELH. Die Abwasserentsorgung ist ein lebenswichtiges Bedürfnis der Gemeinschaft, gehört zur Daseinsvorsorge und ist eine öffentliche Aufgabe, die den kommunalen Körperschaften obliegt.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Beteiligung der Stadt	20.000.000 € = 92,68 %
Weitere Gesellschafterin:	
Gemeinde Herscheid	1.580.000 € = 7,32 %

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Finanzbeziehungen der SELH AöR zur Stadt Lüdenscheid bestehen wie folgt:

- It. Saldenabgleich Verbindlichkeiten in Höhe von 228,1 T€.
- It. Saldenabgleich Forderungen in Höhe von 4.289,8 T€ aus Lieferungen und Leistungen (2.289,8 T€) und aus einer Anzahlung für die Gewinnabführung (2.000,0 T€).
- Erträge in Höhe von 2.446,5 T€ im Wesentlichen für Gewässerunterhaltung (294,5 T€) und Oberflächenentwässerung (2.139,6 T€).
- Aufwendungen in Höhe von 3.900,2 T€ für Eigenkapitalverzinsung (3.775,7 T€) und Verwaltungskostenbeitrag (124,5 T€).

Finanzbeziehungen der SELH AöR zum Seniorenwohnheim bestehen wie folgt:

- Erträge in Höhe von 54,0 T€ für Entwässerung.

Finanzbeziehungen der SELH AöR zum STL bestehen wie folgt:

- Forderungen in Höhe von 11,2 T€ für für die Dienstleistung Rechnungswesen und Personalmanagement
- Erträge in Höhe von 366,3 T€ für Entwässerung und für die Dienstleistung Rechnungswesen und Personalmanagement.
- Aufwendungen in Höhe von 82,6 T€ für Einlaufreinigung, Winterdienst und Verkauf von Diesel.

Finanzbeziehungen der SELH AöR zur LüWo bestehen wie folgt:

- Erträge in Höhe von 564,7 T€ für Entwässerung.

Finanzbeziehungen der SELH AöR zur EGC GmbH bestehen wie folgt:

- Erträge in Höhe von 16,2 T€ für Entwässerung.

Finanzbeziehungen der SELH AöR zur BBL GmbH bestehen wie folgt:

- Erträge in Höhe von 134,1 T€ für Entwässerung.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	T€	T€	T€		T€	T€	T€
Anlagevermögen	98.235,2	98.308,0	-72,9	Eigenkapital	88.499,6	85.812,6	2.687,0
Umlaufvermögen	14.817,6	13.512,9	1.304,7	Sonderposten	16.272,5	17.383,2	-1.110,7
				Rückstellungen	1.260,0	1.283,4	-23,5
				Verbindlichkeiten	6.805,3	7.022,3	-217,0
Aktive Rechnungsabgrenzung	17,1	9,8	7,4	Passive Rechnungsabgrenzung	232,6	329,2	-96,6
Bilanzsumme	113.069,9	111.830,7	1.239,2	Bilanzsumme	113.069,9	111.830,7	1.239,2

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Bürgschaften bestehen nicht.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	T€	T€	T€
1. Umsatzerlöse	21.477,4	21.276,8	200,6
2. sonstige betriebliche Erträge	60,3	679,6	-619,4
3. Materialaufwand	8.249,2	8.396,6	147,4
4. Personalaufwand	2.311,4	2.310,0	-1,4
5. Abschreibungen	3.124,4	3.126,0	1,6
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.059,8	924,6	-135,2
7. Finanzergebnis	-108,7	-117,2	8,5
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	6.684,2	7.082,0	-397,8
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	6.682,7	7.080,5	-397,7

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	%	%	%
Eigenkapitalquote	92,7	92,3	0,4
Eigenkapitalrentabilität	7,6	8,3	-0,7
Anlagendeckungsgrad 2	119,3	116,8	3,3
Verschuldungsgrad	9,1	9,7	-0,6
Umsatzrentabilität	31,0	32,2	-1,2

Personalbestand

Im Berichtsjahr 2021 betrug die Zahl der Beschäftigten 36 (Vorjahr 34).

Geschäftsentwicklung

Es wird hier die Berichterstattung der Gesellschaft aus dem Lagebericht 2021 dargestellt.

Grundlagen

Geschäftsmodell

Zum 01.01.2019 entstand durch den Beitritt der Gemeinde Herscheid mit ihren Gemeindewerken zum Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid - AöR, die Anstalt des öffentlichen Rechts „Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid AöR“ (im Folgenden SELH AöR).

Zu den Hauptaufgaben der SELH AöR gehört die eigenverantwortliche Umsetzung und Durchführung der ordnungsgemäßen Abwasserbeseitigung in der Stadt Lüdenscheid und der Gemeinde Herscheid. Diese auf die AöR übertragenen hoheitlichen Abwasserbeseitigungspflichten der Stadt und der Gemeinde ergeben sich aus dem Landeswassergesetz Nordrhein-Westfalen (LWG NRW).

Darüber hinaus wurde von der Stadt Lüdenscheid die Kontrolle der Gewässer mit den dazugehörigen Anlagen und den daraus resultierenden Unterhaltungsmaßnahmen sowie das Führen eines Gewässerkatasters auf die Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid AöR übertragen.

Bei den übernommenen Tätigkeiten handelt es sich ausschließlich um hoheitliche Pflichtaufgaben, die umsatzsteuerfrei sind.

Die sich aus der Abwasserbeseitigungspflicht in der Stadt Lüdenscheid und der Gemeinde Herscheid gestellten ergebenden Aufgaben wurden im Jahr 2021 ohne Beanstandungen der Aufsichtsbehörden voll erfüllt.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2021 wieder stark abhängig vom Corona-Infektionsgeschehen und den damit einhergehenden Schutzmaßnahmen und lag nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 2,7 % höher als im Vorjahr.

Die deutsche Wirtschaft konnte sich nach dem Einbruch im Vorjahr und trotz der schwierigen, lang andauernden Pandemiesituation mit zunehmenden Liefer- und Materialengpässen erholen. Im Jahr 2021 verzeichneten die meisten Dienstleistungsbereiche gegenüber dem Pandemiejahr 2020, deutliche Zuwächse. Nur in den Wirtschaftsbereichen Handel, Verkehr und Gastgewerbe fiel das Wirtschaftswachstum aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen mit einem Plus von 3 % noch etwas verhaltener aus. Das Vorkrisenniveau konnte allerdings in keinem Wirtschaftsbereich erreicht werden.

Die Bauinvestitionen legten im Jahr 2021 aufgrund von Engpässen bei Arbeitskräften und Material nur um 0,5 % zu, nachdem sie zuvor fünf Jahre in Folge stark gewachsen waren. Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge stiegen um 3,2 %. Auch die privaten Konsumausgaben stabilisierten sich 2021 auf dem niedrigen Niveau des Vorjahres, sind aber von ihrem Vorkrisenniveau noch weit entfernt.

Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt 2021 von 44,9 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das waren etwa genauso viele Erwerbstätige, wie im Vorjahr. Allerdings ergaben sich pandemiebedingt viele Arbeitsplatzwechsel, so dass ein großer Teil der Erwerbstätigen nun in anderen Wirtschaftsbereichen oder anderen Beschäftigungsverhältnissen arbeitet als zuvor. Die Zahl geringfügig Beschäftigter und Selbstständiger nahm 2021 weiter ab, während mehr Erwerbstätige sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren.

Die Entwicklung der regionalen Wirtschaft im märkischen Südwestfalen entspricht dem gesamtwirtschaftlichen Trend. Unter den bekannten Rahmenbedingungen war eine positivere Entwicklung, auch regional betrachtet, nicht möglich.

Geschäftsverlauf

Die SELH AöR kalkuliert jährlich auf der Grundlage des Kommunalabgabengesetzes (KAG) und der prognostizierten Frischwasserverbräuche der Industrie sowie der öffentlichen und privaten Haushalte mit den gebührenrelevanten abflusswirksamen Niederschlagsmengen die Entwässerungsgebühren, die der Verwaltungsrat getrennt nach den beiden Entsorgungsbereichen Lüdenscheid und Herscheid beschließt. Der Rat der Stadt Lüdenscheid und der Rat der Gemeinde Herscheid sind dabei auf Grund der bestehenden satzungsmäßigen Regelungen (§ 11 Abs. 4 der Unternehmenssatzung) weisungsbefugt.

Die Jahresgebühren für einen 4-Personenhaushalt (50 m³ Jahresverbrauchfrischwasser je Person und versiegelte Fläche von insgesamt 130 m²) beliefen sich im Jahr 2021 in Lüdenscheid auf € 728,40 und in Herscheid auf € 907,10.

Im Landesvergleich liegt Lüdenscheid im Mittelfeld aller NRW-Kommunen (Durchschnitt: € 737,09). Herscheid als Flächengemeinde liegt über dem Mittelwert.

Im Berichtsjahr wurde bei einer Betriebsleistung von T€ 21.537,6 und Betriebsaufwendungen von T€ 14.746,2 ein Betriebsergebnis von T€ 6.791,4 erzielt. Bei einem ausgewiesenen Finanzergebnis von T€ -108,7 ergibt sich ein Geschäftsergebnis von T€ 6.682,7.

Lage des Unternehmens

Ertragslage

Die für den Zeitraum 2021 bis 2025 von den Räten der Stadt Lüdenscheid und der Gemeinde Herscheid verabschiedeten Abwasserbeseitigungskonzepte (ABK) mit den integrierten Niederschlagswasserbeseitigungskonzepten (NBK) bilden die Handlungsgrundlage für die durchzuführenden Kanalbau- und Kanalsanierungsmaßnahmen in beiden Gebieten. Die Baumaßnahmen werden im Vorfeld mit anderen Versorgungsträgern und den Straßenbaulastträgern abgestimmt und möglichst gemeinsam durchgeführt.

Neuerschließungen sind rückläufig, sodass die Sanierung der öffentlichen Abwasseranlagen aufgrund schadhafter Kanäle oder Schächte und hydraulischer Überlastungen in den Vordergrund gerückt ist. Hierfür hat die SELH AöR ein Sanierungskonzept aufgestellt.

Es wurden im Geschäftsjahr insgesamt T€ 3.141,2 investiert, davon entfallen auf Lüdenscheid T€ 2.110,9 und auf Herscheid T€ 1.030,3. Hierbei handelt es sich um aktivierungsfähige Neubau- und Sanierungsmaßnahmen sowie die Anschaffung von Betriebs- und Geschäftsausstattung. Im Geschäftsjahr 2021 wurden T€ 543,7 in Anlagen investiert, die sich zum Jahresende noch im Bau befanden. Der Gesamtwert der Anlagen im Bau zum 31.12.2021 beträgt T€ 797,7.

Wesentliche Maßnahmen waren:

1. Wilhelmstraße (Lüdenscheid: T€ 510,4)

In einer gemeinsamen Baumaßnahme mit der ENERVIE-Vernetzt GmbH wurde im Jahr 2021 der öffentliche Kanal im Bereich vom Sternplatz bis zum Eingang Sterncenter am Inselhaus inklusive maroder Hausanschlüsse erneuert

2. Erschließung Hintere Parkstraße (Lüdenscheid: T€ 102,8)

Es erfolgte die entwässerungstechnische Erschließung an den Mischwasserkanal in der Parkstraße. Um eine Überlastung des bestehenden Systems auszuschließen, wurde das Oberflächenwasser der Grundstücke lokal versichert und das abfließende Regenwasser der Straße über einen Stauraumkanal des STL gedrosselt an das bestehende Kanalnetz abgegeben.

3. Halverstraße B229 (Lüdenscheid: T€ 115,6)

Im Bereich des Wahrder Weg wird von Straßen.NRW zusammen mit Straßenbauarbeiten der östliche Hang der Straße umfangreich gesichert. Dazu musste von der SELH AöR die vorhandenen Misch- und Regenwasserkanäle verlegt werden.

4. Unterer Worthhagen 15 – Kita (Lüdenscheid: T€ 90,5)

Der Neubau der Kita Lenneteich ist mit umfangreichen Kanalbauarbeiten verbunden. Die Arbeiten begannen Mitte 2021 und werden Anfang 2022 abgeschlossen.

5. Fernwirktechnik (Lüdenscheid: T€ 36,0; Herscheid: T€ 113,6)

In Herscheid wurden die meisten Pumpwerke und Kläranlagen mit Fernwirktechnik ausgestattet. Diese lässt den Störungsempfang und die Steuerung aus der Ferne zu. In Lüdenscheid wurden 3 Pumpwerke ausgestattet.

6. Kleine Kanalbaumaßnahmen (Lüdenscheid: T€ 230,3; Herscheid: T€ 198,6)

Kleine Kanalbaumaßnahmen verteilen sich über das gesamte Stadt- und Gemeindegebiet und beinhalten die offene Erneuerung einzelner Haltungen und Schächte. Veranlassung hierfür bilden unter anderem bauliche Defizite, hydraulische Engpässe sowie erforderliche Trassenänderungen. Die Maßnahmen werden, sofern dieses sinnvoll sind, gebündelt ausgeschrieben.

In Lüdenscheid wurde das geplante Bauprojekt „Kanalverlegung Altenaer Straße 72“ abgeschlossen. In Herscheid wurden die Maßnahmen „An der Helle“ und „Wiesenthal“ abgeschlossen.

7. Rohrliningmaßnahmen (Lüdenscheid: T€ 270,9; Herscheid: T€ 124,3)

Die Erneuerung stark geschädigter und deformierter Kanäle durch Einzug neuer Rohre in den vorhandenen Rohrstrang erfolgte im Berichtsjahr in Lüdenscheid in den Bereichen „Bergstraße 1-3“; „Wehberger Straße 74“ und „Karlsbader Weg“. In Herscheid wurden die Projekte „Am Mühlengraben 7-11“ und „Kiesbert 2“ abgeschlossen.

8. Schlauchlinermaßnahmen (Lüdenscheid: T€ 312,3; Herscheid: T€ 432,3)

Die grabenlosen Renovierungen defekter Rohrleitungen mittels Schlauchliner erfolgte im Berichtsjahr häufig in Verbindung mit der ganzheitlichen Sanierung der Schächte.

In Lüdenscheid wurden die Schlauchlinerprojekte „Alemannenstraße / Schättekopf“ und „Steinbrink“ abgeschlossen.

Im Herscheider Gebiet wurden die Maßnahmen „In der Mark“; „Plettenberger Straße“; „Else-talstraße 6“ und „Am Blumenhang“ umgesetzt.

9. Schachtsanierungen (Lüdenscheid: T€ 133,0; Herscheid: T€ 73,4)

Die Sanierungen erfolgen häufig zu im Vorfeld geplanten Schlauchlinersanierungen. Sie basieren auf den Untersuchungen der SELH AöR und sind im gesamten Stadt- bzw. Gemeindegebiet verteilt.

10. Betriebs- und Geschäftsausstattung, Immaterielle Vermögensgegenstände (Gemeinsamer Bereich: T€ 433,1)

Zur Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Betriebes ist die Betriebs- und Geschäftsausstattung regelmäßig zu erneuern oder anzupassen.

Die Ersatzbeschaffung für das Kanal-TV-Inspektionsfahrzeug konnte im Jahr auf Grund von Lieferengpässen beim Fahrzeughersteller nicht gänzlich umgesetzt werden. Der Umbau des Fahrzeugs zum Kanal-TV-Inspektionsfahrzeug wird erst in 2022 abgeschlossen.

Für das „Befliegungsprojekt“ erfolgte im Berichtsjahr der geplante Bildflug.

Die Selbstüberwachungsverordnung Abwasser (SüwVO Abw) fordert vom Kanalnetzbetreiber umfangreiche Untersuchungen. Aus den Ergebnissen wird ein fortgeschriebenes Schadenskataster mit Sanierungskonzept entwickelt. Daraus ergeben sich - neben investiven - auch

aufwandsbezogene Sanierungen der Abwasseranlagen. Diese Reparaturen unterteilen sich in Maßnahmen in offener und geschlossener Bauweise.

Die aufwandsbezogenen Kosten beliefen sich auf ca. T€ 386,8.

Vermögenslage

Das Vermögen der SELH AöR von T€ 113.069,9 gliedert sich in mittel- und langfristig gebundenes Vermögen von T€ 98.235,2 und kurzfristig gebundenes Vermögen T€ 14.834,7. Das Eigenkapital zum 31.12.2021 beträgt T€ 88.499,6.

Die Eigenkapitalrentabilität beträgt 7,7 %. Die Eigenkapitalquote zum 31.12.2021 beträgt 78,3 %.

Zum 31.12.2021 werden empfangene Ertragszuschüsse von T€ 7.687,9 ausgewiesen.

Finanzlage

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von T€ 4.348,3 entfallen T€ 4.028,3 auf mittel- und langfristige Bankschulden und T€ 320,0 auf kurzfristige Bankschulden.

Gesamtaussage

Zur Erfüllung einer ordnungsgemäßen Abwasserbeseitigung sind die Stadt Lüdenscheid und die Gemeinde Herscheid gemäß § 47 Landeswassergesetz Nordrhein-Westfalen (LWG NRW) zur Aufstellung eines Abwasserbeseitigungskonzeptes (ABK) verpflichtet. Innerhalb des ABK ist zum Umgang mit dem anfallenden Niederschlagswasser – als integraler Bestandteil – gesondert Stellung zu beziehen.

Die Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid AöR hat für die Stadt Lüdenscheid und die Gemeinde Herscheid die im gültigen Abwasserbeseitigungskonzept vorgesehenen bzw. geforderten Maßnahmen umgesetzt.

Die sich aus dem hier aufgestellten Sanierungskonzept ergebenden Sanierungsmaßnahmen wurden für dieses Geschäftsjahr weitestgehend abgearbeitet. Nicht durchgeführte Maßnahmen wurden neu platziert und das Sanierungskonzept wurde fortgeschrieben.

Die Gesamtlage der Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid AöR ist als gut einzustufen.

Prognosebericht

Von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung wird auch im Jahr 2022 das Infektionsgeschehen sein. Solange die Pandemie vorherrscht und neue Lockdowns nicht abgeschlossen werden können, wird die wirtschaftliche Erholung weiter gebremst und keine Rückkehr zur vorherigen Normalität möglich sein. Auf Grund der sich stark ausbreitenden Omikron-Variante befinden sich die Inzidenzwerden auf dem höchsten Niveau seit Beginn der Pandemie.

Am 24.02.2022 begann der russische Angriffskrieg auf das souveräne Nachbarland Ukraine. Die weltweiten Auswirkungen dieses Krieges sind nicht einmal ansatzweise absehbar. Bereits vor dem Krieg in der Ukraine kam es aufgrund der Corona-Krise durch hohe Personalausfälle nahezu weltweit zu Lieferengpässen in allen Lebens- und Geschäftsbereichen. Unterbrochene

Lieferketten, dramatisch ansteigende Energiepreise und Produktionsstätten, die wegen fehlender Teile stillstehen, waren die Folge.

Durch den Überfall Russlands auf die Ukraine verschlimmern sich nahezu täglich die wirtschaftlichen Folgen. Russland ist nicht nur einer der weltweit wichtigsten Anbieter von Kohle, Öl und Gas, sondern verfügt auch über große Vorkommen an Metallen und anderen Rohstoffen. So haben beispielsweise Kraftstoffkosten bisher nicht für möglich gehaltene Höhen erreicht. Die im Gegenzug von den westlichen Alliierten verhängten Sanktionen gegen Russland belasten die ohnehin geschädigten globalen Lieferketten noch zusätzlich.

Da Russland und die Ukraine unter anderem rund ein Drittel der globalen Weizenexporte beisteuern, sind Verknappungen von Lebensmitteln auch in der Bundesrepublik zu erwarten. All dies wird Auswirkungen bis in die privaten Lebensbereiche haben.

Die Prognose der Abwassermengen für die Gebührenkalkulationen des Jahres 2022 beruhen auf den Einschätzungen zur Entwicklung der Corona-Pandemie. Da die Gebührenkalkulationen im Herbst 2021 erfolgten, ist der Krieg in der Ukraine und die damit verbundenen wirtschaftlichen Auswirkungen nicht berücksichtigt.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Investitionsplanung

Im Investitionsplan für das Wirtschaftsjahr 2022 sind die folgenden Investitionen in Höhe von T€ 3.850,0 vorgesehen:

1. Hochwasserrückhaltebecken Honseler Bruch - Böschungssicherung (Lüdenscheid: T€ 250,0)

Die SELH AöR hat 2021 für einen kritischen Böschungsbereich im Hochwasserrückhaltebecken Honseler Bruch ein geologisches Gutachten zur Beteilung der dauerhaften Böschungsstabilität beauftragt. Ergebnis des Gutachtens für den untersuchten ca. 50 Meter langen nördlichen Abschnitt – angrenzend an das Grundstück METOBA Oberflächenbearbeitung GmbH – ist eine erforderliche Böschungsstabilisierung, die sich auch im weiter östlichen Bereich als notwendig zeigt.

Die SELH AöR plant für 2022 die Böschung für T€ 250,0 nachhaltig zu sichern.

2. Am Kamp – Sanierung Rohrbrücke (Lüdenscheid: T€ 140,0)

Die bestehende Rohrbrücke Am Kamp führt das Abwasser über eine Tragwerkskonstruktion über die Volme. Eine Sanierung des Tragwerks und eine hydraulische Aufweitung des Abwasserrohrs auf DN500 ist erforderlich.

Ein Planungsauftrag hierzu wurde an ein Ingenieurbüro vergeben. Dieses erarbeitet ein Planungskonzept für die Neuerstellung bzw. Sanierung des Bauwerks und begleitet die Durchführung des Bauvorhabens, das mit Kosten von T€ 140,0 angesetzt wird.

3. Schiefe Ahelle – Brückenabriss (Lüdenscheid: T€ 40,0)

Der STL hat für 2022 den Ersatzneubau der Brücke zum Wohngebiet Schiefe Ahelle angekündigt. Die hierfür erforderliche Dükerung der an der abzureißenden Brücke angehangenen Leitungen ist von Versorgerseite in der ersten Jahreshälfte 2022 geplant. Gleichzeitig wird die

SELH AöR Ihren Mischwasserkanal über eine temporäre Abwasserbrücke im Freispiegelgefälle oberirdisch über die Volme führen.

4. Unterer Worthhagen 15 – Kita (Lüdenscheid: T€ 120,0)

Der im August 2021 vergebene Tiefbauauftrag zur Umlegung des Mischwasserkanals und des verrohrten Gewässerabschnitts wird aufgrund der hohen Auslastung im Bausektor und Lieferengpässen im Jahr 2021 nicht abgeschlossen. Die SELH AöR rechnet zum jetzigen Zeitpunkt das T€ 120,0 der Baukosten im Frühjahr 2022 umgesetzt werden

5. Wikingerweg Bahntrasse (Lüdenscheid: T€ 30,0)

Der sanierungsbedürftige Mischwassersammler „Wikingerweg“ liegt über eine Strecke von ca. 350 Metern unmittelbar an der Bahnstrecke Richtung Lüdenscheid.

Um eine für 2023 vorgesehene geschlossene Sanierung durchführen zu können ist für den Sanierungszeitraum Schienenersatzverkehr über ein Antragsverfahren bei der Deutschen Bahn AG zu beantragen. Der Antrag muss mindestens 12 Monate vor Baubeginn von der Bahn genehmigt werden und ist über einen Fachplaner zu stellen. Dafür sind zusätzliche Kosten von T€ 30,0 zu berücksichtigen.

6. Hochwasserrückhaltebecken (Lüdenscheid: T€ 130,0)

Die Unterhaltung des Hochwasserrückhaltebeckens Märkenstück wird durch eine fehlende Zufahrt stark erschwert. Für die Erstellung dieser Zufahrt sind T€ 30,0 kalkuliert.

Die Starkregenereignisse in 2021 führten zu erheblichen Schäden an der Kläranlage Schlittenbachtal. Der Ruhrverband plant den Bau eines Notumlaufes für die bei solchen Ereignissen entstehenden Wassermengen. Der mit T€ 100,0 kalkulierte notwendige Anschluss des Beckens der SELH AöR dient der Gefahrenabwehr und ist durch die SELH AöR zu erstellen.

7. Pumpwerk (Lüdenscheid: T€ 40,0)

Die Anlagentechnik der Abwasserpumpwerke „Sportplatz Brügge“ und „Husareneichen“ ist aus betrieblicher Sicht zu erneuern.

8. N-A-Modell Rahmede (Lüdenscheid: T€ 200,0)

Die vorliegenden Ergebnisse des Niederschlags-Abfluss-Modells Rahmede zeigen eine erhebliche hydraulische Überlastung vieler Gewässerabschnitte auf der gesamten Gewässerstrecke bis zur Mündung in die Lenne. Ursächlich hierfür sind unter anderem die Einleitungsmengen aus dem Kanalnetzbereich Lüdenscheid über Sonderbauwerke in das Gewässer. Zur Verbesserung der zukünftigen hydraulischen Situation der Rahmede sind drei potenzielle Standorte zur Schaffung von Rückhaltevolumen und Dämpfung der Abflusskurve vertieft untersucht und als wirksam eingestuft worden. Die SELH AöR möchte über weitergehende Planungen, Gutachten und den Erwerb von Grundstücken diese Rückhaltemaßnahmen ab 2022 und in den folgenden Jahren realisieren

9. Kleine Kanalbaumaßnahmen (Lüdenscheid: T€ 285,0; Herscheid: T€: 270,0)

Kleine Kanalbaumaßnahmen verteilen sich über das gesamte Stadt- und Gemeindegebiet und beinhalten die offene Erneuerung einzelner Haltungen und Schächte. Veranlassung hierfür sind unter anderem bauliche Defizite, hydraulische Engpässe sowie erforderliche Trassenänderungen. Die Maßnahmen werden, sofern dies sinnvoll ist, gebündelt ausgeschrieben.

Im Eininghauser Weg in Lüdenscheid ist nach der hydraulischen Sanierung der Leitungen unter der Bahnstrecke bis unterhalb der Brücke Halverstraße ein Mischwasserkanalabschnitt über ca. 25 Meter hydraulisch anzupassen. Der Kanal wird trassengleich von DN250 auf DN400 vergrößert.

Der aus der betrieblichen Erfahrung nach Starkregenereignissen entstehende Überstau aus den Abwasserschächten im Bereich Schlade Nr. 12 (Lüdenscheid) erfordert eine bauliche Veränderung der Abwasserführung.

Darüber hinaus erfolgt in Lüdenscheid u.a. die Außerbetriebnahme eines alten Gewölbeabschnitts in Höhe Bräuckenstr. 36 über eine Länge von ca. 20 Metern.

Die kleinen Kanalbaumaßnahmen in Herscheid beinhalten 3 Maßnahmen in offener Bauweise:

Aufgrund einer baulichen Erweiterung auf dem Grundstück Unter'm Bahndamm 1 muss die Kanaltrasse hier aufgegeben werden. Die SELH AöR plant die hier angeschlossene Bebauung Müggenbrucher Weg 7-9a über eine neue öffentliche Kanaltrasse an den Kanal in dieser Straße anzuschließen. Hierfür sind Baukosten von T€ 100,0 vorgesehen.

Der die Räriner Straße kreuzende Mischwasserkanal zwischen Falkenweg und Kleekamp ist nach hydraulischer Berechnung nicht ausreichend bemessen. Die SELH AöR plant die offene Erneuerung und Neutrassierung des Kanals über ca. 50 Meter für T€ 90,0.

Der öffentliche Mischwasserkanal entlang der Else auf dem Grundstück der Teckentrup GmbH ist durch einbetonierte Spundwände zum Gewässer abgegrenzt. Nach dem Hochwasserereignis im Juni 2021 sind die Betonfundamente im Gewässer freigespült worden. Die Ufer- und Kanalsicherung ist über eine Länge von 15 Metern für T€ 80,0 grundlegend zu erneuern.

10. Geschlossene Sanierungsverfahren (Lüdenscheid: T€ 1.075,0; Herscheid: T€ 540,0)

Die grabenlosen Sanierungsmaßnahmen defekter Rohrleitungen mittels Schlauchliner, Rohrlining oder anderer Verfahren erfolgen generell mit der ganzheitlichen Sanierung der Schächte. Differenziert nach verschiedenen Faktoren wie Zugänglichkeit, Rohrdimension und Ausprägung von Schäden kommen verschiedene Verfahrensarten zur Anwendung. Der Eingriff in die umgebende Infrastruktur und in den Straßenverkehr ist im Vergleich zu der offenen Bauweise zeitlich und lokal sehr begrenzt.

Die Maßnahmen werden örtlich gebündelt in mehreren Ausschreibungspaketen ausgeführt. In Teilbereichen erfolgt im Vorfeld ein örtlich begrenzter Tiefbau.

Insgesamt plant die SELH AöR dafür in Lüdenscheid mit Baukosten von T€ 1.075,0.

Diese ermöglichen die Renovation von 2,4 Kilometer Kanalleitungen in den Rohrdimensionen DN250 bis DN400 sowie ca. 120 Schachtbauwerken.

Fast ein Drittel des Budgets ist für das Schlauchlinerpaket in der Ortslage Buckesfeld in den Abschnitten der Wagner-, Schumann- und Buckesfelder Straße geplant (T€ 305,0).

Einen weiteren ca. 360 Meter langen Sanierungsabschnitt plant die SELH AöR entlang der Werdohler Landstraße 2-16 (T€ 200,0).

Weitere Schlauchliner- bzw. Rohrliningpakete sind in den Straßenabschnitten Harlinger-, Augusta-, Westfalen- und Sachsenstraße (T€ 150,0), Hochstein, Amselweg (T€ 95,0), Loher und

Wiesmannstraße, Laubaner Weg (T€ 235,0), Berliner Str. 79-107 (T€ 80,0) sowie Herscheider Landstraße 152 (T€ 10,0) geplant.

Für Maßnahmen im Gemeindegebiet Herscheid plant die SELH AöR 5 Ausschreibungspakete:

Die Sanierung des 100 Meter langen Mischwasserkanals über das Grundstück Winzenbecke Nr. 6-8 bis auf das Grundstück des Bauhofs der Gemeinde Herscheid erfolgt in Kombination von Erneuerung in offenem Tiefbau und Renovation im Schlauchlinerverfahren (T€ 100,0).

Die Sanierungspakete An der Helle und Haselweg (T€ 110,0) und In der Ennert sowie der Jahnstraße (T€ 180,0) umfassen in Summe ca. 700 Meter Schlauchlinersanierungen mit Renovation der Schachtbauwerke.

Weiterhin erfolgen geschlossene Kanalsanierungen mittels Schlauchliner in Teilen des Mischwasserkanal Auf der Nacht und Neuer Weg (T€ 80,0) sowie auf Privatgrundstücken der Oberdorfstraße (T€ 60,0).

11. Schachtsanierungen (Lüdenscheid: T€ 100,0; Herscheid: T€ 50,0)

Für „investive Schachtsanierungen“ sind Ausgaben von insgesamt T€ 150,0 vorgesehen.

In dieses Sanierungspaket fallen Schächte, deren Schadensbild eine ganzheitliche Sanierung erfordert. Diese wird in der Regel durch ein Auskleidungsverfahren gewährleistet

12. Betriebs-, Geschäftsausstattung (Gemeinsamer Bereich: T€ 363,0)

Zur Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Betriebes ist die Betriebs- und Geschäftsausstattung regelmäßig zu erneuern oder anzupassen.

Die für das Jahr 2021 geplante Ersatzbeschaffung des Kanal-TV-Inspektionsfahrzeugs wird aufgrund von Lieferverzögerungen beim Fahrzeughersteller erst im Jahr 2022 erfolgen. Die SELH AöR plant mit Kosten von T€ 200,0.

Im Rahmen des im Jahr 2021 begonnen „Befliegungsprojektes“ werden wie geplant Investitionskosten von T€ 100,0 im Jahr 2022 anfallen.

Des Weiteren sind für die Anschaffung eines Raupen-Vorderkippers und sonstiger Geräte (z. B. Gaswärmegeräte, Selbstretter, Dreibaum) insgesamt T€ 30,0 geplant.

Für unvorhersehbare Ersatzbeschaffungen ist ein Investitionsbudget von T€ 33,0 vorgesehen.

13. Unvorhergesehenes

Der Investitionsplan beinhaltet zudem insgesamt T€ 327,0, um schnell auf unvorhersehbare Ereignisse reagieren zu können. Davon sind T€ 241,0 für das Kanalnetz Lüdenscheid und T€ 86,0 für das Kanalnetz Herscheid.

Gebührenentwicklung

Für das Geschäftsjahr 2022 plant die SELH AöR mit steigenden Aufwendungen. Diese können jedoch durch die Überdeckungen der Vorjahre kompensiert werden. Daher wurden für beide Entwässerungsgebiete keine Gebührensteigerungen notwendig.

Die wesentlichen Gebührensätze für Lüdenscheid betragen:

Gebührenart	2022	2021
Schmutzwasser Mitglieder Ruhrverband	1,39 €/m ³	1,39 €/m ³
Schmutzwasser Haushalte, Gewerbe, Stadt	2,94 €/m ³	2,94 €/m ³
Niederschlagswassergebühr Mitglieder Ruhrverband	0,91 €/m ²	0,91 €/m ²
Niederschlagswassergebühr Haushalte, Gewerbe und Stadt	1,08 €/m ²	1,08 €/m ²

Die wesentlichen Gebührensätze für Herscheid betragen:

Gebührenart	2022	2021
Schmutzwasser Mitglieder Ruhrverband	1,63 €/m ³	1,63 €/m ³
Schmutzwasser Haushalte, Gewerbe, Stadt	3,97 €/m ³	3,97 €/m ³
Niederschlagswassergebühr Mitglieder Ruhrverband	0,70 €/m ²	0,70 €/m ²
Niederschlagswassergebühr Haushalte, Gewerbe und Stadt	0,87 €/m ²	0,87 €/m ²

Die Jahresgebühren für einen 4-Personenhaushalt (50 m³ Jahresverbrauchfrischwasser je Person und versiegelte Fläche von insgesamt 130 m²) betragen im Jahr 2022 in Lüdenscheid € 728,40 (Vorjahr: € 728,4) und in Herscheid € 907,10 (Vorjahr: € 907,10).

Umsatz- und Ergebnisentwicklung

Es wird für die kommenden Jahre die folgende Umsatz- und Ergebnisentwicklung erwartet:

	Umsatz in T€	Jahresüberschuss in T€
2022	22.318,0	6.757,0
2023	22.639,6	6.806,1
2024	22.929,1	6.855,7
2025	23.205,6	6.905,8
2026	23.496,4	6.956,5

Risiko- und Chancenbericht

Risikobericht

Die Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid AöR mit ihren rein hoheitlichen Aufgaben refinanziert sich über Gebühren. Darüber hinaus besteht eine Gewährträgerhaftung durch die Stadt Lüdenscheid und die Gemeinde Herscheid. Daher ist der Fortbestand des Betriebes aus finanzieller Sicht nicht gefährdet. Die Verpflichtung zur Abwasserbeseitigung ergibt sich aus den Regelungen des Wasserhaushaltsgesetzes und des Landeswassergesetzes.

Durch die Einführung eines Risiko- und Chancenmanagementsystems werden insbesondere Entwicklungen frühzeitig erkannt, die die Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen gefährden könnten. Darüber hinaus werden Potenziale für die zukünftige Ausrichtung des Betriebs untersucht.

Da die Frischwasserverbrauchsmenge die Gebühren beeinflusst, ist die Entwicklung des Frischwasserverbrauchs auch im Zusammenhang mit der Bevölkerungs- und Konjunktrentwicklung in Lüdenscheid und in Herscheid zu beobachten. Weiterhin werden sukzessive orts- teilbezogen die versiegelten und anschlussrelevanten Flächen, die im Rahmen der Selbstaus- kunft mitgeteilt wurden, überprüft.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden Wertberichtigungen vorgenommen.

Für die Schadensersatzklage vom Ruhrverband als Kläranlagenbetreiber für einen am 20.09.2014 in Lüdenscheid eingetretenen Schaden wurde am 17.11.2021 in der mündlichen Verhandlung vor dem Landgericht Hagen ein Vergleich geschlossen. Der Vergleichsbetrag von T€ 600,0 wird im Jahr 2022 beglichen. Wirtschaftliche Nachteile entstehen der SELH AöR nicht, da der Vergleichsbetrag vom Kommunalen Schadensausgleich als Versicherer getragen wird.

In einem vom Bund der Steuerzahler e. V. unterstützten Musterverfahren (Aktenzeichen 9 A 1019/20) vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) NRW in Münster wird die Rechtmäßigkeit der Zinshöhe für die Berechnung der Eigenkapitalverzinsung verhandelt. Im Jahr 2021 haben bereits einige Lüdenscheider und Herscheider Bürger Widerspruch gegen die Entwässerungsgebührenbescheide eingelegt. Die SELH AöR stellt alle Verfahren ruhend, bis das Musterverfahren von dem OVG beschieden wird.

Auf Grund der stabilen Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation des Betriebes sind Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar.

Mit gekung vom 1. Januar 2016 ist eine Neuregelung des § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG) in Kraft getreten. Dieser regelt die Unternehmereigenschaft im Sinne des UStG von juristischen Personen des öffentlichen Rechts (jPdöR) und die damit verbundene Steuerbarkeit und Steuerpflicht von Leistungen der öffentlichen Hand. Für sämtliche vor dem 1. Januar 2017 ausgeführten Leistungen gilt gemäß § 27 Abs. 22 Satz 1 und 2 UStG eine Übergangsregelung, wonach die bis dahin geltende Rechtslage weiter anzuwenden ist. Darüber hinaus wurde den jPdöR mit dem neu eingeführten § 27 Abs. 22 Satz 3 ff. UStG die Möglichkeit einer sogenannten Option eingeräumt. Die jPdöR konnte bis Ende 2016 dem Finanzamt gegenüber einmalig erklären, dass sie § 2 Abs. 3 UStG in der am 31. Dezember 2015 geltenden Fassung für sämtliche nach dem 31. Dezember 2016 und vor dem 1. Januar 2021 ausgeführten Leistungen weiterhin anwenden möchte. Diese kann jederzeit mit Wirkung ab Beginn eines auf die Abgabe folgenden Kalenderjahres widerrufen werden. Der SEL hat diese Optionserklärung am 09.12.2016 beim Finanzamt Lüdenscheid abgegeben, welche für die SELH AöR weiterhin gültig ist. Aufgrund der besonderen Situation im Zuge der Covid-19 Pandemie im Jahr 2020 sind die Vorbereitungen zur Umsetzung der Neuregelung des § 2b UStG bei den Kommunen ins Stocken geraten. Aus diesem Grund wurde die bisherige Übergangsregelung zu § 2b UStG in § 27 Absatz 22 UStG mit dem Beschluss des sogenannten „Corona-Steuergesetzes“ um weitere zwei Jahre – bis zum 31. Dezember 2022 – verlängert.

Chancenbericht

Mit dem Start des gemeinsamen Kommunalunternehmens „Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid AöR“ zum 01.01.2019 wurde die interkommunale Zusammenarbeit benachbarter Kommunen bzw. Gemeinden gestärkt. Dadurch ergibt sich zukünftig auch die Möglichkeit für weitere Städte und Gemeinden, der interkommunalen Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) beizutreten, um gemeinsam vorhandene technische und personelle Ressourcen besser nutzen zu können.

Das im Jahr 2020 gestartete Projekt für die Überprüfung der durch Ersterfassung erhobenen Versiegelungsflächen anhand von aktuellen Überfliegsdaten wird in den nächsten Jahren fortgesetzt. Dadurch wird die Datenbasis für hydraulische Berechnungen verbessert und eine gerechtere Lastenverteilung für die Gebührenerhebung erreicht.

Gesamtaussage

Die Prüfung des Risiko- und Chancenmanagements wurde ordnungsgemäß durchgeführt und es ergaben sich keine Beanstandungen.

Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Die von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Südwestfalen-Revision GmbH durchgeführte Prüfung gemäß § 53 HGrG hat für das Wirtschaftsjahr 2021 keine Anhaltspunkte ergeben, die Zweifel an der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung begründen könnten.

Organe und deren Zusammensetzung

Dargestellt wird die Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen für das Jahr 2021.

Vorstand

Im Vorstand ist die Stadt Lüdenscheid nicht vertreten.

Verwaltungsrat

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
RF Ursula Maria Meyer	RH Michael Dregger
RF Verena Szermerski Kasperek	RF Heide-Marie Skorupa
RH Gordan Dudas	RH Steffen Kriegel
RH Michael Bernd Thielicke	RH Dirk Franke
RH Jens Voß	RH Philipp Siewert
RF Gesthimani Demirtzoglou	RH Ralf Michael Schwarzkopf

RF Anja Tadday-Schlichting	RH Mert Can Cetin
RH Christoph Weiland	RF Dr. Antje Heider
RF Nicole Schulte	RF Ramona Ullrich
RF Julia Decker	SB Eugen Cramern
SB Anette Schwarz	SB Florian Wüllner
RH Lucas Karich	RH Daniel Florian Kahler

Der Verwaltungsrat besteht aus dem/der Vorsitzenden und 15 weiteren Mitgliedern. Den Vorsitz führte im Jahr 2021 der Bürgermeister der Stadt Lüdenscheid, der im Verhinderungsfall durch seine/n/ihre/n Vertreter/in im Amt vertreten wird. Auf Grund der 92,68 %igen Beteiligung entfallen 12 Mitglieder und deren Stellvertreter/innen des Verwaltungsrates auf die Stadt Lüdenscheid. Drei Mitglieder und deren Stellvertreter/innen werden vom Rat der Gemeinde Herscheid gewählt.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Der Anteil der Frauen im Verwaltungsrat als ordentliche Mitglieder zum 31.12.2021 beträgt 7 (58,3 %). Der Anteil der Frauen im Verwaltungsrat als stellvertretende Mitglieder zum 31.12.2021 beträgt 3 (25,0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % bei den ordentlichen Mitgliedern erreicht. Bei den stellvertretenden Mitgliedern wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG befindet sich noch in Erstellung.

3.4.1.6 Entwicklungs- und GründerCentrum Lüdenscheid GmbH

Basisdaten

Anschrift	Karolinenstraße 8 58507 Lüdenscheid
Gründungsjahr	1988
Grundkapital	556.850,00 €

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Wirtschafts- und Technologieförderung in Lüdenscheid. Hierzu gehört insbesondere der Betrieb eines Entwicklungs- und GründerCentrums.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Betrieb von Entwicklungs- und Gründerzentren ist eine Form der Technologie- und Wirtschaftsförderung. Sie soll Innovationen und Existenzgründungen erleichtern und den erforderlichen Technologietransfer zwischen Hochschulen und Betrieben verbessern. Die Förderung von Technologiezentren ist ein Ansatz zur Lösung struktureller Probleme und zur Sicherung sowie Neuschaffung von Arbeitsplätzen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Beteiligung der Stadt	360.500,00 € = 64,74 %
Weitere Gesellschafter:	
Sparkasse an Volme und Ruhr	186.100,00 € = 33,42 %
Südwestfälische Industrie- und Handelskammer zu Hagen	10.250,00 € = 1,84 %
Die Gesellschaft hält folgende Beteiligung:	
Institut für Umformtechnik der mittelständischen Wirtschaft GmbH	51.150,01 € = 25,00 %

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Finanzbeziehungen der EGC GmbH zur Stadt Lüdenscheid bestehen wie folgt:

- Erträge in Höhe von 80,0 T€ für Miete.
- Aufwendungen in Höhe von 12,7 T€ für Grundbesitzabgaben.

Finanzbeziehungen der EGC GmbH zur SELH AöR bestehen wie folgt:

- Aufwendungen in Höhe von 16,2 T€ für Entwässerung.

Finanzbeziehungen der EGC GmbH zur KIMW GmbH bestehen wie folgt:

- Erträge aus Miete, Bewirtung und Dienstleistungen Aufwendungen in Höhe von 132,4 T€.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	T€	T€	T€		T€	T€	T€
Anlagevermögen	3.014,2	3.132,7	-118,6	Eigenkapital	1.362,2	1.407,4	-45,2
Umlaufvermögen	455,3	458,7	-3,4	Sonderposten	1.714,8	1.788,3	-73,5
				Rückstellungen	23,9	18,0	5,9
				Verbindlichkeiten	366,6	375,7	-9,1
Aktive Rechnungsabgrenzung	0,0	0,0	0,0	Passive Rechnungsabgrenzung	2,1	2,1	0,0
Bilanzsumme	3.469,5	3.591,5	-121,9	Bilanzsumme	3.469,5	3.591,5	-121,9

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Stand der Bürgschaft zum 31.12.2021 in €	Bürgschaftsnehmer	Bürgschaftsgeber	Gläubiger der Hauptforderung
38.342,39	Entwicklungs- und GründerCentrum Lüdenscheid GmbH	Stadt Lüdenscheid	KfW

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	T€	T€	T€
1. Umsatzerlöse	657,0	659,6	-2,6
2. sonstige betriebliche Erträge	73,5	78,6	-5,0
3. Materialaufwand	0,0	0,0	0,0
4. Personalaufwand	223,3	220,9	-2,4
5. Abschreibungen	121,9	122,1	0,2
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	428,4	408,3	-20,1
7. Finanzergebnis	-1,7	-2,7	1,1
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	-44,8	-15,8	-28,9
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	-45,2	-16,1	-29,1

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	%	%	%
Eigenkapitalquote	88,7	89,0	-0,3
Eigenkapitalrentabilität	-3,3	-1,1	-2,2
Anlagendeckungsgrad 2	112,0	111,8	0,2
Verschuldungsgrad	28,7	28,0	0,7
Umsatzrentabilität	-6,2	-2,2	-4,0

Personalbestand

Im Berichtsjahr 2021 betrug die Zahl der Beschäftigten 8 (Vorjahr 8).

Geschäftsentwicklung

Es wird hier die Berichterstattung der Gesellschaft aus dem Lagebericht 2021 dargestellt.

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Allgemeine Lage

Das Geschäftsjahr 2021 war – genau wie das vorhergehende Jahr 2020 - von der Corona-Pandemie bestimmt. Entgegen weitläufiger Befürchtungen verschlechterte sich die allgemeine Lage nicht in einem solchen Umfang weiter wie teilweise erwartet.

Andererseits war aber auch keine Verbesserung der Gesamtsituation zu verspüren. Stieg im Sommer während der Öffnungsphase der Umfang des Geschäftsbetriebes noch an, so brach

– im Zuge des Anstiegs der Corona-Neuinfektionen und der daraufhin ergangenen behördlichen Schutzmaßnahmen – ab Ende Oktober diese Entwicklung wieder vollständig ein. Diese Phase dauerte zumindest in den ersten Monaten 2022 an.

Geschäftsentwicklung

So wie sich die allgemeine Entwicklung fortsetzte, stellte sich auch die Geschäftsentwicklung des EGC dar. Während sich der Vermietungsbereich – trotz Fortsetzung der Mietreduzierung für das Kunststoff-Institut – leicht positiv entwickelte, verblieb der Geschäftsbereich Konferenzzentrum und Casino auf dem sehr niedrigen Niveau des Vorjahres. Der in diesem Bereich erwirtschaftete Umsatz wurde ausschließlich in der zweiten Jahreshälfte realisiert.

Insgesamt verschlechterte sich die Lage des EGC im Vergleich zum Vorjahr nicht; die erhofften Verbesserungen – vollständige Mietzahlung des KIMW; verbesserte Erlössituation Konferenzzentrum und Casino - traten aber auch nicht ein. Da der Wirtschaftsplan 2021 mit entsprechender Vorsicht aufgestellt worden war, führte die dargestellte Entwicklung nicht zu unvorhergesehenen Problemen. Das Planergebnis wurde fast punktgenau erreicht.

Erlöse

Nach wie vor belastet die bereits erwähnte Mietreduzierung für das Kunststoff-Institut das Ergebnis des Vermietungsgeschäftes. Diese sollte im September 2021 auslaufen, wurde aber nochmals – letztmalig – um ein Jahr verlängert. Somit fehlte in 2021 in den Mieterlösen ein regulärer Betrag von 31.700 €.

Ein Ausfall in dieser Höhe kann durch Neuvermietungen nicht vollständig ausgeglichen werden. Er wurde jedoch durch die Vermietungen an zwei Bildungseinrichtungen reduziert.

Zum Jahresende konnten zwei neue Mietverhältnisse abgeschlossen werden.

Die Erlöse aus dem Konferenzzentrum und dem Verkauf von Speisen und Getränken lagen leicht über dem Planwert, verbleiben aber auf dem niedrigen Niveau des Vorjahres und weit unter den Ergebnissen der Vor-Corona-Jahre.

Die Dienstleistungserlöse setzen sich im Wesentlichen aus den Verwaltungstätigkeiten für die Trägergesellschaften des Kunststoff-Instituts und des Umforminstituts sowie aus Reinigungsarbeiten und Kontrollgängen für die Institute zusammen. Während die Mitgliederzahl der Trägergesellschaft Umforminstitut seit Jahren stagniert, verwaltet das EGC mittlerweile über 410 Mitglieder in der Trägergesellschaft des Kunststoff-Instituts. Entsprechend sind auch die Erlöse aus der Tätigkeit für diesen Verein gestiegen.

Die vollständig eingestellten Dienstleistungen für die Südwestfälische Technologie-Ausstellung konnten an anderer Stelle nicht ausgeglichen werden.

Aufwand

Die Personalkosten lagen im Jahr 2021 leicht unter den angesetzten Planwerten. Wie unterjährig mehrfach berichtet, ist der technische Hausverwalter langfristig erkrankt; eine Rückkehr in den Dienst ist nach wie vor nicht zu erwarten. Da das Gehalt des hierfür neu eingestellten Hausmeisters unter dem Gehalt des technischen Hausverwalters liegt, wäre eine deutlichere Planunterschreitung zu erwarten gewesen. Allerdings musste den Rückstellun-

gen ein Betrag in Höhe von 6 T€ für 41 Tage nicht genommenen Urlaubs des langzeiterkrankten Hausverwalters zugeführt werden. Dies belastete das Personalkostenergebnis außerplanmäßig.

Des Weiteren fielen die Erstattungen für Lohnfortzahlung nach AAG etwas höher aus als angenommen.

Die signifikante Erhöhung der Betriebskosten hatte mehrere Ursachen. Der Gasverbrauch im Haus 8 stieg auf Grund der deutlich längeren Heizperiode an. Dem hiermit verbundenen Aufwand standen auf der Ertragsseite höhere Nebenkostenabrechnungen entgegen. Die Erhöhung der Reinigungskosten begründete sich durch den hier verbuchten zusätzlichen coronabedingten Aufwand für die umfangreiche Beschaffung von FFP 2 Masken, Tests und Desinfektionsmittel. Die Instandhaltungskosten im Haus 8 erhöhten sich durch den unvermeidbaren Einbau einer vollständig neuen Hydraulik in den dortigen Aufzug. Der gestiegene sonstige Betriebsbedarf hatte seine Ursache in verstärktem Winterdienst und nicht abziehbaren Vorsteuerbeträgen.

Die Verwaltungs- und Vertriebskosten sowie die übrigen Aufwendungen bewegten sich im vorgesehenen Rahmen.

Investitionsmaßnahmen

Berichtenswerte Investitionen erfolgten nicht.

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Seit dem 01.07.2021 hat Sven Haarhaus die Nachfolge von Dr. Karl Heinz Blasweiler in der Geschäftsführung angetreten, der mit der Beendigung seiner Tätigkeit für die Stadt Lüdenscheid auch als Geschäftsführer der EGC GmbH ausgeschieden ist.

Die Kunststoff-Institut für die mittelständische Wirtschaft NRW GmbH hatte erneut – nun zum dritten Mal – um 20%ige Mietreduzierung gebeten. Der Aufsichtsrat hat dieser Bitte letztmalig zugestimmt. Das Institut wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass keine weitere Verlängerung eingeräumt werde.

Am 08.12.2021 hat der Regionale Ausschuss dem Projekt INNOVATIONFactory Lüdenscheid den zweiten Stern verliehen. Damit sind die grundsätzliche Förderfähigkeit bestätigt und auch mögliche Fördertöpfe definiert.

Gesamteinschätzung/Darstellung der Lage

Das Jahresergebnis ist erneut erheblich von der Mietreduzierung beim Kunststoff-Institut und vom Veranstaltungsverbot während der Lockdown-Phasen beeinflusst worden.

Die Verlängerung befristeter Mietverhältnisse und die Vergrößerung ansässiger Unternehmen trugen zu einem teilweisen Ausgleich dieser Ausfälle bei. Zum Jahreswechsel 2021/2022 konnten zusätzlich zwei neue Mietverhältnisse abgeschlossen werden.

Die dargestellten Sondereffekte aus der Urlaubsrückstellung und dem coronabedingten „Reinigungs“aufwand verhindern eine Verbesserung im Vergleich zum ursprünglich geplanten Ergebnis.

Die wirtschaftliche Lage hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht signifikant verändert.

Der Kostendeckungsgrad aus Umsätzen und Erträgen beträgt insgesamt 93,6 % (Vorjahr 97,6 %). Der Anteil der Mieten am Gesamtertrag beträgt 85,5% (Vorjahr 84,1%). Der Anteil des Personalaufwandes beläuft sich auf 31,8% (Vorjahr 33,1%).

Hinweise auf Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Risiken

Die Aussetzung der Pachtzahlung an die Stadt Lüdenscheid wurde verlängert, allerdings erneut nur um ein Jahr bis zum 31.12.2022. Es besteht somit weiterhin ein nicht unerhebliches Ergebnis-Risiko für künftige Jahre. Zur bereits seit längerem andiskutierten Neuausrichtung des EGC, die unter Umständen deutliche personelle und finanzielle Veränderungen beim EGC zur Folge hätte und die ggf. auch mit der Frage der Pachtzahlung zu verbinden wäre, liegen der Geschäftsführung keine neuen Erkenntnisse vor.

Der im vorhergehenden Bericht als Risiko dargestellte Wunsch des IfU nach einem neuen Standort hat sich vorläufig entschärft. Die von dort angestellten Überlegungen wurden in der ursprünglichen Konsequenz nicht fortgesetzt, insbesondere wegen der damit offensichtlich verbundenen hohen Kosten. Das Thema ist jedoch nicht abschließend beendet.

Besondere Auswirkungen und Risiken der weiterhin andauernden Corona-Krise

Hierzu wurden bereits in den Lageberichten zu den Geschäftsjahren 2019 und 2020 Ausführungen gemacht, auf die hiermit verwiesen wird.

Die Risikoabschätzung lässt sich auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen auf zwei Kernpunkte reduzieren. Zum einen hat die wirtschaftliche Situation des Kunststoff-Instituts nennenswerten Einfluss. Die bekannten Mietreduzierungen werden nicht verlängert werden. Sollte sich die Situation des Instituts nicht verbessern, könnte dies zur Teilrückgabe von angemieteten Flächen führen.

Zum anderen könnten die Einnahmen aus dem Konferenz- und Casinobereich bei weiterhin eingeschränkten Veranstaltungsmöglichkeiten bzw. niedrigen Teilnehmerzahlen auf geringem Niveau verbleiben, was das Ergebnis entsprechend belasten würde. Aktuell ist keine Einschätzung möglich, inwiefern diese Risiken tatsächlich eintreten könnten.

Auswirkungen der Sperrung der Rahmendetalbrücke der A 45

Die Sperrung der Brücke bzw. der Autobahn A 45 hat bereits kurzfristig zu Auswirkungen geführt. Das Kunststoff-Institut hat für aus nördlicher Richtung kommende Mitarbeiter Büroflächen im Technologiezentrum Schwerte angemietet. Dies hat hier vor Ort leerstehende Büroflächen zur Folge, über deren weitere Verwendung noch Unklarheit besteht.

Gleichzeitig hat eine in Hagen und Iserlohn ansässige Sozietät Büroräume im EGC angemietet, um Mitarbeitern aus dem südlichen Bereich der Region eine Alternative zu den langen Fahrtzeiten zu bieten.

In Verbindung mit den aktuell stark angestiegenen Benzinpreisen sind weitere Auswirkungen nicht unwahrscheinlich. Die weitere Entwicklung lässt sich allerdings auch hier nicht verlässlich einschätzen.

Zukünftige Chancen

Das Projekt INNOVATIONFACTORY hat den zweiten Stern erhalten und hat damit grundsätzlich die Förderfähigkeit bestätigt bekommen. Zusätzlich hat das Projekt durch einen möglicherweise geförderten Erwerb des PTC Gebäudes eine weitere Facette erhalten. Damit wären eine Erweiterung des Technologiezentrums, ein deutlicher Qualitätssprung und eine nächste Entwicklungsstufe für das EGC möglich. Mit diesem attraktiven Angebot könnte – im Rahmen der dem EGC zur Verfügung stehenden Möglichkeiten – den negativen Auswirkungen der Autobahnspernung entgegengewirkt werden.

Ausblick

Der Wirtschaftsplan 2022 endete mit einem Ergebnis von - 38,5 T€. Zum jetzigen Zeitpunkt können die Einflüsse der Pandemie, der Brückenspernung und auch des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine nicht abgeschätzt werden.

Dennoch müssen die gestarteten Projekte weiterverfolgt werden, um das EGC und seine Einrichtungen weiter erfolgreich betreiben und entwickeln zu können. Die Unterstützung durch die Gesellschafter wird dabei von besonderer Bedeutung sein.

Organe und deren Zusammensetzung

Dargestellt wird die Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen für das Jahr 2021.

Geschäftsführung

In der Geschäftsführung wird die Stadt Lüdenscheid seit dem 01.07.2021 vom Beigeordneten und Stadtkämmerer Sven Haarhaus vertreten als Nachfolger von Dr. Karl Heinz Blasweiler.

Aufsichtsrat

Mitglieder

Herr Frank Kuschmirtz (Pflichtplatz BM)

RH Christoph Weiland

RF Verena Szermerki-Kasperek

Der Aufsichtsrat besteht aus insgesamt 6 Mitgliedern/innen. Auf Grund der 64,74 %igen Beteiligung werden nur drei der Mitglieder vom Rat der Stadt Lüdenscheid bestellt. Weitere zwei Mitglieder werden von der Sparkasse an Volme und Ruhr und ein Mitglied wird der SIHK bestellt und abberufen.

Gesellschafterversammlung

In geraden Jahren stimmberechtigte/r Vertreter/in	In ungeraden Jahren stimmberechtigte/r Vertreter/in
RH Björn Weiß	RH Thomas Kruber
<u>Stellvertretung:</u> RH Thomas Kruber	<u>Stellvertretung:</u> RH Björn Weiß

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Der Anteil der Frauen im Aufsichtsrat als ordentliche Mitglieder zum 31.12.2020 beträgt 1 (50 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % bei den ordentlichen Mitgliedern erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Erstellung eines Gleichstellungsplans nach § 5 LGG entfällt, da die Gesellschaft unter 20 Beschäftigte hat. Gemäß § 5 Abs. 1 LGG besteht die Verpflichtung zur Aufstellung des Gleichstellungsplanes nur für jede Dienststelle mit mindestens 20 Beschäftigten.

3.4.1.7 Märkischer Gewerbepark Rosmart GmbH

Basisdaten

Anschrift	Lüdenscheider Straße 22 58762 Altena
Gründungsjahr	1999
Grundkapital	207.000,00 €

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur der Städte Altena, Lüdenscheid und Werdohl durch die Förderung von Gewerbeansiedlungen im Märkischen Gewerbepark Rosmart.

Zur Erreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft insbesondere berechtigt,

- die Steuerung des geplanten Projektes und dessen (Zwischen-) Finanzierung durchzuführen,
- die Gesellschafter bei der örtlichen und überörtlichen Planung zu unterstützen,
- Grundstücke zu erwerben, diese zu erschließen, mit Gebäuden zu versehen, zu veräußern, zu vermieten, zu verpachten oder sonst wie in Nutzung zu geben, immobiliennahe Dienstleistungen und Vermittlungstätigkeiten zu erbringen, Maßnahmen zur Baureifmachung und Erschließung durchzuführen,
- für die Ansiedlung von Unternehmen des sekundären und tertiären Bereichs zu werben, sie zu beraten und bei der Lösung betrieblicher Ansiedlungsprobleme zu unterstützen,
- Einrichtungen zu schaffen und/oder zu fördern, die mit der Bestandsförderung oder der Ansiedlung von Unternehmen des sekundären und tertiären Bereichs in Zusammenhang stehen,
- den Märkischen Gewerbepark Rosmart zu verwalten,
- den finanziellen Ausgleich zwischen den Gesellschaftern zu ermitteln.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung an der Gesellschaft ist, das Arbeitsplatzangebot und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit durch die Belebung der industriellen und gewerblichen Entwicklung der Region zu verbessern. Die Sicherung eines ausreichenden regionalen Gewerbeflächenangebots ist wesentlicher Teil der Wirtschaftsförderung.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Beteiligung der Stadt	72.000 € = 34,78 %
Weitere Gesellschafter:	
Stadt Altena	86.000 € = 41,55 %
Stadt Werdohl	42.000 € = 20,29 %
Gesellschaft zur Wirtschafts- und Struktur- förderung im Märkischen Kreis mbH	7.000 € = 3,8 %

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Finanzbeziehungen der MGR GmbH zur Stadt Lüdenscheid bestehen wie folgt:

- Aufwendungen in Höhe von 106,1 T€ für Avalprovision (31,9 T€) und Vorteilsausgleich (74,1 T€).

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	T€	T€	T€		T€	T€	T€
Anlagevermögen	0,0	0,0	0,0	Eigenkapital	0,0	0,0	0,0
Umlaufvermögen	9.968,4	10.469,4	-501,0	Sonderposten	0,0	0,0	0,0
				Rückstellungen	2.320,6	1.610,9	709,8
				Verbindlichkeiten	14.504,5	15.059,8	-555,3
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	6.856,7	6.201,3	655,4				
Bilanzsumme	16.825,1	16.670,7	154,4	Bilanzsumme	16.825,1	16.670,7	154,4

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Stand der Bürgschaft zum 31.12.2021 in €	Bezeichnung	Bürgschaftsnehmer	Bürgschaftsgeber	Gläubiger der Hauptforderung
1.500.950,88	Bürgschaft	Märkischer Gewerbepark Rosmart GmbH	Stadt Lüdenscheid	Vereinigte Sparkasse MK
1.500.950,88	Bürgschaft	Märkischer Gewerbepark Rosmart GmbH	Stadt Lüdenscheid	Sparkasse an Volme und Ruhr
Gesamt: 3.001.901,76				

Die Gesellschafterstädte der MGR haben zudem im Jahr 2008 mit der MGR dahingehend eine Vereinbarung getroffen, dass sie sich verpflichten, die MGR ab dem Jahr 2008 finanziell so auszustatten, dass sie stets in der Lage ist, ihre finanziellen Verpflichtungen fristgemäß zu erfüllen (sogenannte "harte Patronatserklärung"). Im Jahr 2021 erfolgte keine Inanspruchnahme aus der Patronatserklärung.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	T€	T€	T€
1. Umsatzerlöse	140,2	1.460,7	-1.320,5
2. sonstige betriebliche Erträge	190,9	32,7	158,2
3. Materialaufwand	813,4	1.457,5	644,1
4. Personalaufwand	9,2	6,2	-3,0
5. Abschreibungen	0,0	0,0	0,0
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	56,9	66,5	9,6
7. Finanzergebnis	-96,4	-99,6	3,2
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	-644,8	-136,4	508,5
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	-655,4	-139,3	516,1

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	%	%	%
Eigenkapitalquote	0,0	0,0	
Eigenkapitalrentabilität	0,0	0,0	
Anlagendeckungsgrad 2	0,0	0,0	
Verschuldungsgrad	0,0	0,0	
Umsatzrentabilität	-467,5	-9,5	

Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal. Die Geschäftsführer erfüllen ihre Aufgaben nebenberuflich, sie erhalten eine Aufwandsentschädigung.

Geschäftsentwicklung

Es wird hier die Berichterstattung der Gesellschaft aus dem Lagebericht 2021 dargestellt.

Grundlagen des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Städte Altena, Lüdenscheid und Werdohl durch die Förderung von Gewerbeansiedlungen im Märkischen Gewerbepark Rosmart. Zur Erreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft insbesondere berechtigt, die Projektsteuerung und -finanzierung durchzuführen, Grundstücke zu erwerben und zu erschließen und diese Flächen an Unternehmen des sekundären und tertiären Bereichs zu veräußern.

Wirtschaftsbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen in der Region

Die wirtschaftliche Lage der Unternehmen in der heimischen Region war im Geschäftsjahr 2020 vor allem durch die Corona-Virus-Pandemie und den damit verbundenen Folgen gekennzeichnet. Dabei wurde die jeweilige Geschäftslage eines Betriebes vor allem vom Umstand beeinflusst, inwiefern es unter den Auswirkungen der beiden Shutdowns (im Frühjahr 2020 sowie ab November 2020) zu leiden hatte. Nach den Konjunkturumfragen der SIHK zu Hagen im Laufe des Geschäftsjahres haben viele Betriebe ihre Eigenkapitalreserven nutzen müssen, um pandemiebedingte Störungen ihrer Geschäftstätigkeit auszugleichen. Darunter sind beispielsweise ausbleibende Auftragseingänge oder auch Einschränkungen durch unterbrochene Lieferketten zu sehen. Noch stärker betroffen waren und sind diejenigen Betriebe, deren Branchen durch die Shutdowns komplett schließen mussten, wie z.B. das Gastgewerbe, die Veranstaltungsbranche und der Teil des Einzelhandels, der sich nicht auf Lebensmittel und Drogerieartikel konzentriert.

Die Industrie und das produzierende Gewerbe, welche sich hauptsächlich im Gewerbepark angesiedelt haben, mussten im Geschäftsjahr häufig in einer „Stop and Go“-Produktion arbeiten. Zum Jahreswechsel 2020/2021 erwarten laut der Konjunkturumfrage gut ein Drittel der Industrieunternehmen eine Verbesserung ihrer Geschäftslage und planen Investitionen für Erweiterungen und Innovationen. Doch stehen diese Pläne auf „dünnem Eis“: Mehr als jedes achte Industrieunternehmen hat mit Liquiditätsengpässen zu kämpfen und zehn Prozent muss sich mit einem Anwachsen von Forderungsausfällen beschäftigen – die finanzielle Situation kann dadurch angespannter werden. Die Investitionsbereitschaft der Betriebe kann daher als „abwartend“ bezeichnet werden – dies hat Auswirkungen auf die Nachfrage verfügbarer Gewerbeflächen.

Von aktuell ca. 73,7 ha verfügbarer kommunaler Gewerbeflächen im Märkischen Kreis entfallen 9,78 ha auf das interkommunale Gewerbegebiet Rosmart. Ein Blick auf die regionale Ver-

teilung zeigt, dass einige Kommunen erhebliche Engpässe verzeichnen bzw. teilweise überhaupt keine marktreifen Flächen mehr aufweisen. Der in den letzten Lageberichten skizzierte positive Trend bei der kreisweiten Gewerbeflächennachfrage stagnierte aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Lage im Geschäftsjahr 2020.

Geschäftsverlauf

Von der zunehmenden Knappheit verfügbarer Gewerbeflächen hat der Märkische Gewerbepark Rosmart profitiert. Im Jahr 2020 fanden trotz der Corona-Pandemie 6 konkrete Beratungsfälle mit mehreren Terminen statt. Zudem bestehen weiterhin vertragliche Reservierungen über knapp 41.410 qm, worin die letzte GI-Fläche enthalten ist. Veräußert wurden in 2020 4.000 qm an Nina Geiger für W. Geiger Straßen-Tiefbau, 360 qm an die Kutzner-Teichert Immobilien GbR sowie 11.100 qm an die Deutsche Post AG.

Die Vermarktungsaktivitäten befinden sich durch die kontinuierliche Pressearbeit, eine aktuell gehaltene Internetpräsenz, Informationsveranstaltungen für ortsansässige und interessierte Unternehmen sowie vor allem die aktive Unternehmensansprache, die einerseits im Auftrag der Gesellschaft durch die Gesellschaft zur Wirtschafts- und Strukturförderung im Märkischen Kreis (GWS), andererseits durch die Geschäftsführer in ihrer Funktion als städtische Wirtschaftsförderer durchgeführt wird, weiterhin auf einem hohen Niveau.

Lage

Ertragslage

Die wesentliche Einnahmequelle der MGR GmbH ist die Veräußerung von Gewerbegrundstücken, weshalb der Umsatzerlös in stärkstem Maße von diesen Verkäufen abhängig ist. Wie bereits in Punkt 2. „Geschäftsverlauf“ erwähnt, wurden im Jahr 2021.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme betrug zum 31.12.2021 € 16.753.567,32 und hat sich damit gegenüber 2020 nur unwesentlich verändert. Die Bankverbindlichkeiten wurden um T€ 556 reduziert. Eine Inanspruchnahme der Städte war auch 2021 nicht erforderlich; erfolgversprechende Verkaufsgespräche in 2020 lassen darauf schließen, dass auch in 2021 nicht mit einer Inanspruchnahme zu rechnen ist. Der Jahresfehlbetrag betrug in 2021 € 583.853,39, womit der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag auf € 6.785.167,74 gestiegen ist. Der hohe Verlust ist auf die notwendige Erhöhung der Restfertigungskosten nach vorliegendem Gutachten zurückzuführen.

Gesamtaussage

Die Gesellschaft ist seit Jahren überschuldet und kann ihre Geschäfte allein über die Wirkungen der von den Gesellschafterstädten gezeichneten harten Patronatserklärung fortführen. Unter Berücksichtigung dieser Patronatserklärungen ist die Finanzlage der Gesellschaft auch künftig gesichert. Das Finanzmanagement der Gesellschaft ist deshalb weiterhin darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten und Forderungen im Rahmen der Zahlungsziele zu begleichen bzw. zu vereinnahmen.

Prognosebericht

Auch wenn im Geschäftsjahr die Anzahl an Anfragen im Vergleich zu den beiden Vorjahren nachgelassen hat, gab es vor allem zum Ende des Geschäftsjahres wieder vermehrt Anfragen. So liegen zum derzeitigen Stand einige Interessenbekundungen potenzieller Investoren vor. Dies deckt sich mit den Ergebnissen der Konjunkturumfrage der SIHK aus dem Januar 2021, wie unter II. 1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen in der Region skizziert.

Da das verfügbare Angebot an Gewerbeflächen im südlichen Märkischen Kreis weiterhin zunehmend knapper wird (was auch an den Verkäufen und den damit verbundenen abnehmenden Grundstücksreserven der Märkischen Gewerbepark Rosmart GmbH liegt), könnte sich die Nachfrage im Geschäftsjahr 2021 wieder dem Niveau des Jahres 2019 annähern – auch daher, da eine kurzfristige Ausweisung neuer Gewerbegebiete im Einzugsraum nicht absehbar ist. Sollten die in 2020 getätigten Interessensbekundungen von potentiellen Investoren noch zu Verkäufen führen, so würden sich Ende 2021 die noch verfügbaren Grundstücksreserven der Gesellschaft auf rund 5 ha reduziert haben. Grundstücke als GI-Fläche sind nicht mehr verfügbar.

Damit zeigt sich, dass der Endausbau perspektivisch näher rückt und voraussichtlich 2022/2023 beginnen kann. Die Geschäftsführung hat daher im Geschäftsjahr 2021 begonnen, den Endausbau vorzubereiten und informiert nachfolgend die Gesellschafterstädte bezüglich des voraussichtlichen Finanzmittelbedarfs, der sich aufgrund des Endausbaus ergeben könnte.

Chancen- und Risikobericht

Aus Sicht der Gesellschaft sind dank der seitens der Gesellschafterstädte unterzeichneten harten Patronatserklärungen keine Risiken vorhanden. Die von der GmbH bevorrateten Flächen sind auf Grund der zunehmenden Schwierigkeiten zur Ausweisung gewerblicher und industrieller Baugrundstücke sowie der steigenden Nachfrage nach solchen wertbeständig. Ungeachtet ihrer prekären finanziellen Situation verfügt die Gesellschaft somit über Vermögen, welches einen wichtigen Bodenvorrat für die Gesellschafterkommunen darstellt.

Gesamtaussage

Aus Sicht der Gesellschafterkommunen stellt die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft naturgemäß ein Risiko dar. Innerhalb der Gesellschaft wird dieses Risiko durch die Patronatserklärungen zu Lasten der Gesellschafterstädte eliminiert. Die Gesellschaft würde von Seiten der Gesellschafterstädte die zur Fortführung der Gesellschaft erforderlichen Mittel erhalten. Dies wird voraussichtlich im Rahmen des Endausbaus in 2022/2023 nötig werden, da es sein könnte, dass die finanziellen Mittel zu diesem Zeitpunkt für die Baumaßnahmen nicht mehr ausreichen.

Bei Berücksichtigung der oben erläuterten Situation im gewerblichen und industriellen Grundstücksbereich bleibt das vorhandene Gewerbeflächenpotential wertbeständig. Die Gesellschaft wird also zunächst weiterhin unter finanziellem Aufwand die Gewerbe- und Industriegrundstücke bevorraten und vermarkten.

Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und über die Zweckerreichung gemäß § 108 Abs. 2 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Ziel der Beteiligung der Gesellschafter an der Märkischer Gewerbepark Rosmart GmbH ist die Verbesserung des regionalen Arbeitsplatzangebotes und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit durch die Belebung der industriellen und gewerblichen Entwicklung. Ein wesentlicher Bestandteil der Wirtschaftsförderung ist die Sicherung eines ausreichenden regionalen Gewerbeflächenangebotes.

Die im Jahr 2021 von der Gesellschaft durchgeführten Maßnahmen dienen sämtlich diesen oben genannten Zwecken.

Organe und deren Zusammensetzung

Dargestellt wird die Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen für das Jahr 2021.

Geschäftsführung

In der Geschäftsführung ist die Stadt Lüdenscheid mit Herrn Holger Moeser vertreten.

Aufsichtsrat

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
BM Sebastian Wagemeyer	Vertretung im Amt
RH Jürgen Appelt	RH Andreas Stach
RH Lothar Hellwig	RH Michael Bernd Thielicke
RH Björn Weiß	RH Daniel Kahler

Der Aufsichtsrat besteht aus 13 ordentlichen Mitgliedern und deren Stellvertreter/innen. Dabei werden durch die Städte (Altena, Werdohl, Lüdenscheid) je vier Vertreter/innen von den Räten bestellt und abberufen und ein/e Vertreter/in durch die Gesellschaft zur Wirtschafts- und Strukturförderung im Märkischen Kreis mbH entsandt.

Beirat

Mitglieder
RH Christoph Weiland
RF Ramona Ullrich
RH Jürgen Appelt

Gesellschafterversammlung

In geraden Jahren stimmberechtigte/r Vertreter/in	In ungeraden Jahren stimmberechtigte/r Vertreter/in
RH Mert Can Cetin	RH Steffen Kriegel
Stellvertretung: RH Steffen Kriegel	Stellvertretung: RH Mert Can Cetin

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Der Anteil der Frauen im Verwaltungsrat als ordentliche und stellvertretende Mitglieder beträgt zum 31.12.2021 beträgt jeweils 0 (0,00 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % bei den ordentlichen Mitgliedern nicht erreicht.

Der Anteil der Frauen im Beirat als ordentliche Mitglieder zum 31.12.2021 beträgt 1 (33,33 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % bei den ordentlichen Mitgliedern nicht erreicht

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Erstellung eines Gleichstellungsplans nach § 5 LGG entfällt, da die Gesellschaft keine Beschäftigten hat.

3.4.1.8 Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH

Basisdaten

Anschrift	Friedrichstraße 4 58507 Lüdenscheid
Gründungsjahr	1992
Grundkapital	100.000,00 €

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens sind alle Maßnahmen und Projekte zur Förderung und Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Lüdenscheid. Zu diesem Zweck steht die Gesellschaft als Plattform für Sponsoringmaßnahmen der Gesellschafter sowie Dritter zur Verfügung.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand des Unternehmens ist zudem die Errichtung und Bewirtschaftung von Parkierungseinrichtungen und Parkleitsystemen oder ähnlicher Einrichtungen.

Beteiligungsverhältnisse

Beteiligung der Stadt Lüdenscheid	30.000,00 € = 30,00 %
Weitere Gesellschafter:	
Wirtschaftsförderung Kreisstadt Lüdenscheid e.V.	20.000 € = 20,00 %
Stadtwerke Lüdenscheid	20.000 € = 20,00 %
Sparkasse an Volme und Ruhr	20.000 € = 20,00 %
Südwestfälische Industrie und Handelskammer zu Hagen	10.000 € = 10,00 %

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Finanzbeziehungen der LSM GmbH zur Stadt Lüdenscheid bestehen wie folgt:

- Erträge in Höhe von 200,0 T€ für Zuschuss der Stadt Lüdenscheid.

Finanzbeziehungen der LSM GmbH zum STL bestehen wie folgt:

- Aufwendungen in Höhe von 99,3 T€ für Entsorgung, Reinigung und Sonstiges.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	T€	T€	T€		T€	T€	T€
Anlagevermögen	48,4	54,5	-6,1	Eigenkapital	168,2	102	66,2
Umlaufvermögen	568,5	351,1	217,4	Sonderposten	0,0	0,0	0,0
				Rückstellungen	47,4	18,5	28,9
				Verbindlichkeiten	343,5	292,9	50,6
Aktive Rechnungsabgrenzung	65,5	56,7	8,8	Passive Rechnungsabgrenzung	123,3	48,9	74,4
Bilanzsumme	682,4	462,3	220,1	Bilanzsumme	682,4	462,3	220,1

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Bürgschaften bestehen nicht.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	T€	T€	T€
1. Umsatzerlöse	688,2	719,1	-30,9
2. sonstige betriebliche Erträge	82,1	140,0	-57,9
3. Materialaufwand	0,0	0,0	0,0
4. Personalaufwand	174,4	179,1	-4,7
5. Abschreibungen	11,7	10,6	1,1
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	489,4	628,9	-139,5
7. Finanzergebnis	-1,4	0,0	-1,4
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	93,4	40,6	52,8
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	66,2	0,1	66,1

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	%	%	%
Eigenkapitalquote	24,6	22,1	2,6
Eigenkapitalrentabilität	39,4	0,1	39,3
Anlagendeckungsgrad 2	357,5	187,1	160,4
Verschuldungsgrad	232,4	305,3	-72,9
Umsatzrentabilität	8,6	0,0	8,6

Personalbestand

Im Berichtsjahr 2021 betrug die Zahl der Beschäftigten 11 (Vorjahr 15).

Geschäftsentwicklung

Es wird hier die Berichterstattung der Gesellschaft aus dem Lagebericht 2021 dargestellt.

Grundlagen des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind alle Maßnahmen und Projekte zur Förderung und Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Lüdenscheid. So führt die Gesellschaft regelmäßig Veranstaltungen und Kooperationen im Rahmen des Stadtmarketings in Lüdenscheid durch, wie beispielsweise verkaufsoffene Sonntage, Lichttrouten und den Weihnachtsmarkt mit Eisbahn. Ebenfalls dazu gehören u. a. auch die Errichtung und Bewirtschaftung von Parkieranlagen oder ähnlichen Einrichtungen.

Wirtschaftsbericht

Allgemeine Lage und Rahmenbedingungen

Das Jahr 2021 stellt sich für die Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH in der Rückschau insgesamt als wirtschaftlich unproblematisch dar. Die Entwicklung der einzelnen Tätigkeitsfelder fokussiert sich auf das bisher einmalig durchgeführte Musikfestival „Bautz 2019“ und darüber hin aus auf eine Vielzahl weiterer Einzelformate. Durch die aktuelle Corona-Krise mussten sämtliche geplanten Formate verschoben oder modifiziert werden. Die Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH hat sich durch intensive Netzwerkarbeit Vertrauen im Bereich der heimischen Unternehmerschaft erarbeitet. Ein direkter Dialog wird weiter forciert und im Rahmen eines ständigen Dialogs ausgebaut.

Geschäftsverlauf

Das Ergebnis schließt nach Berücksichtigung der Steuern mit einem Gewinn von 66.142,57 € ab. Der im Vergleich zu den Vorjahren ungewohnt hohe Jahresüberschuss begründet sich auch auf bereits erhaltene Zuschüsse, die auf Grund der Undurchführbarkeit diverser Maßnahmen und Veranstaltungsformate nicht vollständig verbraucht wurden. Das Eigenkapital ist damit auf 168.155,78 € gestiegen.

Parkraumbewirtschaftung

Die Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung bewegen sich weiterhin unter dem Niveau von 2019, bedingt durch die aktuelle Krise. Unabhängig von der voraussichtlich temporären Krise, ist außerdem mit keiner nennenswerten Verbesserung zu rechnen. Sämtliche Modifizierungen sind mittlerweile umgesetzt und im Ergebnis wirksam. Für die Zukunft wird mit sinkenden Einnahmen gerechnet, vorrangig durch den Wegfall von Stellplätzen, primär im Bereich Parkplatz Staberg. Die Kosten für die Parkraumbewirtschaftung konnten konstant gehalten werden. Eine weitere Reduzierung ist für die Zukunft nicht absehbar, es wird derzeit eher von erhöhten Kosten aufgrund von Wartung und Verschleiß ausgegangen.

Stadtmarketing

Im Jahr 2021 wurden kaum Maßnahmen im geplanten Umfang umgesetzt. Lediglich der Weihnachtsmarkt mit Eisbahn konnte unter Einschränkungen stattfinden. Sämtliche Planungen wurden um ein Jahr geschoben, in der Hoffnung, zukünftig wieder im normalen Umfang Maßnahmen umsetzen zu können. Im Sommer wurde abermals ein Maßnahmenkatalog lokalpolitisch beschlossen, wodurch ein Zuschuss zur Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen an die LSM GmbH gezahlt wurde. Diese Maßnahmen wurden unter den geltenden Rahmenbedingungen bestmöglich umgesetzt.

Pandemie- als auch witterungsbedingt mussten auch hier Veranstaltungen abgesagt bzw. in das Jahr 2022 verschoben werden. Nicht genutzte Gelder des Zuschusses der Stadt Lüdenscheid dürfen in das Jahr 2022 „mitgenommen“ werden und können somit in 2022 für unterschiedliche Veranstaltungsformate genutzt werden.

Weiterhin ist ein fester Bestandteil der Aktivitäten der Aufbau und die Pflege eines Netzwerkes, welches im Idealfall die Bedürfnisse der einzelnen Partner nachvollziehen kann und im Ergebnis in der Umsetzung einzelner Maßnahmen mündet. Exemplarisch seien hier, wie in den Vorjahren, sowohl die Arbeit mit den „Visionären“, dem Verein Willi & Söhne e.V., als auch bei dem Wochenmarkt und dem Altstadtverein genannt.

Investitionsmaßnahmen

Sämtliche Investitionsmaßnahmen, die für das Jahr 2021 relevant waren und für die Zukunft noch sein werden, wurden bereits in den Vorjahren durchgeführt, so dass in 2021 selbst keine größeren Investitionsmaßnahmen stattgefunden haben.

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Sämtliche Geschäftsvorgänge sind der aktuellen Krise untergeordnet, so dass alle Planungen im Laufe des Jahres neu gedacht werden mussten. Zum einen mussten die geplanten Maßnahmen für das nächste Jahr umgeplant werden und zum anderen mussten weitere Maßnahmen zur kurzfristigen Reaktion auf die aktuelle Krise entwickelt und umgesetzt werden.

Zum Jahreswechsel 2021 / 2022 kommt es zu einer Änderung in der Geschäftsführung. Der bisherige Geschäftsführer André Westermann scheidet aus. Auf André Westermann folgt Philip Nieland - wohnhaft in Lüdenscheid – als neuer Geschäftsführer.

Darstellung der Lage

Strukturen der Erträge und Aufwendungen

Kostendeckungsgrad aus Umsätzen und sonstigen Erträgen

2011*	74,5 %	99,1 %	(inkl. Gesellschaftersponsoring)
2012*	74,5 %	100,7 %	„
2013*	51,9 %	100,4 %	„
2014*	51,9 %	100,4 %	„
2015*	70,8 %	99,3 %	„
2016*	71,8 %	97,4 %	„
2015*	70,5 %	102,0 %	„
2018*	58,5 %	99,9 %	„
2019*	72,7 %	100,3 %	„
2020*	71,5 %	105,5 %	„
2021*	74,9 %	104,8 %	„

*) Neudefinition gem. BilRUG

Strukturen der Aufwendungen

	€	Anteil am Gesamtaufwand in %	
		2021	2020
a) Personal inkl. Fremdleistungen u. Aufwandsentschädigung GF	174.403	24,6	21,9
b) Kosten Parkraumbewirtschaftung inkl. übrige Aufwendungen, Afa	216.563	30,6	28,3
c) Kosten Wirtschaftsförderung	230.455	32,5	42,5
d) Allgemeine Verwaltungskosten, Steuern	87.032	12,3	7,5

Jahresergebnis

	Plan 2021	Rechnung 2021
Gesamterträge	762.542	770.317
Gesamtaufwand	762.127	708.453

Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

Nicht zu kalkulierende Entwicklungen bei den Gesellschaftern der Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH haben unmittelbar Auswirkungen auf die finanzielle Ausstattung der Gesellschaft. Aus dieser Abhängigkeit könnten sich etwaige Risiken ergeben. Für 2021 gab es im Rahmen einer Umsatzsteuerprüfung die Notwendigkeit einer Nachsteuerung hinsichtlich der Steuerabgaben für die Gesellschafterbeiträge (jährliche WKZ). Zum jetzigen Zeitpunkt ist gewährleistet, dass Zuwendungen der Stadt Lüdenscheid in Zukunft ausschließlich gegen Zuwendungsbescheid mehrwertsteuerfrei betrachtet werden können. Dies geht aus einem Schreiben des Finanzamts Lüdenscheid vom 10.05.2022 hervor. Die Beschlüsse und Lockerungen rund um das Thema Corona bieten lang ersehnte Perspektiven und lassen einen positiven Ausblick auf

das Wirtschaftsjahr 2022 beim Lüdenscheider Stadtmarketing zu. Nahezu alle Maßnahmen sind rechtlich wieder denkbar, so auch die Realisierung des Musikfestivals. Die langjährige Sperrung der A45 hat negativen Einfluss auf Entwicklungen und Stimmungen im Stadtbild. Wie und in welchem Umfang ist noch nicht absehbar. Auch nicht absehbar ist, ob und inwiefern die weiter anhaltende Corona-Pandemie in den kalten Jahreszeiten wieder zu Einschränkungen im Geschäftsbetrieb führen wird.

Organe und deren Zusammensetzung

Dargestellt wird die Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen für das Jahr 2021.

Geschäftsführung

In der Geschäftsführung ist die Stadt Lüdenscheid im Berichtsjahr 2021 nicht vertreten.

Aufsichtsrat

Mitglieder

BM Sebastian Wagemeyer

Herr Volker Neumann (Vorschlag der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH)

RH Jens Voß (Vorschlag der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH)

RH Christoph Weiland

RH Dominik Hass

RH Andreas Stach

Der Aufsichtsrat der LSM besteht aus 11 Mitgliedern/innen. Ihm gehören an:

- vier Mitglieder, die vom Rat der Stadt Lüdenscheid (dazu muss der/die Bürgermeister/in oder ein von ihr/ihm vorgeschlagene/r Beamtin/Beamter oder Angestellte/r zählen) bestellt und abberufen werden,
- zwei Mitglieder, die vom WKL e.V. bestellt und abberufen werden,
- zwei Mitglieder, die vom Rat der Stadt Lüdenscheid auf Vorschlag der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH bestellt und abberufen werden,
- zwei Mitglieder die von der Sparkasse an Volme und Ruhr bestellt und abberufen werden und
- ein Mitglied, das von der SIHK bestellt und abberufen wird.

Gesellschafterversammlung

In geraden Jahren stimmberechtigte/r Vertreter/in	In ungeraden Jahren stimmberechtigte/r Vertreter/in
RF Verena Szermerski-Kasperek	RH Ralf Michael Schwarzkopf
Stellvertretung: RH Ralf Michael Schwarzkopf	Stellvertretung: RF Verena Szermerski-Kasperek

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Der Anteil der Frauen im Verwaltungsrat als ordentliche Mitglieder zum 31.12.2021 beträgt 0 (0,0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % bei den ordentlichen Mitgliedern nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Erstellung eines Gleichstellungsplans nach § 5 LGG entfällt, da die Gesellschaft unter 20 Beschäftigte hat. Gemäß § 5 Abs. 1 LGG besteht die Verpflichtung zur Aufstellung des Gleichstellungsplanes nur für jede Dienststelle mit mindestens 20 Beschäftigten.

3.4.1.9 ENERVIE Südwestfalen Energie und Wasser AG

Basisdaten

Anschrift	Platz der Impulse 1 58095 Hagen
Gründungsjahr	2006
Grundkapital	114.900.000,00 €

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die geschäftsleitende Tätigkeit einer Holding für die Versorgung mit elektrischer Energie, Gas, Wasser und Wärme gegenüber der Mark-E Aktiengesellschaft und der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH sowie gegebenenfalls anderen regionalen Versorgungsunternehmen. Die Gesellschaft hält, steuert, koordiniert und überwacht ihre Beteiligungen an Versorgungs- und Entsorgungsunternehmen und weiterer Beteiligungen, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck der Versorgungs- oder Entsorgungsunternehmen zu fördern. Sie schafft gesellschaftsrechtliche Beteiligungsmöglichkeiten auf allen Tätigkeitsfeldern des Konzerns für Dritte. Dies kann durch unmittelbare Beteiligung und Dritte erfolgen. Sie übernimmt für alle Konzerngesellschaften zentrale und auch unternehmensübergreifende Funktionen und kann weitere Dienstleistungen für ihre Konzerngesellschaften erbringen. Die Gesellschaft kann Liegenschaften und Schutzrechte erwerben, verwerten und veräußern, andere Gesellschaften und Zweigniederlassungen errichten bzw. sich an anderen Gesellschaften beteiligen. Die Gesellschaft ist befugt zum Abschluss von Unternehmensverträgen jeder Art (z.B. Ergebnisabführungsverträge), kann die Mitgliedschaft in Verbänden, Interessengemeinschaften und dergleichen erwerben und überhaupt jegliche Geschäfte vornehmen - wie z.B. die Verwaltung des eigenen Vermögens.

Ziel der Beteiligung

Die Gesellschaft will durch einen anzustrebenden Unternehmensverbund der regionalen Versorgungsunternehmen eine optimale Versorgung des regionalen Marktes mit den verschiedenen Energieformen (wie z. B. Strom, Gas, Wärme etc.) und Wasser gewährleisten und sicherstellen. Die Gesellschaft kann auch Kooperationen zu anderen kommunalen Versorgungsunternehmen in der Region begründen, um langfristig eine Bündelung der regionalen Versorgungs- und Entsorgungsfunktionen zu erreichen. Die ENERVIE erfüllt mit ihrem Unternehmensgegenstand einen öffentlichen Zweck.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Beteiligung der Stadt	27.718.192 € = 24,12 %
Weitere Gesellschafter:	
Stadt Hagen	49.009.736 € = 42,66 %
REMONDIS Wasser und Energie GmbH	21.898.222 € = 19,06 %
Stadt Altena	5.060.595 € = 4,41 %
Stadt Plettenberg	3.181.306 € = 2,77 %
Stadt Halver	1.944.478 € = 1,69 %
Stadt Schwerte	1.521.926 € = 1,32 %
Bäderbetrieb Kierspe GmbH	966.804 € = 0,84 %
Gemeinde Schalksmühle	911.219 € = 0,79 %
Stadt Kierspe	894.879 € = 0,78 %
Gemeinde Herscheid	858.431 € = 0,75 %
Stadt Meinerzhagen	735.107 € = 0,64 %
Stadt Herdecke	199.105 € = 0,17 %
Unmittelbare Beteiligungen der ENERVIE	
Stadtwerke Lüdenscheid GmbH	100,00 %
Mark-E AG	90,00 %
Stadtwerke Kierspe GmbH	35,34 %
SEW Beteiligungs GmbH und Co. KG	100,00 %
SEW Beteiligungs Verwaltungs GmbH	49,00 %
The Mobility House GmbH Deutschland	20,00 %

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Finanzbeziehungen der ENERVIE AG zur Stadt Lüdenscheid bestehen wie folgt:

- Verbindlichkeiten in Höhe von 8.430,0 T€ für das gewährte Gesellschafterdarlehen.
- Aufwendungen in Höhe von 3.009,4 T€ für Dividendenzahlung (2.653,8 T€) und Zinsen (355,7 T€).

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	T€	T€	T€		T€	T€	T€
Anlagevermögen	349.820,1	353.157,1	-3.337,0	Eigenkapital	355.061,7	314.610,2	40.451,5
Umlaufvermögen	117.225,7	97.727,2	19.498,5	Sonderposten	0,0	0,0	0,0
				Rückstellungen	12.232,3	12.423,0	-390,7
				Verbindlichkeiten	143.139,0	166.503,4	-23.364,4
Aktive Rechnungsabgrenzung	180,6	235,3	-54,7	Passive Rechnungsabgrenzung	0,0	0,0	0,0
Aktive latente Steuern	43.006,6	42.417,0	589,6				
Bilanzsumme	510.233,0	493.536,6	16.696,4	Bilanzsumme	510.233,0	493.536,6	16.696,4

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Bürgschaften bestehen nicht.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	T€	T€	T€
1. Umsatzerlöse	5.316,7	6.161,8	-845,1
2. sonstige betriebliche Erträge	15.756,2	73,9	15.682,3
3. Materialaufwand	234,5	240,4	-5,9
4. Personalaufwand	1.132,9	1.140,0	-7,1
5. Abschreibungen	1.322,9	1.323,3	-0,4
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	669,6	749,1	-79,5
7. Finanzergebnis	49.232,6	44.440,0	4.792,6
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	66.945,6	47.223,1	19.722,5
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	51.451,7	32.235,3	19.216,4

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	%	%	%
Eigenkapitalquote	69,6	63,7	5,8
Eigenkapitalrentabilität	14,5	10,2	4,2
Anlagendeckungsgrad 2	101,5	89,1	12,4
Verschuldungsgrad	0,4	0,6	-0,2
Umsatzrentabilität	244,2	516,9	-272,8

Personalbestand

Im Berichtsjahr 2021 betrug bei der ENERVIE die Zahl der Beschäftigten 3 (Vorjahr 2), zudem 2 Vorstände (Vorjahr 2). Die weiteren Beschäftigten sind bei den zur ENERVIE gehörenden Gesellschaften angestellt.

Geschäftsentwicklung

Es wird hier die Berichterstattung der Gesellschaft aus dem Lagebericht 2021 dargestellt.

Die ENERVIE - Südwestfalen Energie und Wasser AG, im Folgenden ENERVIE genannt, ist der Unternehmensverbund der Mark-E Aktiengesellschaft, der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH und der ENERVIE Vernetzt GmbH im südlichen Nordrhein-Westfalen. Als Holding nimmt die ENERVIE alle Management- und Steuerungsfunktionen für ihre Gesellschaften wahr. Dies umfasst die kaufmännischen Dienstleistungen, das Controlling, das Personalmanagement, die IT, das Facility Management sowie die Stabsdienste. Die ENERVIE Gruppe liefert für die Versorgung ihrer Kunden und Energiehandelspartner Strom, Gas, Wärme, Trinkwasser sowie technische und energienahe Dienstleistungen. Des Weiteren baut und betreibt sie Strom-, Gas- und Wassernetze in der Region.

Wirtschaftsbericht

Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen

Allgemeine wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen

Am 30. Januar 2020 hatte die Weltgesundheitsorganisation WHO den internationalen Gesundheitsnotstand aufgrund des Ausbruchs der Corona-Krise ausgerufen. Seit dem 11. März 2020 stufte die WHO die Verbreitung des Corona-Virus als Pandemie ein. Die konjunkturelle Entwicklung war auch im Jahr 2021 stark abhängig vom Corona-Infektionsgeschehen und den damit einhergehenden Schutzmaßnahmen. Die deutsche Wirtschaft konnte sich trotz andauernder Pandemiesituation und zunehmender Liefer- und Materialengpässe nach dem Einbruch im Jahr 2020 erholen. Die Wirtschaftsleistung verglichen mit dem Jahr 2019, vor Beginn der Corona-Pandemie, konnte noch nicht wieder erreicht werden. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im Jahr 2021 um 2,7 Prozent gestiegen, lag aber mit 2,0 Prozent niedriger als im Vergleich mit 2019. Seit dem 24. Februar 2022 führt Russland Krieg gegen die Ukraine

(„Russland-Ukraine-Krieg“). Die zukünftigen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen sind maßgeblich von der weiteren Entwicklung des Russland-Ukraine-Krieges abhängig.

Branchenentwicklung

Der Energieverbrauch in Deutschland ist gemäß Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V. im Jahr 2021 um rund 2,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Der höhere Energieverbrauch liegt aber noch spürbar unter dem Niveau vor der Corona-Zeit. Für die höhere Verbrauchsentwicklung sind vor allem die wirtschaftliche Erholung sowie die im Vergleich zum Vorjahr kühlere Witterung verantwortlich.

Brutto-Stromerzeugung steigt wieder

Laut Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft³ steigt die vorläufige Brutto-Stromerzeugung nach dem Corona-Lockdown-Jahr 2020 in Deutschland im Jahr 2021 auf etwa 582,2 Mrd. kWh (2020: 566,7 Mrd. kWh). Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung verminderte sich auf 41 Prozent (2020: 44 Prozent). Die weiteren Energieträger: Braunkohle 18,6 Prozent, Erdgas 15,3 Prozent, Kernenergie 11,9 Prozent und Steinkohle 9,3 Prozent.

Energiewirtschaftliche Rahmenbedingungen

Mit dem Europäischen Klima- und Energierahmen 2030 („Green Deal“) und den Legislativpaketen zur Energieunion hat die Europäische Union die Weichen für die künftige Ausrichtung der europäischen und nationalen Klima- und Energiepolitiken und die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende gestellt. Auf nationaler Ebene hat die Bundesregierung die Klimaschutzbemühungen weiter intensiviert und die damit einhergehende Beschleunigung der Energiewende forciert. 2021 war geprägt durch eine Vielzahl von Gesetzesentwürfen bis hin zum Inkrafttreten verschiedenster energiewirtschaftlicher Gesetzesnormen. Die Veränderungen im politischen Umfeld durch die Bundestagswahl 2021 und Regierungsneubildung werden ein weiterer Antrieb für Gesetzesveränderungen sein. 2021 hat sich der stärkste je gesehene Anstieg der Kohle-, Gas- und Strompreise ereignet. So haben sich seit Jahresbeginn 2021 sowohl der Strompreis als auch der Gaspreis nahezu vervierfacht.

Ein ähnliches Bild zeichnet sich bei der Entwicklung der Ölpreise ab. Auch hier sind die Preise für ein Barrel der Nordseesorte Brent seit Januar um knapp 75 Prozent gestiegen. Haupttreiber waren vor allem die geringe Verfügbarkeit von Gas und Kohle bedingt durch die starke Konkurrenz zum asiatischen Markt. Sollten sich diese Entwicklungen fortsetzen, so könnten die Energiepreise zu einer Existenzfrage für Geringverdiener aber auch für Gastronomen und kleine Unternehmen werden. Aber auch für deutsche Energieversorger haben die steigenden Energiepreise unter anderem existenzielle Risiken. So ist es im abgelaufenen Geschäftsjahr 2021 bereits zu einer Reihe von Insolvenzen im Strom- und Gassektor gekommen. Der Trend der steigenden Energiepreise aus 2021 hat sich zu Beginn des Jahres 2022 durch den Russland-Ukraine-Krieg dramatisch verschärft.

Geschäftsverlauf

Mark-E und Stadtwerke Lüdenscheid als wesentliche die Gruppenentwicklung beeinflussende Gesellschaften behaupteten sich auch 2021 weiterhin erfolgreich im Markt. Für ihre Privat-, Geschäfts- und Industriekunden mit den dazugehörigen Verträgen haben die beiden Unternehmen ihre Produkte in den Sparten Strom, Gas und Wasser auf die Kundenbedarfe zugeschnitten sowie ihren Bereich Dienstleistungen (Contracting für Druckluft, Wärme, Kälte und Licht) weiterentwickelt.

Neben diesen beiden Gesellschaften hat ENERVIE Vernetzt als weitere wesentliche die Gruppenentwicklung beeinflussende Gesellschaft die Strom-, Gas und Wassernetze im Geschäftsjahr mit hoher Verfügbarkeit betrieben. ENERVIE hat im Jahr 2021 eine Dividende von 11 Mio. € an seine Aktionäre ausgezahlt. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Dividende um 3 Mio. € erhöht worden.

Konzernfinanzierung

Die ENERVIE Gruppe hat am 25. Mai 2021 ihre Konzernfinanzierung, bestehend aus einem Konsortialkredit, Schuldscheindarlehen, bilateralen Krediten und Förderdarlehen, neu aufgesetzt und Finanzierungssicherheit für die nächsten Jahre geschaffen. Im Zuge der Refinanzierung wurde auch der bestehende Konsortialkredit aus dem Jahr 2017 vollständig vorzeitig zurückgeführt. Die neue Konzernfinanzierung bietet ENERVIE unter anderem die Möglichkeit, sich mittel- und langfristig mit Kreditmitteln einzudecken, die der Unternehmensgruppe große Flexibilität im Hinblick auf die verfolgte Wachstumsstrategie im aktuellen Marktumfeld gewähren. Für die neue Finanzierung konnte die Freigabe bisher gestellter Sicherheiten, erhebliche Vereinfachungen bei der Dokumentation sowie die Einbettung einer Nachhaltigkeitskomponente erreicht werden. Bereits im ersten Rating bewertete die führende Corporate Social Responsibility Ratingagentur EcoVadis die Nachhaltigkeits-Aktivitäten der ENERVIE Gruppe mit der Bronze-Medaille. Ein Ergebnis, mit dem die ENERVIE Gruppe über dem Branchendurchschnitt liegt. ENERVIE legt den Kreditgebern dieses Rating zukünftig jährlich vor. Je nach Tendenz weist die erreichte Punktzahl einen „Bonus“ oder „Malus“ aus, der den Zinssatz senkt oder erhöht.

Kaufmännische Prozesse

Im Rahmen der Bewältigung der Pandemie wurde das Monitoring aus dem 5-Punkte Sofortprogramm zur Ergebnis- und Liquiditätssicherung aus 2020 beibehalten. In diesem Zusammenhang wurden insbesondere die Vertriebsmengenentwicklung, Netzlasten, Forderungsentwicklung sowie Insolvenzen im Netzgebiet weiter beobachtet. Aufgrund der positiven Ergebnisentwicklung wurden aber keine Sondermaßnahmen aus dem Programm aktiviert. Ein weiterer Schwerpunkt war die Etablierung einer Task Force für den Umgang mit den Schäden aus dem Hochwasserereignis im Juli 2021. Hier konnte erfolgreich ein effizienter Bearbeitungsprozess für die Schadensaufnahme in den Fachbereichen, zentralisierter Begutachtung, versicherungstechnische Abarbeitung und Antragsstellung für die staatliche Wiederaufbauhilfe im Verbund mit der SIHK Hagen und NRW.Bank aufgebaut werden.

Informationstechnologie

Die Erneuerung der IT-Infrastruktur wurde im Rahmen des Future Workplace Projekts vollzogen. So wurden die ENERVIE Mitarbeiter auf moderne und leistungsfähige Windows 10 Notebooks inkl. Office 365 umgestellt. Hiermit ist ein mobiles Arbeiten flächendeckend für die Mitarbeiter möglich. Die IT-Umstellung trägt somit einen wichtigen Teil zur Pandemiebekämpfung und zur Vermeidung von CO₂ durch eingesparte Büropendelfahrten bei.

Die Telekommunikation wurde in weiteren Bereichen auf neue Standards gehoben. Im Bereich der IT-Sicherheit zeigten die durchgeführten Tests einen hohen Schutzstandard, der aber angesichts der wachsenden Bedrohungslage weiter ausgebaut wird.

Gesamtbeurteilung des Geschäftsverlaufs

Die breite und stabile Wertschöpfungsbasis als regionaler Infrastrukturdienstleister ist auch im Pandemiejahr 2021 die Grundlage für den Geschäftserfolg der ENERVIE Gruppe. Das Geschäftsjahr kann – trotz der Herausforderungen – insgesamt mit einem sehr guten Geschäftsergebnis abgeschlossen werden.

Der nachfolgende Leistungsindikator gibt einen Überblick über den Verlauf des abgelaufenen Geschäftsjahres, wobei das Ergebnis vor Ertragsteuern unter Berücksichtigung der sonstigen Steuern (EBT) der für die interne Steuerung der Gesellschaft verwendete bedeutsamste finanzielle Leistungsindikator darstellt. Das EBT des Jahres 2021 beträgt 66,9 Mio. €. Im Vergleich zum geplanten EBT 2021 von 50,6 Mio. € fällt das EBT der ENERVIE aufgrund der im Vergleich zum Plan höheren Sonstigen betrieblichen Erträge, die aus der Zuschreibung des Beteiligungsansatzes der Mark-E resultieren, um 16,3 Mio. € besser aus.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Ergebnisentwicklung der ENERVIE wird wesentlich durch die Einzelergebnisse ihrer Tochtergesellschaften Mark-E und Stadtwerke Lüdenscheid, die über Ergebnisabführungsverträge mit der ENERVIE verknüpft sind, geprägt. Dadurch erfolgt eine phasengleiche Vereinnahmung der Einzelergebnisse.

Im Geschäftsjahr 2021 ist das Beteiligungsergebnis von 47,9 Mio. € auf 52,4 Mio. € gestiegen. Dazu trägt Mark-E mit einer Gewinnabführung von 47,4 Mio. € (im Vorjahr 44,0 Mio. €) und Stadtwerke Lüdenscheid mit einer Gewinnabführung von 4,9 Mio. € (im Vorjahr 3,9 Mio. €) bei. Gegenüber der Planung für 2021 bedeutet dieses eine Verbesserung von insgesamt 0,9 Mio. €. Weiterhin sind bei den sonstigen betrieblichen Erträgen insbesondere Erträge aus der konzern- und steuerneutralen Zuschreibung auf den Bewertungsansatz der Mark-E in Höhe von 15,0 Mio. € ausgewiesen. Dadurch entsteht im Einzelabschluss der ENERVIE ein Ergebnis nach Steuern von 51,5 Mio. € (im Vorjahr 32,2 Mio. €) und ein Jahresüberschuss von 51,5 Mio. € (Vorjahr 32,2 Mio. €). Der Bilanzgewinn beträgt unter Berücksichtigung der Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen sowie des Gewinnvortrages aus 2020 140,6 Mio. € (im Vorjahr 99,8 Mio. €). Das geplante EBT von 50,6 Mio. € wurde um 16,3 Mio. € übertroffen. Der Rohertrag lag mit 5,1 Mio. € um 0,7 Mio. € unter der Planung. Umsatz und Materialaufwand waren aufgrund der Umstellung der Konzernverrechnung geringer als geplant, während das geplante Finanzergebnis um 0,8 Mio. € verbessert werden konnte. Das Finanzergebnis liegt aufgrund von höheren Ergebnisabführungen über dem Planwert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen im Wesentlichen aufgrund der Zuschreibung des Beteiligungsansatzes der Mark-E in Höhe von 15,0 Mio. € mit 15,7 Mio. € über dem Planwert.

Die Umsatzerlöse der ENERVIE in Höhe von 5,3 Mio. € (im Vorjahr 6,2 Mio. €) resultieren hauptsächlich aus den Dienstleistungen, die gegenüber den Tochtergesellschaften Mark-E und Stadtwerke Lüdenscheid im Berichtsjahr erbracht worden sind. Der Rückgang der Umsatzerlöse resultiert aus der Anpassung der konzerninternen Verrechnung. Ebenfalls in den Umsatzerlösen enthalten sind die Erlöse aus der Vermietung des Zentralstandortes der ENERVIE in Höhe von 3,3 Mio. € (im Vorjahr 3,3 Mio. €).

Der nahezu konstant gebliebene Materialaufwand von 0,2 Mio. € (im Vorjahr 0,2 Mio. €) betrifft die im Zusammenhang mit den Umsatzerlösen bezogenen Leistungen von den Tochtergesellschaften und beinhaltet im Wesentlichen bezogene Management-Dienstleistungen. Der Personalaufwand von 1,1 Mio. € ist im Vergleich zum Vorjahr (1,1 Mio. €) nahezu unverändert geblieben und enthält im Wesentlichen die Vergütungen für die bei der ENERVIE beschäftigten Vorstandsmitglieder. Die Abschreibungen auf Sachanlagen von unverändert 1,3 Mio. € betreffen den Zentralstandort der ENERVIE. Die Zinsaufwendungen in Höhe von 4,3 Mio. € (im Vorjahr 4,5 Mio. €) enthalten unter anderem die Zinsen für das Darlehen der Anteilseigner und für die jeweiligen Bankdarlehen. Der Rückgang der Zinsaufwendungen resultiert im Wesentlichen aus der im Berichtsjahr vorgenommenen Refinanzierung. Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von 15,5 Mio. € (im Vorjahr 15,0 Mio. €) sind insgesamt um 0,5 Mio. € gestiegen. Der Minderung des Aufwands für Körperschaft- und Gewerbeertragsteuer sowie Solidaritätszuschlag in Höhe von 1,5 Mio. € stehen um 2,0 Mio. € verminderte Erträge aus den latenten Steuern gegenüber.

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr von 493,5 Mio. € um 16,7 Mio. € auf 510,2 Mio. € gestiegen. Das Sachanlagevermögen ist von 36,3 Mio. € aufgrund der erfolgten Abschreibungen auf 35,0 Mio. € gesunken. Das Finanzanlagevermögen in Höhe von 314,9 Mio. € ist um 2,0 Mio. € gesunken. Ursache hierfür ist die Zuschreibung auf den Bewertungsansatz der Mark-E über 15,0 Mio. € einerseits sowie die Tilgung eines langfristigen Darlehens an Mark-E über 17,0 Mio. € andererseits. Das Umlaufvermögen erhöhte sich von 97,7 Mio. € auf 117,2 Mio. €, wobei aufgrund des praktizierten Cash-Pooling und aufgrund höherer Gewinnabführungen der Mark-E und der SWL die Forderungen gegen verbundene Unternehmen um 30,4 Mio. € gestiegen und die Bankguthaben um 10,9 Mio. € gesunken sind.

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital insgesamt um 40,5 Mio. € auf 355,1 Mio. € (im Vorjahr 314,6 Mio. €) erhöht. Gründe hierfür sind der von 99,8 Mio. € um 40,8 Mio. € auf 140,6 Mio. € gestiegene Bilanzgewinn. Die in diesem Jahr ausgeschüttete Dividende für 2020 verminderte das Eigenkapital um 11,0 Mio. €. Die gebildeten Rückstellungen haben sich im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr von 12,4 Mio. € insgesamt auf 12,0 Mio. € verringert, hauptsächlich verursacht durch die Pensionsrückstellungen, die von 10,0 Mio. € auf 9,7 Mio. € um 0,3 Mio. € gesunken sind. Die Verbindlichkeiten in Höhe von 143,1 Mio. € (im Vorjahr 166,5 Mio. €) sind um 23,4 Mio. € gesunken, hauptsächlich aufgrund der im Berichtsjahr neu aufgesetzten Konzernfinanzierung sowie der vorgenommenen planmäßigen Tilgungen der Förderdarlehen. Weiterhin haben sich die sonstigen Verbindlichkeiten aufgrund der Umsatzsteuer um 5,7 Mio. € gemindert. Die wirtschaftliche Eigenkapitalausstattung der ENERVIE (bilanzielles Eigenkapital in Höhe von 355,1 Mio. € und Aktionärsdarlehen von 30,0 Mio. € / Gesamtkapital in Höhe von 510,2 Mio. €) ist mit 75,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (69,8

Prozent) deutlich verbessert. Die Eigenkapitaldeckung des Anlagevermögens (bilanzielles Eigenkapital in Höhe von 355,1 Mio. € und Aktionärsdarlehen von 30,0 Mio. € / Anlagevermögen in Höhe von 349,8 Mio. €) hat sich mit 110,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr (97,6 Prozent) ebenfalls deutlich verbessert. Die Gesellschaft konnte jederzeit ihren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachkommen. Die Deckung des kurzfristigen Liquiditätsbedarfs erfolgt im Rahmen von freien Kreditlinien bei mehreren Geschäftsbanken.

Der negative Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beläuft sich auf -19,7 Mio. € (im Vorjahr -13,8 Mio. €). Der niedrigere negative Cashflow beruht unter anderem auf der Zuschreibung des Beteiligungsansatzes. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit hat sich von 51,6 Mio. € auf 66,1 Mio. € im Wesentlichen aufgrund der erhaltenen Tilgungsrate über 17,0 Mio. € aus einem an Mark-E gegebenen langfristigen Darlehen erhöht. Der negative Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beläuft sich auf -31,9 Mio. € (im Vorjahr -44,0 Mio. €); die Verbesserung ist im Wesentlichen begründet durch die im Berichtsjahr vorgenommene Refinanzierung.

Gesamtbeurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Insgesamt verfügt ENERVIE über eine solide Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Tätigkeitsabschluss Angaben gemäß § 6b Absatz 7 Satz 4 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) Die ENERVIE hat die Vorschriften zur Rechnungslegung und Buchführung nach § 6b EnWG zu beachten, da sie Tätigkeiten im Bereich der anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors sowie Tätigkeiten außerhalb des Strom- und Gassektors erbringt. Grundsätzlich werden die Konten den einzelnen Tätigkeiten direkt zugeordnet. Soweit dies nicht möglich ist, erfolgt eine Zuordnung durch sachgerechte und nachvollziehbare Schlüsselung der Konten.

Chancen- und Risikobericht

Grundsätze

ENERVIE ist als Holding der Unternehmen Mark-E und Stadtwerke Lüdenscheid für zentrale Steuerungs- und Controlling-Aufgaben zuständig. Operative Geschäftstätigkeiten werden auf die Tochtergesellschaften verlagert. Die Gesellschaft ist daher frei von technischen Risiken (z.B. Kraftwerksausfällen), Mengenrisiken (z.B. Absatzmengenrisiko) oder Marktrisiken (z.B. Strompreisänderungen). Dennoch wird ENERVIE wesentlich von der Lage der ENERVIE Gruppe (Konzern) beeinflusst. Eigene Risiken liegen im strategischen, organisatorischen und finanziellen Bereich sowie im Beteiligungsportfolio. ENERVIE trifft die langfristigen strategischen Entscheidungen, die von den Tochtergesellschaften umgesetzt werden. Steuerungsdaten werden dezentral aus den einzelnen Geschäftsfeldern sowie Konzerngesellschaften erhoben. Ein zentrales Konzerncontrolling führt die Aufgaben zusammen und überwacht die Plan-Ist-Abweichungen. Damit werden Fehleinschätzungen in der Planung und daraus resultierende Risiken frühzeitig aufgedeckt. Der Erfolg unternehmerischer Entscheidungen hängt maßgeblich von der zuverlässigen Beurteilung und dem bewussten Umgang mit Chancen und Risiken ab. Das Ziel des Risikomanagements der ENERVIE ist es, die wesentlichen bestehenden und potenziellen Chancen und Risiken systematisch und frühzeitig zu identifizieren und durch eine kontinuierliche Überwachung und Steuerung den Unternehmenserfolg langfristig zu sichern. Das Risikomanagement liefert darüber hinaus wichtige Erkenntnisse und

Entscheidungen über die Tragfähigkeit von Risiken. Organisatorisch ist das Risikomanagement der ENERVIE im Vorstandsressort Finanzen und Technik verankert und für die Konzernmuttergesellschaft sowie für alle Tochtergesellschaften der ENERVIE tätig. Es basiert auf den unternehmenspolitischen Zielsetzungen und Strategien und ermöglicht einen konzerneinheitlichen und systematischen Prozess.

Risikomanagementorganisation und –prozess

ENERVIE hat Risikoverantwortliche für Geschäftsbereiche und Unternehmensfunktionen (Risk Owner) benannt, die mit Unterstützung des zentralen Risikomanagements Risiken und Chancen frühzeitig und gebündelt identifizieren sowie bewerten. Entsprechend der möglichen Schadenshöhe werden die Risiken in Relevanzklassen eingeordnet und priorisiert. Die Relevanzklassen reichen von „unwesentlich“ (Auswirkung < 2 Prozent), über „unbedeutend“ (Auswirkung 2-10 Prozent), „mittel“ (Auswirkung 10-25 Prozent), „bedeutend“ (Auswirkung 25-40 Prozent) und „schwerwiegend“ (Auswirkung 40-80 Prozent) bis hin zu „bestandsgefährdend“ (Auswirkung > 80 Prozent). Die Auswirkung stellt dabei für Ergebnisrisiken auf den prozentualen Verzehr des hälftigen Grundkapitals zuzüglich der Gewinnrücklage und des Bilanzgewinns (31. Dezember 2021: 113,2 Mio. €) bei Eintritt des Risikos ab. Reine Liquiditätsrisiken dagegen werden auf Basis ihrer Auswirkung auf die niedrigste verfügbare Planliquidität eines jeweiligen Betrachtungszeitraumes klassifiziert. Mittels Monte-Carlo-Simulation werden alle Risiken aggregiert und auf Konzernebene konsolidiert dargestellt und bewertet. Die Risikoüberwachung und -steuerung ist ebenfalls Aufgabe der Risk Owner. Im Rahmen der Unternehmensplanung werden die Risiken mit dem Controlling abgestimmt. Unterstützt wird der gesamte Prozess durch den Einsatz einer speziellen Risikomanagement-Software. Die Risikolage der ENERVIE Gruppe ist somit jederzeit transparent und bedarfsgerecht darstellbar. Die Risikoberichterstattung an den Vorstand und Aufsichtsrat erfolgt viermal jährlich im Rahmen der Risikoaudits bzw. der Gremiensitzungen. Zur kontinuierlichen Überwachung der Risikosituation und der diesbezüglichen Beratung hat der ENERVIE Vorstand zudem ein Risikokomitee eingesetzt, das in regelmäßigen Abständen tagt und in dem die wesentlichen Risiken der ENERVIE Gruppe diskutiert werden.

Risikolage

Corona-Pandemie und Russland-Ukraine-Krieg

Die Geschäftsjahre 2020 und 2021 waren besonders geprägt von den negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie. Auch im Jahr 2022 wird die Corona-Pandemie die wirtschaftliche Entwicklung beeinflussen. Insbesondere in den kontaktintensiven Dienstleistungsbereichen deuten die meisten Indikatoren auf eine Abschwächung der konjunkturellen Dynamik hin. Sowohl die seitens der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen zur Abschwächung der Pandemie als auch freiwillige Einschränkungen der Menschen, die Ansteckungsrisiken durch Kontaktreduktion meiden, führen dazu, dass die Mobilität der Bevölkerung als auch die Besuche im Gastronomiegewerbe und dem Einzelhandel spürbar zurückgegangen sind. Das Risiko von zusätzlichen negativen Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der ENERVIE in Folge des weiteren Verlaufs der Corona-Pandemie hängt sehr stark von der weiteren Entwicklung des Infektionsgeschehens sowie von zusätzlichen Maßnahmen, die seitens der Bundesregierung zur Eindämmung der Pandemie ergriffen werden, ab. Die Risikowirkung ist daher nur schwer

abschätzbar. Das wirtschaftliche Risiko für ENERVIE wird insgesamt als „unbedeutend“ eingestuft. Der Russland-Ukraine-Krieg hat bereits jetzt zu erheblichen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage in Deutschland geführt. Die Situation der Erdgasbeschaffung und -versorgung ist angespannt. Russland liefert mehr als 50 Prozent des in Deutschland verbrauchten Erdgases (in der EU knapp 40 Prozent). Sollten Lieferungen aus Russland kurzfristig ausfallen, so würde dies die ohnehin schwierige Situation auf den Beschaffungsmärkten weiter deutlich erhöhen. Die politische Entwicklung im Bereich unmittelbarer Handelshemmnisse und -verbote (z.B. Sanktionen, Embargos) ist zum Berichtszeitpunkt sehr dynamisch. Die wirtschaftlichen Folgen einschließlich staatlicher Kompensationen sind derzeit schwer ableitbar. Ein weiterer Anstieg der Strom- und Gaspreise ist zu befürchten. Lieferengpässe in der Industrie könnten zudem zu einem Absatzrückgang im Strom- und Gassegment führen. Im Rahmen des russischen Angriffs ist zudem zu beobachten, dass auch der Cyberraum bereits Schauplatz koordinierter und schwerwiegende Angriffe auf ukrainische Unternehmen und Regierungseinrichtungen geworden ist. Es wird daher ein erhöhtes Risiko von Cyberangriffen für kritische Infrastrukturen in Deutschland gesehen. Die genannten Risiken können unter Umständen erhebliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der ENERVIE haben. Dies ist jedoch abhängig von den weiteren Entwicklungen im Russland-Ukraine-Krieg. Eine gesicherte Prognose der wirtschaftlichen Auswirkungen ist zum aktuellen Zeitpunkt nicht möglich. Die resultierenden Risiken werden im Rahmen eines besonderen Risikomonitorings beobachtet und etwaige Gegenmaßnahmen vorbereitet. Die weiteren aktuell relevanten Risiken der ENERVIE lassen sich Kategorien zuordnen:

Politische und rechtliche Risiken

Politische und rechtliche Risiken sind für ENERVIE nur in sehr begrenztem Umfang steuerbar. Die zentrale Rechtsabteilung verfolgt zusammen mit den jeweiligen Fachbereichen diese Risiken. Darüber hinaus verfügt ENERVIE über ein Compliance-Management-System, um in Ergänzung zum Risikomanagement insbesondere wirtschaftliche Risiken sowie Reputations- und Haftungsrisiken zu minimieren. Das Compliance-Management-System unterstützt zudem bei der Klärung verschiedenster Compliance-(Verdachts-)Fälle und entwickelt in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachbereichen neue Maßnahmen zur Prävention von möglichen Compliance-Verstößen. Zusätzlich gewährleistet die Mitarbeit in verschiedenen Verbänden und Interessengruppen eine frühzeitige Partizipation an der Diskussion der Auswirkungen neuer Gesetze und regulatorischer Anforderungen auf den Konzern. Eine weitere besondere Bedeutung wird zudem der seit dem 25. Mai 2018 gültigen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) beigemessen. Es besteht das Risiko, dass z. B. aus einem Datendiebstahl sowie durch technische Fehler ein Verstoß gegen die DSGVO und das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) resultiert. Es wurden sowohl technische als auch organisatorische Maßnahmen ergriffen, um die gesetzlichen Anforderungen zu erfüllen und unter anderem einen sachgemäßen Umgang mit vertrauenswürdigen personenbezogenen Daten zu gewährleisten, weshalb ENERVIE das Risiko insgesamt als „unbedeutend“ einstuft.

Finanzrisiken

Finanzrisiken werden durch den kaufmännischen Bereich und dessen interne Sicherungssysteme laufend überwacht. Um Marktpreisrisiken oder auch Zinsrisiken zu reduzieren, können Sicherungsgeschäfte abgeschlossen werden, durch die es zu Liquiditätsverschiebungen kommen kann. So setzt ENERVIE Zinssicherungsgeschäfte ein, um Zinsänderungsrisiken zu mi-

nimieren. ENERVIE stuft dieses Risiko als „unbedeutend“ ein. Daneben beeinflusst die Entwicklung der Basiszinssätze insbesondere die Bewertung von Beteiligungsansätzen. Diese kann zu Abschreibungen von Beteiligungsansätzen führen. Aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase am Kapitalmarkt stuft ENERVIE dieses Risiko als „mittel“ ein.

Personalrisiken

Auf Basis versicherungsmathematischer Bewertungen sind die zukünftigen Belastungen aus Pensions- und Altersteilzeitverpflichtungen in die Unternehmensplanung eingegangen. Ein Risiko stellt dabei das kontinuierliche Absinken des durchschnittlichen Rechnungszinssatzes zur Bewertung von Pensionsrückstellungen dar. So führt ein weiteres Absinken des Rechnungszinssatzes zu einer erhöhten Zuführung zur Pensionsrückstellung. Darüber hinaus werden bei der Bewertung von Pensionsrückstellungen für Mitarbeiter, die einer der bestehenden Versorgungsordnungen unterliegen oder über eine einzelvertragliche Direktzusage verfügen, für die zukünftige Entwicklung Trendannahmen festgelegt. Es besteht das Risiko, dass veränderte gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen wie zum Beispiel die Entwicklung der Inflationsrate zu Abweichungen hinsichtlich der getroffenen Trendannahmen führen können. Dies kann eine Anpassung der Trendannahmen erforderlich machen und möglicherweise mit einer veränderten Zuführung zu den Pensionsrückstellungen einhergehen. ENERVIE stuft dieses Risiko als „unbedeutend“ ein.

IT- und Informationssicherheitsrisiken

Die Sicherung der Informationstechnologie spielt für die ENERVIE als Betreiber wichtiger kritischer Infrastrukturen eine bedeutsame Rolle. Insbesondere in Bezug auf die gestiegene Anzahl von Cyber-Angriffen auf deutsche Unternehmen setzt die ENERVIE Gruppe auf höchste IT-Sicherheitsstandards und sensibilisiert ihre Mitarbeiter im Rahmen von internen Schulungen, verstärkter Kommunikation und durch die Vorgabe von Verhaltensanweisungen zum Thema IT-Sicherheit. Durch den gebündelten Einsatz physischer, technischer als auch organisatorischer Maßnahmen wie zum Beispiel der Implementierung eines zertifizierten Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) gemäß DIN ISO/IEC 27001 begegnet die ENERVIE potenziellen Gefährdungen, um insbesondere die Sicherstellung der Verfügbarkeit der zu schützenden Systeme und Daten sowie die Gewährleistung der Integrität und Vertraulichkeit der verarbeiteten Informationen und Systeme zu garantieren. Darüber hinaus besteht ein Regelwerk, das die Prozesse und Maßnahmen bei einer schwerwiegenden Störung der IT-Systeme vorgibt. Das Risiko wird als „mittel“ eingestuft.

Gesamtbeurteilung der Risikosituation

Die wesentlichen Risiken der ENERVIE sind identifiziert und qualifiziert und werden auf Basis des Risikomanagementsystems so weit wie möglich durch entsprechende Maßnahmen beherrscht. Ein Monitoring der Entwicklung wesentlicher Risiken erfolgt auf Konzernebene. Insgesamt lassen sich aktuell keine bestandsgefährdenden Risiken für die ENERVIE Gruppe erkennen. Die Unvorhersehbarkeit der weiteren Entwicklung rund um die Corona-Pandemie und dem Russland-Ukraine-Krieg, grundlegende Verwerfungen der Energiewirtschaft insbesondere von rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen, eine anhaltend hohe Volatilität der Börsenpreise an den Energiemärkten sowie sinkende Deckungsbeiträge in den Wettbewerbsbereichen stellen für ENERVIE aktuell wie auch in der Zukunft eine besondere Herausforderung dar.

Darstellung der wesentlichen Chancen

Chancen können sich grundsätzlich im gesamten Umfeld der ENERVIE eröffnen. Für ENERVIE ergeben sich Chancenpotentiale aus den nachfolgenden Bereichen:

Kooperationen

Für ENERVIE bedeutet der Ausbau von Kooperationen grundsätzlich die Chance, Synergien zu nutzen und Ressourcen zu bündeln und so gemeinsam mit potenziellen Kooperationspartnern frühzeitig wichtige Entwicklungen innerhalb des Energiesektors zu identifizieren und zum eigenen Vorteil nutzen zu können. Besonders in Zeiten einer stetig voranschreitenden Digitalisierung bieten Kooperationen die Chance, die Herausforderungen von morgen bestmöglich zu bewältigen. Für die Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft, so auch für die ENERVIE, besteht aktuell die Chance, über die sogenannte Versorger-Allianz 450, Rechte an Mobilfunkfrequenzen im Bereich 450 MHz zu erwerben, mit denen zentrale Herausforderungen der Versorgungssicherheit in Zeiten der Energiewende besonders gut gelöst werden können. Die Versorger-Allianz 450 wird aktuell durch eine Gruppe von ca. 120 Unternehmen der deutschen Energie- und Wasserversorgungsbranche repräsentiert. In gemeinschaftlicher Projektarbeit wurde der Entwurf eines Geschäfts- und Kooperationsmodells für ein Joint Venture entwickelt, mit dem Ziel, die Interessen der Energiebranche bei der Vergabe der begehrten 450-MHz-Funkfrequenz zu bündeln. Über eine Beteiligung an diesem Joint Venture erhalten die Unternehmen der Energiebranche z. B. die Möglichkeit, die Frequenzrechte zu erwerben und den notwendigen Bau eines Funknetzes zu realisieren. Mark-E hat sich Ende 2021 an der Versorger-Allianz 450 beteiligt.

Innovationen

Innovative Technologien sind der Schlüssel, um den Unternehmenserfolg auch in der Zukunft zu sichern und sich für den starken Wettbewerb innerhalb des Energiesektors bestmöglich aufzustellen. Aus diesem Grund werden technologische Innovationen genau untersucht und mögliche Einsatzfelder bei ENERVIE analysiert. So hat ENERVIE z. B. die neue Funktechnologie LoRaWAN (Low Range Wide Area Network) zur Erhebung und Übertragung von kleineren Datenpaketen mit einem sehr geringen Energieverbrauch eingeführt. Mit Hilfe von Sensoren im Funknetz könnten so z. B. verschiedene Mess- und Überwachungsaufgaben wahrgenommen werden, die mittels LoRaWAN-Funktechnik Daten zu den Betriebszuständen aus unternehmenseigenen Anlagen liefern.

Digitalisierung

Um im digitalen Wandel erfolgreich zu sein, ist es für heutige Unternehmen erforderlich, ihr Handeln auf die Entwicklung digitaler Innovationen auszurichten. Für ENERVIE ergeben sich die wesentlichen Chancen aus der Etablierung einer Innovationskultur, die die Entwicklung digitaler Prozesse und Abläufe fördert und es möglich macht, neue Geschäftsmodelle zu entwickeln. Bei ENERVIE wurde eine eigene Projektgruppe eingerichtet, mit dem Ziel die Digitalisierung von Geschäftsprozessen im Unternehmen voranzutreiben und darüber hinaus den notwendigen Kompetenzaufbau zu fördern und weiter zu beschleunigen. ENERVIE setzt hierbei unter anderem auf Process Mining. Process Mining bezeichnet eine Technik, bei der anhand vorhandener Daten, Geschäftsprozesse rekonstruiert und ausgewertet werden können.

Dabei nutzt Process Mining bestehende Daten aus betrieblichen IT-Systemen, um Geschäftsprozesse zu rekonstruieren und zu analysieren. Prozessineffizienzen können so aufgedeckt und beseitigt werden. Zudem sieht ENERVIE in der Ausrichtung des Marketings mittels Online-Marketing und des Vertriebs auf Digitalisierung die Chance, die Kunden künftig besser und schneller zu erreichen und darüber hinaus den immer individueller werdenden Bedürfnissen unserer Kunden/-innen auch in der Zukunft gerecht zu werden. Darüber hinaus bieten sich unternehmensstrategische Chancen für die ENERVIE Gruppe durch ihr Selbstverständnis, über ihre angestammte Rolle als regionales Versorgungsunternehmen hinaus neue Geschäftsfelder zu erschließen und an deren dynamischem Wachstum zu partizipieren.

Gesamtbeurteilung der Chancensituation

Chancen ergeben sich im Falle einer weiteren Verbesserung der Risikolage der einzelnen Geschäftsfelder der ENERVIE aus möglichen Wertaufholungspotentialen, insbesondere beim Beteiligungsansatz der Mark-E. Die Chancen der ENERVIE sind verbunden mit möglichen zukünftigen positiven Cashflows. Als realistisch ist hier ein positiver Gesamteffekt im einstelligen Millionenbereich mit steigender Tendenz anzusehen.

Prognosebericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Zentrales Thema der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wird der Russland-Ukraine-Krieg mit seinen weltweiten politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen sein. Weiterhin bleibt aber auch die Corona-Pandemie mit der großen Unsicherheit bezüglich ihrer weiteren Entwicklung ein wichtiges Thema. Ebenso tragen die Engpässe auf den Lieferantenmärkten und eine steigende Inflation, insbesondere auch bei den Energiepreisen, zur Unsicherheit bei. Insgesamt unterliegt die gesamtwirtschaftliche Entwicklung größeren Unsicherheiten als in den vergangenen Jahren. Durch den Russland-Ukraine-Krieg ist die grundsätzliche Erholung der Volkswirtschaft durch das Abklingen der Corona-Pandemie in Gefahr, auch wenn noch keine definitive Auswirkung zum Effekt des Kriegs getroffen werden kann. Ebenso könnte die Erholung des privaten Konsums durch die steigende Inflation gedämpft werden. In Erwartung, dass die angebotsseitigen Engpässe im Laufe des Jahres geringer werden, könnte sich die Industrieproduktion langsam erholen. Auch hier könnten Lieferengpässe oder massive Preissteigerungen bei Kohle und Erdgas jedoch zu gegenläufigen Effekten führen. Trotz der Unsicherheit geht die Bundesregierung aktuell von etwa 3,6 Prozent BIP-Wachstum im Jahr 2022 aus. Die Inflation dürfte im Laufe des Jahres 2022 zwar sinken, es wird jedoch erwartet, dass sie im Jahresschnitt auf etwa 3,3 Prozent liegt. Insgesamt besteht die Erwartung, dass die deutsche Wirtschaft sich im Verlauf des Jahres 2022 wieder in Richtung Normalauslastung entwickeln wird. Diese Entwicklung unterliegt jedoch größerer Unsicherheit aufgrund des Russland-Ukraine-Krieges, der damit zusammenhängenden weltpolitischen Entwicklung sowie der Disruption der Energieversorgungs- und Lieferketten aus Russland. Das Streben nach größerer energetischer Unabhängigkeit wird voraussichtlich einen starken Impuls für energiewirtschaftliche Entwicklungen geben.

Investitionen

Für die ENERVIE sind im Jahr 2022 keine Investitionen geplant.

Gesamtaussage zur voraussichtlichen Entwicklung

Die Prognose für das Jahr 2022 ist vor dem Hintergrund der neuen Regierung, dem Russland-Ukraine-Krieg, wirtschaftlichen Unsicherheiten der Corona-Pandemie, Engpässen auf den Zulieferermärkten, hoher und volatiler Energiepreise sowie der stärkeren Klimaschutzausrichtung in Deutschland abzugeben. Als Unternehmen der kritischen Infrastruktur ist es die Aufgabe der ENERVIE, die zuverlässige Versorgung mit Energie und Wasser für die Menschen in und außerhalb der Region Südwestfalen sicherzustellen. ENERVIE verfolgt die Strategie der Regionalität weiter. Damit wird ein umfassender Beitrag zur Gestaltung der Energiewende vor Ort, erneuerbare Energien, Versorgungssicherheit, neuen Produkten und Dekarbonisierung der Energieversorgung geleistet. Effizienzsteigerung durch Digitalisierung und Automatisierung wird die ENERVIE weiter vorantreiben. Obwohl die ENERVIE eine klare Ausrichtung hat, kann sie, wie weite Teile der gesamten Volkswirtschaft, die Folgen des Russland-Ukraine-Krieges, der Pandemie, der Energiepreisentwicklungen, der Engpässe auf den Zulieferermärkten und damit die weitere Entwicklung für die ENERVIE Gruppe nur unzureichend in Gänze absehen. Die Prognose für das Geschäftsjahr 2022 ist deshalb im Vergleich zu den Vorjahren weiterhin mit größeren Unsicherheiten verbunden. Auf Grundlage der bestehenden Konzernstrategie hat die ENERVIE im Jahr 2021 strategische Ziele für die ENERVIE Gruppe entwickelt. Diese definieren Leitplanken für die künftige Weiterentwicklung aller Bereiche/Gesellschaften sowie der Gruppe insgesamt mit dem Ziel, den wirtschaftlichen Erfolg im Markt und die Rolle in der Region mittel- und langfristig zu sichern bzw. auszubauen. Grundlage der Überlegungen sind die Erwartungen an die Entwicklung der Energiewirtschaft und ihrer Regulierung, des generellen Marktumfelds und spezifisch der Region. Inhaltlich liegen den Leitplanken im Wesentlichen drei Treiber zugrunde:

- Kundenorientierte Entwicklung des Leistungsportfolios, um die Kunden (Privat, Gewerbe, Industrie und Kommunen) in der Energiewende durch günstige und nachhaltige Lösungen zu unterstützen.
- Bereitstellung und Weiterentwicklung der Infrastruktur und Erzeugungsanlagen, welche die Grundlage für effiziente künftige Energiemärkte und ein stabiles künftiges Energiesystem sind.
- Modernisierungen aller Aspekte der ENERVIE Gruppe und Weiterentwicklung der Fähigkeiten, um auch künftig wirtschaftlich und innovativ agieren zu können und ein attraktiver Arbeitgeber zu bleiben.

Die strategischen Ziele wurden Ende 2021 beschlossen. Ab 2022 wird die Umsetzung starten, ebenso wie die Kommunikation der Strategie innerhalb der Gruppe. Die Umsetzung wird durch die Bereiche/Gesellschaften verantwortet, jedoch durch die Unternehmensleitung von zentraler Stelle aktiv unterstützt und im Blick behalten.

Mittelfristplanung zeigt weiterhin einen positiven Ergebnistrend

Die Mittelfristplanung für die Jahre 2022 bis 2026 der ENERVIE Gruppe lässt auch weiterhin eine stabile und robuste Entwicklung auch unter Berücksichtigung negativer wirtschaftlicher Effekte aus der aktuellen Corona-Pandemie als auch der sehr volatilen Energiemärkte erwarten. Auch im Jahr 2022 findet kontinuierlich ein intensives Monitoring statt, um wirtschaftliche Gefahren frühzeitig zu identifizieren und bei Bedarf entsprechende Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Die Ergebnisentwicklung der Mittelfristplanung ist geprägt durch:

- ein stabiles Vertriebsgeschäft durch die positive Entwicklung neuer Produkte sowie ein Wachstum bei den Energiedienstleistungen
- steigende Deckungsbeiträge der Erzeugungsanlagen, insbesondere der GuD-Anlage in Herdecke und des Pumpspeicherwerks Rönkhausen
- zukünftig sinkende Ergebnisbeiträge des Netzgeschäfts der ENERVIE Vernetzt insbesondere unter Berücksichtigung der vierten Regulierungsperiode Gas (ab 2023) und Strom (ab 2024)
- die Auflage konkreter personeller Nachfolgekonzepte infolge des demografischen Wandels
- die im Tarifvertrag für Versorgungsbetriebe als auch im Manteltarifvertrag zu vereinbarenden und planerisch angenommenen Gehaltsentwicklungen
- Zuführungen zu Pensionsrückstellungen, die das Ergebnis im Mittelfristzeitraum weiterhin - aber zukünftig abnehmend - belasten
- verbesserter Zinskonditionen im Rahmen der durchgeführten Refinanzierung sowie der planmäßigen Tilgung des Aktionärsdarlehens, verbunden mit reduzierten Zinszahlungen

Im Planungszeitraum sind angemessene, konstante Dividendenzahlungen vorgesehen. Die am 13. Dezember 2021 gebilligte Planung sieht für das Geschäftsjahr 2022 der ENERVIE- ein EBT in Höhe von 51,0 Mio. € vor. Das sehr gute Ergebnis des Geschäftsjahres 2021 und der positive Ergebnistrend der Mittelfristplanung führen dazu, dass die Eigenkapitalquote auf Basis des wirtschaftlichen Eigenkapitals und unter Berücksichtigung der geplanten Tilgung des Aktionärsdarlehens im Jahr 2022 die Quote von 70 Prozent nicht unterschreitet und bis 2026 kontinuierlich weiter ansteigen wird. Die Pensionsrückstellungen werden sich dagegen aufgrund des niedrigen Zinsniveaus weiter erhöhen. Das Anlagevermögen wird sich aufgrund der planmäßigen Abschreibungen vermindern. Insgesamt erwartet die ENERVIE für das Geschäftsjahr 2022 trotz des aktuellen RusslandUkraine-Krieges eine unverändert solide Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Situation und der am 13. Dezember 2021 durch den Aufsichtsrat gebilligten Mittelfristplanung geht die ENERVIE von einer ausreichenden Liquiditätsausstattung im Planungszeitraum aus.

Organe und deren Zusammensetzung

Dargestellt wird die Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen für das Jahr 2021.

Vorstand

In dem Vorstand ist die Stadt Lüdenscheid nicht vertreten.

Aufsichtsrat

Besetzung bis zur außerordentlichen Hauptversammlung im Januar 2021

Mitglieder
RH Björn Schöttler
RH/BM Sebastian Wagemeyer
RF Kerstin Petereit-Fredl

Besetzung nach außerordentlichen Hauptversammlung im Januar 2021

Mitglieder
RH/BM Sebastian Wagemeyer
RH Björen Schöttler
RH Jens Voß
RH Jürgen Appelt

Der Aufsichtsrat besteht insgesamt aus 21 Mitgliedern. Der Stadt Lüdenscheid stehen vier Aufsichtsratsmandate zu. Stellvertreter/innen werden nicht bestellt.

Hauptversammlung

In geraden Jahren stimmberechtigte/r Vertreter/in	In ungeraden Jahren stimmberechtigte/r Vertreter/in
RF Verena Szermerski-Kasperek	RH Norbert Adam
Stellvertretung: RH Norbert Adam	Stellvertretung: RF Verena Szermerski-Kasperek

Beirat

Mitglied
RF Verena Szermerski-Kasperek

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Der Anteil der Frauen im Aufsichtsrat als ordentliche Mitglieder zum 31.12.2021 beträgt 0 (0,0%).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % bei den ordentlichen Mitgliedern nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Erstellung eines Gleichstellungsplans nach § 5 LGG entfällt, da die Gesellschaft unter 20 Beschäftigte hat. Gemäß § 5 Abs. 1 LGG besteht die Verpflichtung zur Aufstellung des Gleichstellungsplanes nur für jede Dienststelle mit mindestens 20 Beschäftigten.

3.4.1.10 Kunststoff-Institut für die mittelständische Wirtschaft GmbH

Basisdaten

Anschrift	Karolinenstraße 8 58507 Lüdenscheid
Gründungsjahr	1988
Grundkapital	450.000,00 €

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist insbesondere in den Bereichen Kunststofftechnik und Formenbau die Forschung, die Förderung von neuen Technologien und von Innovation, der Technologietransfer und die Personalqualifikation. Hierzu gehören vor allem die Errichtung und der Betrieb eines Kunststoff-Institutes sowie das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen sowie Produktion von Prototypen, Musterteilen und Kleinserien. Die Gesellschaft kann durch Kooperationsvertrag als Institut an der Fachhochschule Südwestfalen gem. § 29 Abs. 5 Hochschulgesetz NRW geführt werden.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Förderung von Forschung, neuen Technologien, Innovationen und Technologietransfer gehören zu den öffentlichen Aufgaben im Bereich der Wirtschaftsförderung. Für ihre Projekte hat die Gesellschaft öffentliche Zuschüsse vom Land NRW, aus Mitteln des Bundes und von der europäischen Union erhalten.

Beteiligungsverhältnisse

Beteiligung der Stadt	108.000,00 € = 24,00 %
Weitere Gesellschafter:	
Trägersgesellschaft Kunststoffinstitut Lüdenscheid e.V.	342.000,00 € = 76,00 %

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Finanzbeziehungen der KIMW GmbH zur EGC GmbH bestehen wie folgt:

- Aufwendungen in Höhe von 132,5 T€ für Mieten, Bewirtung, Dienstleistungen.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	T€	T€	T€		T€	T€	T€
Anlagevermögen	1.451,1	1.608,1	-157,1	Eigenkapital	1.461,3	1.457,4	3,9
Umlaufvermögen	1.922,4	1.281,3	641,1	Sonderposten	23,1	19,1	4,0
				Rückstellungen	220,3	182,2	38,0
				Verbindlichkeiten	1.780,5	1.339,5	441,1
Aktive Rechnungsabgrenzung	140,5	153,3	-12,8	Passive Rechnungsabgrenzung	28,7	44,5	-15,8
Bilanzsumme	3.513,9	3.042,7	471,2	Bilanzsumme	3.513,9	3.042,7	471,2

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Bürgschaften bestehen nicht zum 31.12.2021.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	T€	T€	T€
1. Umsatzerlöse	4.374,8	4.182,7	192,1
2. sonstige betriebliche Erträge	613,2	245,7	367,5
3. Materialaufwand	0,0	0,0	0,0
4. Personalaufwand	2.054,1	2.102,8	48,7
5. Abschreibungen	367,1	656,6	289,4
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	2.547,7	2.156,1	-391,6
7. Finanzergebnis	-21,2	-14,5	-6,7
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	-2,2	-501,6	499,5
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	3,9	-501,6	505,5

Kennzahlen

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	%	%	%
Eigenkapitalquote	42,2	48,5	-6,3
Eigenkapitalrentabilität	0,3	-34,4	34,7
Anlagendeckungsgrad 2	172,1	125	70
Verschuldungsgrad	136,9	104,4	32,5
Umsatzrentabilität	0,1	-11,3	11,4

Personalbestand

Im Berichtsjahr 2021 betrug die Zahl der Beschäftigten 46 (Vorjahr 45).

Geschäftsentwicklung

Es wird hier die Berichterstattung der Gesellschaft aus dem Lagebericht 2021 dargestellt.

Grundlagen der Gesellschaft

Geschäftsmodelle des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist nach wie vor insbesondere in den Bereichen Kunststofftechnik und Formen-/Werkzeugbau die Forschung, die Förderung von neuen Technologien und von Innovation, der Technologietransfer und die Personalqualifikation zu sehen. Hierzu gehören vor allem der Betrieb des Kunststoff-Institutes sowie das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen sowie Produktion von Prototypen, Musterteilen und Kleinserien. Darüber hinaus werden öffentlich geförderte Projekte vom Institut oder deren Projektunternehmen ausgehoben und umgesetzt.

Forschung und Entwicklung

Gegenstand der Entwicklungstätigkeit ist der weitere Ausbau der Verbundprojekte und zahlreicher F&E Projekte die sich aus EU-, Bundes- und Landesfördermitteln zusammensetzen. Bei den Firmenverbundprojekten ist nach wie vor ein großes Interesse zu verzeichnen, obwohl auch hier Corona bedingt einige Rückgänge zu verzeichnen sind.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Auch das Jahr 2021 stand nach wie vor unter großem Einfluss der Pandemiebedingten Veränderungen und damit zusammenhängenden Verordnungen. Es war zum einen geprägt von der fortgeführten, breiten und teilweise äußerst emotional geführten Debatte über Kunststoffe und ihre Auswirkungen auf Mensch und Umwelt. Zum anderen wirkt sich die aktuell schwierige Wirtschaftslage wichtiger Kundenindustrien der Kunststoffverarbeiter, u.a. der Automobilindustrie und des Maschinenbaus, auf die Konjunktur und das Geschäftsklima des Industriezweigs aus.

Der Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV) zog in seiner Jahreswirtschaftspressekonferenz am 2. März 2022 die Bilanz der Kunststoffverarbeitung in Deutschland für das Jahr 2021. Der Branchenumsatz ging zwar um gut 12 Prozent auf 69,4 Milliarden Euro nach oben, die Ergebnisse der Unternehmen stünden aber unter starkem Druck.

Der Branchenumsatz der deutschen Kunststoffverarbeitung stieg im vergangenen Jahr um 12,6 Prozent auf 69,4 Mrd. Euro. Dennoch sehen sich die Unternehmen unter starkem Ergebnisdruck. Gründe dafür seien die Kostensteigerungen bei Rohstoffen und Energie sowie die Lieferverzögerungen und dadurch bedingte Auftragsaussetzungen. Insgesamt wurden 2021 in Deutschland 15 Millionen Tonnen (ein Plus von 5,6 Prozent) Kunststoffe verarbeitet, davon 2,2 Millionen Tonnen recycelte Kunststoffe. Die Anzahl der Beschäftigten ist mit knapp 322.000 stabil. Die bereits für 2019 festgestellte Ambivalenz zwischen Zuversicht und Unsicherheit bei den Unternehmen hat sich unter dem Eindruck der Corona-Pandemie noch verstärkt.

Der wirtschaftliche Ausblick auf das Jahr 2022 bleibt sehr gemischt und mit hohen Unsicherheiten bezüglich Kosten und Verzögerungen verbunden. Auch wenn die Hälfte der Unternehmen Umsatzzuwächse erwartet, rechnet gut ein Viertel mit weiter sinkenden Ergebnissen, zeigt die GKV-Umfrage unter den Mitgliedern. In der Konsequenz denken etliche Unternehmen über Produktionsverlagerungen oder-einstellungen bis hin zur kompletten Betriebsaufgabe nach.

Mit fatalen Folgen für die Wirtschaft insgesamt, warnt Roth: "Die Politik muss die staatlichen Aufschläge auf die Energiepreise dringend zurückfahren. Das Vorziehen der EEG-Reform kann nur ein erster Schritt sein. Eine Senkung der Stromsteuer und eine Entbürokratisierung der Regelung für den nationalen CO2-Preis müssen folgen."

Trotz der unsicheren wirtschaftlichen Lage hält die Industrie an den Zielen Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz fest. Allerdings bremsen die hohen Kosten die Investitionsbereitschaft. Der

Umfrage zufolge liegen dringend erforderliche Investitionen in Energieeffizienz, Klimaschutz, Modernisierung der Produktion und Digitalisierung derzeit auf Eis.

Geschäftsverlauf

Die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2021 (4.375 T€) sind gegenüber dem Vorjahr (4.183 T€) um ca. 4,6 % gestiegen..

Die Hauptursache für die deutliche Ergebnisverbesserung ist sicherlich die Umsatzsteigerung, die Kostensenkung bis hin zu Einsparungen über Kurzarbeit aber auch die Inanspruchnahme von Überbrückungshilfen (256 T€). Zusätzlich wurde im Vorjahr das Jahresergebnis durch die Abschreibung auf die Tochtergesellschaft KISW KG in Höhe von 287 T€ negativ belastet.

Lage

Die Lage des Unternehmens ist nach wie vor geprägt von dem breit gefächerten operativen Geschäft. Die wirtschaftliche Gesamtsituation der Kunststoffindustrie kann als deutlich weniger stabil beschrieben werden als in den Vorjahren - trotz der Abdeckung der Arbeitsgebiete in mehreren Branchen, ist die wirtschaftliche Situation des Instituts als rückläufig/schwierig zu bezeichnen. Der gute Jahresausklang in 2021 wurde leider durch die Kriegssituation zu Beginn des Jahres wieder in Mitleidenschaft gezogen und die Auswirkungen sind Stand heute noch nicht abzusehen.

Zudem kam erschwerend zum Jahreswechsel die Sperrung der wichtigsten Nord-Süd Verbindung Deutschlands (Sperrung der Rahmedetalbrücke) hinzu, so dass es für alle Mitarbeiter und vor allen Dingen auch den Kunden sehr schwer fällt, in die Innenstadt Lüdenscheid zu gelangen.

Der wichtigste Pfeiler der Innovationskraft ist das Team hochqualifizierter Mitarbeiter. Hierbei spielt die Auswahl der Mitarbeiter eine Rolle, die über ein sehr hohes Engagement und Erfahrungswissen verfügen.

Ertragslage

Die Personalkosten sind durch weitere Personalverschiebungen, den eingeleiteten Personalabbau sowie den freiwilligen Lohnverzicht bis zum Mitte 2021 reduziert worden. Zudem wurde dann bis Juni in den einzelnen Bereichen die Möglichkeit Kurzarbeit wie im Vorjahr anzumelden genutzt, wo es ging. Die Personalkosten sind demzufolge nur noch um 49 T€ gegenüber 2020 gesunken. Die bereinigte Personalaufwandsquote beträgt, unter Berücksichtigung von bezogenen Dienstleistungen aus anderen KIMW-Gesellschaften in Höhe von 1.105 T€ (Vorjahr 645 T€), 72,2% (Vorjahr 65,7%). Die Umsatzsteigerungen und weiteren Kosteneinsparungen konnten das Jahresergebnis stabilisieren – die Umsatzrentabilität liegt in 2021 bei 0,1% (Vorjahr -11,99%).

Die Abschreibungen sinken um 2 T€ auf 367 T€. Ein Teil der Anlagegüter wird jedoch vermietet bzw. entgeltlich zur Nutzung überlassen, so dass diesem Aufwand Erträge gegenüberstehen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (ohne bezogene Fremdleistungen) konnten um 71 T€ reduziert werden.

Finanzlage

Die Finanzlage ist als stabil zu bezeichnen. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen.

Der Cashflow I betrug demnach zum 31.12.2021 371 T€ (Vorjahr 155 T€), welcher durch den Jahresüberschuss zzgl. Abschreibungen definiert ist.

Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr stabilisiert. Die Struktur des kurz- und langfristig gebundenen Vermögens und die Verbindlichkeiten werden aufgrund der Erfahrungen im Finanzierungsbereich stabil gehalten. Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr auf T€ 3.514 erhöht (+ 471 T€).

Das Anlagevermögen verminderte sich zum 31.12.2021 um 155 T€ auf 1.346 T€. Zugängen in Höhe von 262 T€ standen Abschreibungen in Höhe von 367 T€ und Abgänge von 50 T€ gegenüber.

Forderungen gegenüber Kunden sind im Gegensatz zum Vorjahr auf 535 T€ gesunken (- 8 T€). Die sonstigen Vermögensgegenstände, welche im Wesentlichen aus Forderungen aus Förderprojekten (98 T€) und Darlehen gegenüber der KIMW-Q (469 T€) entsprechen, sind um 194 T€ auf 615 T€ gestiegen und betreffen im Wesentlichen die Darlehensvergabe an die KIMW-Q (180 T€).

Die liquiden Mittel bei Kreditinstituten sind aufgrund der Auszahlung des KFW-Kredites (810 T€) gestiegen. Die liquiden Mittel betragen per 31.12.2021 746 T€ (+441 T€).

Die Eigenkapitalausstattung ist weiterhin gut. Zum 31. 12.2021 betrug das Eigenkapital 1.461 T€ (Vorjahr: 1.457 T€). Die Eigenkapitalquote lag somit bei 42 % (Vorjahr 48 %).

Die Rückstellungen lagen mit 220 T€ (+38 T€) etwas über dem Wert des Vorjahres, was im Wesentlichen aus Rückstellungen auch für den Überbrückungskredit resultiert.

Die Verbindlichkeiten sind im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, welche per 31.12.2021 1.780 T€ betragen (+441 T€). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus höheren Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (618 T€) und steht im Zusammenhang mit am Anstieg der liquiden Mittel (KFW-Darlehen).

Finanzielle Leistungsindikatoren

Für einen Dienstleistungsbetrieb ist die Personalaufwandsquote (hier: Personalkosten und bezogenen Dienst/Fremdleistungen im Verhältnis zum Umsatz) immer sehr aussagekräftig, Diese Kennzahl hat sich von 65,7 % auf 72,2 % erhöht. Historisch gesehen lag die Personalintensität bei ca. 70 %.

Nicht-Finanzielle Leistungsindikatoren

Das Kunststoff-Institut arbeitet nicht nur für seine Mitgliedsfirmen, sondern hat einen aktiven Kundenstamm von ca. 1.500 Unternehmen vorwiegend aus Europa, von denen sehr viele schon über Jahre Geschäftsbeziehungen zum KIMW pflegen. In einem Turnus von 3 Jahren werden die Kunden auf Ihre Kundenzufriedenheit angeschrieben und können dann über Multiple Choice schnell Antworten geben oder natürlich über die Homepage jederzeit Punkte ansprechen. Darüber hinaus wird bei jeder Veranstaltung im Institut ein Fragebogen mit der Beurteilung und Optimierungsvorschlägen abgefragt.

Die nach der Umfrage bei der Trägergesellschaft neu aufgelegten Dienstleistungsbereich (Umwelt/Nachhaltigkeit und Consulting/F&E) gestalten sich gut und insbesondere der Bereich Nachhaltigkeit erfreut sich steigender Anfragehäufigkeit.

Das Themenfeld Umwelt & Nachhaltigkeit gewinnt somit weiter an Bedeutung und wird noch weiter personell verstärkt.

Das Durchschnittsalter der Mitarbeiter des Instituts liegt aktuell bei 30,8 Jahren und die Firmenzugehörigkeit reicht rauf bis auf über 30 Jahren, wobei die Bereichsleiter alle zwischen 5 und 25 Jahren am Institut tätig sind. Der Krankenstand betrug leicht erhöht zum Vorjahr 4,1% und liegt damit nur noch etwas unter dem Bundesdurchschnitt von 4,3%. Der Resturlaub beträgt einen unteren zweistelligen Wert. Die Fluktuation war in 2021 und Anfang 2022 höher als in den vorangegangenen Jahren. Dies liegt eindeutig an der dramatischen Verkehrssituation um Lüdenscheid herum. Gepaart mit der Explosion der Spritpreise und deutlich längeren Anfahrtszeiten, haben einige Mitarbeiter gekündigt. Bereits seit März 2022 gibt es deshalb neben dem deutlich ausgebauten HomeOffice Angebot noch ein Büro in Schwerte für die Mitarbeiter nördlich aus Lüdenscheid. Dieses Angebot wird zusehends angenommen und zeitgleich werden in Lüdenscheid Büroflächen anderweitig vermietet.

Gesamtaussage

Die in 2020 für das Wirtschaftsjahr 2021 getätigten Prognosen konnten im Wesentlichen verbessert und der „Talflug“ erfolgreich gestoppt werden. Der geschäftliche Verlauf kann gut in diesem Klimaindex zusammengefasst werden und zeigt deutliche Differenzen zum Jahr 2020:

Die eher negative Geschäftsentwicklung konnte deutlich reduziert werden und somit konnte auch das Gesamtergebnis 2021 wieder in positive Gefilde platziert werden.

Der Fachkräftemangel nimmt derweil noch dramatischere Folgen an, sodass neben wirtschaftlichen Aspekten auch die Zukunftssicherung durch qualifiziertes Personal einen ebenso hohen Stellenwert einnehmen wird. Laut einer Umfrage des GKV, die Anfang Januar 2022 wiederholt wurde, hat sich in Deutschland, Österreich und der Schweiz an 30 Universitäten und Hochschulen, die Studienfächern im Bereich der Kunststofftechnik anbieten, die Anzahl der Studierenden im Durchschnitt auf 30 und 50% im Vergleich zu den Jahren 2018 und 2019 stabilisiert. Die Auswirkungen auf die zukünftige Arbeitsmarktsituation ist schwer abzuschätzen, wird sich aber auf jeden Fall in 2-3 Jahren geballt bemerkbar machen.

Prognosebericht

Der Krieg in der Ukraine hat dramatische Auswirkungen im privaten Bereich der Mitarbeiter aber auch auf die Geschäftstätigkeit des Instituts. Weniger, weil es direkte Geschäfte mit der Ukraine oder Russland gibt, sondern weil zahlreiche Kunden insbesondere aus der Automobilindustrie von Lieferengpässen betroffen sind.

Das „Force majeure“ Problem weitet sich in alle Segmente weiter aus und behindert mögliches Wachstum inmitten von Corona enorm. In allen Bereichen der Materiallogistik stehen die Räder still und die Chipkrise zieht immer weitere Kreise. Aufgrund der starken Umwälzungen im Bereich der Kunststoffindustrie, die durch politische und gesellschaftliche Diskussionen, Strömungen und damit verbundene Rahmenbedingungen in Deutschland und im europäischen Ausland lassen negative Effekte für die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten in der Kunststoffbranche erwarten. Hiervon merklich jetzt schon betroffen sind die Bereiche Automobil- und Zuliefererindustrie. Dies spiegelt sich auch in allen Indices, wie Geschäftslage, Produktions- und Nachfrageentwicklung etc. auf Basis des Geschäftsklimas im Dezember 2021 in der Kunststoffverarbeitung wider (Angaben GKV). Alle Indices zeigten erneut teils deutlich ins Minus. Wichtige andere Sparten wie die Elektroindustrie und der Maschinenbau bleiben ebenfalls unter Druck.

Die Anfrageaktivität wird mehrheitlich als schlecht eingestuft und belastet somit deutlich die Zukunftserwartungen.

Ausgehend von den branchenspezifischen Geschäftserwartungen für 2022 wurde ausgehend von dem Jahresergebnis 2021 eine reduzierte Umsatzerwartung bei weiteren Kostenreduzierungen angenommen. Der eingeschlagene Weg der Kostenkonsolidierung wird weiterverfolgt.

Zu Beginn des Jahres 2022 beurteilt das Institut gerade wegen der zusätzlich schwierigen Marktsituation (Krieg, A45 und nach wie vor Corona) die voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens sehr verhalten positiv. Es gibt einige Branchen die nun nach der Pandemie wieder die Produktion hochfahren, aber immer noch durch Materialengpässe oder Schwierigkeiten in der Lieferkette ausgebremst werden.

Im Zuge der Corona-Krise veränderte sich seit Winter 2020 der Markt in nie gekannter und dramatischer Weise. Aufgrund von behördlichen Verordnungen, wie Kontaktsperrungen oder Verbote zur Durchführung von Präsenzveranstaltungen sind komplette Dienstleistungsbereiche, wie die Aus- und Weiterbildung oder verfahrenstechnische Beratungen vor Ort innerhalb weniger Tage auf nahezu null zurückgegangen. Kurzfristig eingeleitete Angebote, wie Webinare, werden bisher nur vereinzelt angenommen und tragen nicht zu einer signifikanten Umsatzkompensation bei.

Aus diesem Grund gehen wir aktuell in diesem Jahr von einem gegenüber dem Wirtschaftsplan 2021 von einem weiteren geringeren Umsatzrückgang aus, der eventuell nach Beendigung des Krieges kompensiert werden kann.

Die Gesellschaft ist nach wie vor nicht auf Gewinnorientierung ausgerichtet, sondern soll sich selbst tragen.

Das Kunststoff-Institut für die mittelständische Wirtschaft GmbH wird auch zukünftig in der Lage sein, den Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Sämtliche Verbindlichkeiten können stets innerhalb der Zahlungsziele beglichen werden. Der Personalaufwand hat sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich verringert. Die Beschäftigungslage ist momentan aufgrund der Corona-Auswirkungen als labil zu bewerten.

Chancen- und Risikobericht

Risikobericht

Potenzielle Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft beeinflussen könnten, kompensieren wir durch überschaubare und schlanke aber effiziente betriebliche Strukturen, sodass wir auf sich abzeichnende Risiken zeitnah angemessen reagieren können. Aus diesem Grunde wurden 2021 verstärkte Aktivitäten im Bereich der Akquise, der internen FuE-Tätigkeiten und der Beantragung von Förder- und Netzwerkprojekten initiiert und vor allen Dingen der Bereich „Nachhaltigkeit“ mit zahlreichen Angebote ausgebaut.

Unabhängig der oben erwähnten Aktivitäten überschattet die Corona-Krise gepaart mit der Ukraine-Krise alles. Verlässliche Prognosen, wann der Markt wieder in geregelten Bahnen verlaufen wird, sind nicht belastbar zu tätigen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist davon auszugehen, dass alle Aktivitäten im Bereich der Aus- und Weiterbildung (Seminare, Fachtagungen, firmenspezifische Schulungen) frühestens im Herbst 2022 auf niedrigem Niveau anlaufen werden. Erste vereinzelte neue Anfragen für firmenspezifische Schulungen konnten nun zu Beginn des Jahres umgesetzt werden, aber ein Vorlauf ist derzeit nur bis Juni 22 zu verzeichnen.

Die anderen Dienstleistungsbereiche liegen derzeit zwischen 10–30% unter den Planzahlen, jedoch ist die Anfragetätigkeit nach letztjähriger Schockstarre als leicht positiv zu bewerten. Verstärkt werden Anfragen zur Materialauswahl und größeren Entwicklungsprojekten an uns herangetragen. Aufgrund der verstärkten Home-Office Tätigkeiten nehmen die unternehmensspezifischen Beschaffungsprozesse (Bestellung) einen längeren Zeitraum als üblich ein.

Perspektivisch ist nach dem Überwinden der Corona-Krise davon auszugehen, dass dann die vorher aktuellen Themen (Umwelt, Recycling, Circular economy, Verlagerungen von Produktionen etc.) schnell wieder einen großen Raum einnehmen werden. Daher muss auch mittelfristig die strategische Ausrichtung und Perspektive des Instituts weiterverfolgt und durch gezielte Maßnahmen umgesetzt werden. Aus diesem Grund wurde eine Mitarbeiterin mit der Ausbildung „Nachhaltigkeit mit materialentwicklungstechnischem Hintergrund“ sehr erfolgreich eingestellt und den Kunden des Instituts vorgestellt.

Der schon erwähnte Fachkräftemangel wird in der Kunststoffbranche zukünftig zu noch massiveren Mitarbeiterfluktuation führen, wenn sich die Beschäftigungslage im Herbst 22 (aber nur bei Kriegsende) stabilisieren sollte. Um diesen Effekt zu begegnen, muss sich dies auch mittelfristig in der Gehaltsstruktur des Instituts widerspiegeln. Andernfalls steht zu befürchten, dass keine nachhaltige Weiterentwicklung des Institutes aufgrund nicht zur Verfügung stehender qualifizierter Mitarbeiter umsetzbar ist.

Dieser Sachstand ist ein quasi ein Dauerzustand der aber sehr zeitnah behoben werden muss, um die Mitarbeiter demnächst noch halten zu können.

Chancenbericht

Zur Stabilisierung der Situation werden wir weiterhin die Kunden- und Projektakquise forcieren. Besondere Schwerpunkte werden auf die Entwicklung neuer Technologien und Dienstleistungen gelegt, die sich insbesondere mit Themen im Bereich Umwelt, Recycling und Circular Economy beschäftigen.

Zudem wurden zahlreiche neue Geschäftsfelder, aber auch Geschäftsmodelle erarbeitet, die nun langfristig eine bessere Grundfinanzierung des Instituts ermöglichen sollen. Neue Branchen wie Optik und Medizintechnik wurden erfolgreich gestartet und versprechen neue Kunden und neue Projektmöglichkeiten.

Das Thema Nachhaltigkeit wird mit einem Großprojekt von immerhin 8 Mio. € neu untermauert und nennt sich „Werkstoffforum der Zukunft“ (kurz WdZ). Der ehemalige Antrag wurde überarbeitet und hat mittlerweile den 3. Stern der Förderung erreicht. Die Bewilligungsbehörde BAFA wird bis Ende Juni ihre Einschätzung abgeben und eventuell könnte das Projekt noch in 2023 starten:

In diesem Forum sollen die folgenden 4 Schwerpunkte adressiert werden und für das Institut neue Beschäftigungsfelder eröffnen:

- Die Integration des Know-How's der Kreislaufwirtschaft und der Umweltverbände und der Kunststoffindustrie in den Wertschöpfungszyklus
- Die nachhaltige Steigerung des technischen Recyclings und der Reduktion von Siedlungsabfällen. Hier wird die sortenreine Trennung der Werkstoffe schon in den Haushalten eine zentrale Rolle spielen
- Die Nutzung von substituierfähigen Werkstoffen (Papier, Algen, Kombination verschiedenster Biomaterialien) neben den biobasierten Werkstoffen soll Vorrang haben
- Adaptierung und Vergabe eines Gütesiegels

Das Verbundprojekt „Papierspritzguss“ ist derzeit in der Akquisephase des 3.ten Projekts, da der erste Aufschlag im Jahr 2020 sehr erfolgreich war. Zudem wurde das Institut von einem Start-Up in diesem Bereich beauftragt, die komplette Materialentwicklung und den späteren Produktionsaufbau zu begleiten. Das Interesse an dem Thema ist trotz der Corona-Krise hoch und führt auch in diesem Fall zu Kundenrückfragen aus Branchen zu denen bisher kein Kontakt bestand. Diese Tatsache zeigt, dass auch mit diesem Thema der Kundenbedarf gut getroffen wird. Derzeit bietet das Kunststoff-Institut diese Thematik mit Alleinstellungsmerkmal an. Hier wird auch das neue Verbundprojekt „In 365 Tagen zur Nachhaltigkeit“ sicherlich einen Beitrag leisten können.

Das Thema Recycling, Papierspritzguß, Nachhaltigkeit und einige andere neue Themen treffen den Nerv der Zeit und können auch in der schwierigen Phase am Markt gut positioniert werden. Es zeigt hier auch wieder, dass gute Themen auch in schwierigen Zeiten positioniert werden können.

Die Weiterentwicklung der internen Technologieprodukte (siehe Risikobericht) wird weiter vorangetrieben und die zielgerichteten Vertriebstätigkeiten forciert.

Der Bearbeitungsstand der aktuell in 2021 eingereichten zwei Netzwerkanträge (Optik und Medizintechnik) ist mittlerweile bewilligt und in die 2. Phase gegangen. Ein weiteres Netzwerk für neue Materialentwicklung ist in der Beantragung wird hoffnungsfroherweise auch zeitnah bewilligt.

Im Bereich der Aus- und Weiterbildung werden derzeit gezielt digitale Seminarformate vorbereitet und umgesetzt um kurzfristig auf die geänderte Marktsituation zu reagieren, jedoch sind auch Anfang des Jahres die Präsenzveranstaltungen gut besucht worden, jedoch dann wieder durch die Ukraine Krise eingebrochen.

Die eingeleiteten Konsolidierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen, gepaart mit neuen Technologiethemata und Geschäftsmodellen sowie in Verbindung mit den öffentlich geförderten Projekten bilden einen wichtigen Baustein die Einnahmensituation kurzfristig abzusichern und mittelfristig den finanziellen und technologischen Turnaround zu schaffen. Einnahmen über Lizenzen oder Provisionsvereinbarungen werden in Zukunft dabei eine größere Rolle spielen.

Gesamtaussage

Die bisherige Ausrichtung und Arbeitsweise des Institutes bedarf aufgrund des sich abzeichnenden systemischen Strukturwandels, der viele Bereiche der Kunststoffbranche schon oder zukünftig erfassen wird, ein Umdenken. Umwälzungen im Bereich der gesellschaftlichen Wahrnehmung und Akzeptanz von Kunststoffen und damit verbundene neue ordnungspolitische Rahmenbedingungen, die Verlagerung von Produktionen ins Ausland und damit zu erwartenden Veränderungen in der gesamten Zuliefererkette, die Digitalisierung sowie der immer prekärer werdende Fachkräftemangel stellen uns genauso wie die gesamte technisch orientierte Dienstleistungsbranche vor enorme Herausforderungen. Bisher erfolgreiche Geschäftsmodelle müssen kritisch hinterfragt und die strategische Ausrichtung des Institutes den neuen Rahmenbedingungen angepasst werden. Aufgrund der sehr dynamischen Umwälzungs- und Veränderungsprozesse müssen darauf schnelle und innovative Antworten gefunden werden. Dies wird sich zukünftig auch auf die Mitarbeiterstruktur sowohl in Anzahl als auch in fachlicher Qualifikation widerspiegeln.

Die Kernpunkte des Instituts verschieben sich somit deutlich in Richtung der Nachhaltigkeit und Neuentwicklung von Materialien denn ab 2018 steht der Kunststoff in der Kritik und der Werkstoff wird somit zum Substitutionswerkstoff. Es muss zukünftig der Werkstoff Kunststoff nur noch dort eingesetzt werden, wo er absolut sinnvoll ist. Allerdings muss damit verknüpft sein, dass es einen nachvollziehbaren Kreislauf gibt und der Werkstoff wieder verwendet wird.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Liquiditätssituation ist zum jetzigen Zeitpunkt auch durch die Liquiditätsdarlehen ausreichend. Erforderliche Investitionen sind auch aufgrund der Geschäftsentwicklung 2021 für 2022 auf ein erforderliches Minimum reduziert. Alle anderen Kostenpositionen (außer Personal) wurden schon im Wirtschaftsplan 2022 auf das Wesentlichste reduziert. Zur Einhaltung der Kostendisziplin wurden geeignete Prozesse implementiert.

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die Gesellschaft verfügt über einen solventen Kundenstamm. Forderungsausfälle sind bisher die absolute Ausnahme, können aber aufgrund der aktuellen Corona-Situation zukünftig nicht ausgeschlossen werden.

Verbindlichkeiten werden überwiegend innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

Im kurzfristigen Bereich finanziert sich die Gesellschaft überwiegend mittels Lieferantenkrediten und über Kreditlinien verschiedener Banken.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Management der Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen. Zur Minimierung von Ausfallrisiken verfügt das Unternehmen über ein adäquates Debitorenmanagement. Zudem besteht eine Warenkreditversicherung. Darüber hinaus wird sich vor Eingehung einer wesentlichen neuen Geschäftsbeziehung stets über die Bonität der Kunden informiert.

Organe und deren Zusammensetzung

Dargestellt wird die Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen für das Jahr 2021.

Geschäftsführung

In der Geschäftsführung ist die Stadt Lüdenscheid nicht vertreten.

Aufsichtsrat

Mitglieder

BM Sebastian Wagemeyer

Herr Daniel Florian Kahler

Herr Thomas Kruber

Der Aufsichtsrat besteht insgesamt aus 11 Mitgliedern. Acht Mitglieder werden durch die Trägergesellschaft entsendet und drei Mitglieder werden vom Rat der Stadt Lüdenscheid bestellt und abberufen. Zu den Mitgliedern muss der/die Bürgermeister/in der Stadt Lüdenscheid oder ein von ihm/ihr vorgeschlagene/r Beamtin/Beamte oder Angestellte/r der Gemeinde zählen.

Gesellschafterversammlung

In geraden Jahren stimmberechtigte/r Vertreter/in	In ungeraden Jahren stimmberechtigte/r Vertreter/in
RH Manuel Bunge	RH Björn Weiß
Stellvertretung: RH Björn Weiß	Stellvertretung RH Manuel Bunge

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Der Anteil der Frauen im Verwaltungsrat als ordentliche Mitglieder zum 31.12.2021 beträgt 0 (0,0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % bei den ordentlichen Mitgliedern nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung. Ein Gleichstellungsplan wurde von der

Gesellschaft nicht erstellt. Da die Stadt Lüdenscheid lediglich mit 24 % am Stammkapital der KIMW beteiligt ist, hat sie nichts zu veranlassen.

3.4.1.11 Kunststiftung Lüdenscheid (nachrichtlich)

Basisdaten

Anschrift	Alte Rathausstraße 3 58511 Lüdenscheid
Gründungsjahr	2014
Stiftungskapital	727.706,43 €

Zweck der Beteiligung

Zweck der Stiftung ist die Förderung von Kunst und Kultur.

Die Stiftung erfüllt ihren Zweck durch die Förderung der bildenden Kunst, und zwar der städtischen Galerie, insbesondere durch

- den Erwerb von Kunstgegenständen, die der städtischen Galerie auf Grund unbefristeter

Leihverträge überlassen werden sollen; bei Sammlungskonvoluten soll vereinbart werden, dass Teile des Sammlungsgutes z.B. in Form von Ausstellungen der Öffentlichkeit

zugänglich gemacht werden;

- die Förderung und Unterstützung von Ausstellungen, Veranstaltungen und sonstigen Projekten (z.B. Publikationen, Förderpreise oder Stipendien) der Städtischen Galerie.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts steuerbegünstigte Zwecke der Abgabenordnung.

Beteiligungsverhältnisse

Beteiligung der Stadt	100.000,00 € = 13,74 %
Weitere Stiftungspartner:	
Eheleute Doris und Klaus Crummenerl	627.706,43 € = 86,26 %

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es bestehen keine Finanz- und Leistungsbeziehungen der Kunststiftung Lüdenscheid zur Stadt Lüdenscheid und den anderen Beteiligungsunternehmen.

Übersicht über den Stand der Entwicklung des Stiftungskapitals

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	T€	T€	T€
Stiftungskapital	727,71	466,31	
Erträge	3,57	3,48	
Aufwendungen	0,1	0,1	
Überschuss	3,4	3,3	
Rücklage zur Kapitalstärkungen	3,4	3,3	
Rücklage gesamt	12,7	9,3	

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Bürgschaften bestehen nicht.

Personalbestand

Die Stiftung beschäftigt kein eigenes Personal.

Organe und deren Zusammensetzung

Dargestellt wird die Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den Gesellschaftsorganen für das Jahr 2021.

Vorstand

Der Vorstand besteht aus drei Personen. Die Stadt Lüdenscheid wird durch Frau Dr. Susanne Conzen als Leiterin der Städtischen Galerie Lüdenscheid vertreten.

Kuratorium

Das Kuratorium besteht aus fünf Personen. Die Stadt Lüdenscheid wird durch den Ratsherrn Norbert Adam als Vorsitzenden des Kulturausschusses vertreten.

Geschäftsführung

Die Stadt Lüdenscheid wird von Frau Jessica Struckmeier als Geschäftsführerin vertreten.

3.4.2 Mittelbare Beteiligungen der Stadt Lüdenscheid zum 31.12.2021

Als wesentlich anzusehende mittelbare städtische Beteiligung wird die Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH (BBL) mit den Pflichtinhalten im Beteiligungsbericht abgebildet. Die Stadt Lüdenscheid ist aufgrund der für die BBL bestehenden Teilbeherrschungsabrede zwischen der Stadt Lüdenscheid, der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH und der ENERVIE Südwestfalen Energie und Wasser AG so gestellt, als verfüge sie über die Mehrheit der Stimmrechte an der BBL. Weitere mittelbare Beteiligungen werden im Beteiligungsbericht nicht dargestellt.

Diesen Festlegungen hat der Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung am 16.09.2021 zugestimmt.

3.4.2.1 Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH

Basisdaten

Anschrift	Lennestraße 2 58507 Lüdenscheid
Gründungsjahr	2013
Grundkapital	25.000,00 €

Zweck der Beteiligung

Unternehmensgegenstand der Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH ist der Bau, die Unterhaltung und der Betrieb von öffentlichen Hallen- und Freibädern sowie ähnlichen Freizeiteinrichtungen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH hat im Berichtsjahr 2021 die öffentliche Zwecksetzung erfüllt, die ihr von der Stadt Lüdenscheid im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge übertragen wurde.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	T€	T€	T€		T€	T€	T€
Anlagevermögen	13.976,0	14.847,2	-871,2	Eigenkapital	15.247,7	15.247,7	0,0
Umlaufvermögen	2.182,0	1.352,1	829,9	Sonderposten	0,0	0,0	0,0
				Rückstellungen	269,9	128,0	141,9
				Verbindlichkeiten	640,5	823,7	-183,2
Aktive Rechnungsabgrenzung	0,0	0,0	0,0	Passive Rechnungsabgrenzung	0,0	0,0	0,0
Bilanzsumme	16.158,0	16.199,3	-41,3	Bilanzsumme	16.158,0	16.199,3	-41,3

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Es bestehen keine Bürgschaften.

Personalbestand

Im Berichtsjahr 2021 betrug die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten 47 (Vorjahr 49).

Geschäftsentwicklung

Es wird hier die Berichterstattung der Gesellschaft aus dem Lagebericht 2021 dargestellt.

Die Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH, Lüdenscheid, im Folgenden BBL genannt, ist durch Ausgliederung des gesamten Bäderbetriebs der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH, im Folgenden SWL genannt, rückwirkend zum 1. Januar 2013 entstanden. Mit der SWL als herrschendem Unternehmen ist ein Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen worden, über den die SWL die zu erwartenden handelsrechtlichen Jahresfehlbeträge der BBL ausgleicht. Die SWL wiederum ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der ENERVIE – Südwestfalen Energie und Wasser AG, Hagen, im Folgenden ENERVIE genannt. Die ENERVIE ist der Unternehmensverbund der Mark-E Aktiengesellschaft, der SWL und der ENERVIE Vernetzt GmbH im südlichen Westfalen.

Wirtschaftsbericht

Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen

Allgemeine wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen

Am 30. Januar 2020 hatte die Weltgesundheitsorganisation WHO den internationalen Gesundheitsnotstand aufgrund des Ausbruchs der Corona-Krise ausgerufen. Seit dem 11. März 2020 stufte die WHO die Verbreitung des Corona-Virus als Pandemie ein. Die konjunkturelle Entwicklung war auch im Jahr 2021 stark abhängig vom Corona-Infektionsgeschehen und den damit einhergehenden Schutzmaßnahmen. Die deutsche Wirtschaft konnte sich trotz andauernder Pandemiesituation und zunehmender Liefer- und Materialengpässe nach dem Einbruch im Jahr 2020 erholen.

Die Wirtschaftsleistung verglichen mit dem Jahr 2019, vor Beginn der Corona-Pandemie, konnte noch nicht wieder erreicht werden. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im Jahr 2021 um 2,7 Prozent gestiegen, lag aber mit 2,0 Prozent niedriger als im Vergleich mit 2019. Seit dem 24. Februar 2022 führt Russland Krieg gegen die Ukraine („Russland-Ukraine-Krieg“). Die zukünftigen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen sind maßgeblich von der weiteren Entwicklung des Russland-Ukraine-Krieges abhängig.

Branchenentwicklung

Geändertes Freizeitverhalten in Kombination mit dem demografischen Wandel und Ganztagsunterricht führt zu Besucherrückgängen in freizeitorientierten Bädern. Betriebe aus den 80er und 90er Jahren setzen auf Angebotsvielfalt mit umfangreichen und differenzierten Wasserflächen. Die hohen Betriebskosten, resultierend insbesondere aus stark steigenden Energiekosten und hohem Personalaufwand, holen die Badbetreiber mittlerweile ein. Ein Großteil der Betriebe ist 20 und mehr Jahre alt, grundlegende Sanierungen stehen an. Freibäder sind in der Bäderlandschaft ein „emotionales“ Produkt. Obwohl nur wenige Wochen in Betrieb und von den meisten Besuchern tatsächlich nur wenige Tage des Jahres genutzt, hängt die Bevölkerung sehr an diesen Betrieben. Freibäder haben eine wichtige soziale Funktion, erforderliche Veränderungen sind entsprechend schwierig in der Umsetzung. Allerdings sollten sich auch Freibäder an ihrem Kosten-Nutzen-Verhältnis messen lassen. Das klassische Hallenbad mit seiner dreigliedrigen Nutzung (Schulen, Vereine, Öffentlichkeit) stellt in zahlreichen Kommunen die Grundversorgung für ganzjähriges Schwimmen sicher. Diese Leistung ist aufgrund des hohen Betriebsaufwandes und der bewusst sozialen Preisgestaltung grundsätzlich nicht kostendeckend darzustellen.

Waren Schulen und Vereine aus Sicht der Badbetreiber bislang häufig eher ungeliebte Gäste, hat hier ein Umdenken stattgefunden. Es wird inzwischen erkannt, dass Schulen und Vereine eine wichtige Nutzergruppe zur Sicherung der Existenz von Bäderbetrieben sind. Außerdem ist die Auslastung der Wasserfläche durch diese Gruppen wesentlich besser steuer- und damit optimierbar.

Neben den Schwimmbädern hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten ein starkes Saunangebot entwickelt. Der Schwerpunkt liegt bei Erlebnissaunen, die – mit Saunagarten und Gastronomie ausgestattet – einen mehrstündigen Aufenthalt ermöglichen. Auch wenn sich Saunanlagen von der Wirtschaftlichkeit her besser als Bäderbetriebe darstellen lassen, so arbeiten

jedoch die wenigsten Betriebe unter Vollkosten (inklusive Abschreibungen und Zinsen) kostendeckend. Die Einschätzungen basieren auf der Grundlage des Altenburg BäderReport 2019. BBL hat bereits in der Vergangenheit dieser vorgenannten Entwicklung in der Branche Rechnung getragen und gegengesteuert. Die Gesellschaft betreibt neben dem Saunadorf nur noch das Familienbad Nattenberg. Durch Schließung des Freizeitbades (Wellenbad) in der Innenstadt und gleichzeitiger Erweiterung des Standortes Nattenberg zum Familienbad ist eine Anlage entstanden, die unterschiedlichen Besucher- und Nutzergruppen ein ganzjähriges attraktives Angebot bietet, das deutlich über einer Grundversorgung im Schwimmbereich liegt. Belange der Schulen und Vereine werden ebenso abgedeckt wie der Wunsch nach einem Freibadbereich, Sportschwimmen und gesundheitsorientierter Sole. Das Saunadorf auf einer Fläche von mehr als 12.000 qm, unterschiedlichsten Saunaformen und großem Gastronomiebereich ist seit zwanzig Jahren am Markt, hat aber wie viele andere Anlagen auch mit dem demographischen Wandel zu kämpfen. Etwa 35.000 Besucher jährlich, davon rund die Hälfte von außerhalb, bestätigen trotz der starken Mitbewerber im Umfeld die Akzeptanz der Anlage, die für die Stadt Lüdenscheid weiterhin ein „Aushängeschild“ ist. Das Saunadorf wurde 2020 wieder vom Deutschen Saunabund als „5-Sterne Premiumsauna“ rezertifiziert.

Ganzheitliches Konzept für die Zukunft

Insgesamt ist der Freizeitstandort eine Destination für einen sogenannten „Third Place“, der maßgeblich zur Lebensqualität beiträgt. An einer hohen Lebensqualität haben Städte besonderes Interesse nicht nur für die eigenen Bürger, sondern auch als weichen Standortfaktor im Rahmen der Wirtschaftsförderung. Das stärkt den Mehrwert für ansässige Firmen zur Ausprägung ihrer Arbeitgebermarke. Bäder bringen einen deutlich höheren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen als es auf den ersten Blick erkennbar ist, insbesondere dann, wenn sie sinnvollerweise nicht ausschließlich der Daseinsvorsorge dienen. Ein geeigneter wissenschaftlicher Ansatz hierfür ist der ökonomische Fußabdruck.

Freizeitbetrieb neu denken – Kulturauftrag neu denken

Die Initiative Nachhaltigkeit in der Freizeitwirtschaft (INF) zeigt, dass das Freizeitangebot der Stadt maßgeblich zu ihrer Attraktivität als Wohnort und damit auch als Wirtschaftsstandort beiträgt. Schwimmbäder, Museen und Parks haben wirtschaftliches und gesellschaftliches Potential und sind Begegnungsräume, in denen sozialer Zusammenhalt gepflegt und gelebt wird. Durch Implementierung umweltfreundlicher Komponenten können öffentliche Einrichtungen eine Vorbildfunktion übernehmen.

Dieser ganzheitliche Ansatz findet sich unter dem Begriff CSR – Corporate Social Responsibility für öffentliche Unternehmen und öffentliche Betriebe wieder. Die CSR-Strategie verlangt soziales, ökonomisches und ökologisches verantwortungsvolles Handeln unter Abwägung der Interessen der Anspruchsgruppen. Die unternehmerische Nachhaltigkeit funktioniert nur als Gesamtstrategie und bedeutet eine grundlegende Neuausrichtung bzgl. Mittel und Ziele. Spa der Zukunft – der Fokus hat sich verschoben Die Nachfrage nach Wellness-Angeboten (insbesondere Nähe zur Natur) und das steigende Bewusstsein für die eigene Gesundheit sind ungebrochen. Themen wie Schlaf, Fitness und Regeneration haben in multifunktionalen „In-room Wellness“-Konzepten eine zunehmende Bedeutung. Des Weiteren sind elementare Themen wie Nachhaltigkeit, Umweltfreundlichkeit und Ressourcenschonung (bspw. Green Sauna) zu berücksichtigen. Es wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen, bis die Betreiber von öffentlichen (Groß-) Saunaanlagen ihre Investitionsvorhaben in die Tat umsetzen, obwohl jedem

Marktteilnehmer bewusst ist, dass Innovationen ein wichtiger Zukunftstreiber für die Anbieter im Markt darstellen. Der gesellschaftliche Trend – Sauna als gesunder Lifestyle – in den Saunabädern zeigt sich zwischen Erholung (Tagesurlaub vom Alltag) und Erlebnis (Eventabende) unter Berücksichtigung von hohen Qualitätsansprüchen und zur Förderung des Wohlbefindens seitens der Gäste. Die Zielgruppe der „Generation 50 plus“ ist allein aus demografischen Gründen eine immer wichtigere Zielgruppe, in dem Saunabaden als „passive Gesundheitsmaßnahme“ zur selbstfinanzierten Gesundheitsvorsorge dient. Ziel der BBL ist es, ein Sport-, Freizeit- und Schwimmangebot ortsnah in Lüdenscheid aufrecht zu erhalten und attraktive zusätzliche Angebote im Gesundheits- und Freizeitbereich anzubieten, da mit der Wohn- und Freizeitwert der Stadt Lüdenscheid weiterhin erhalten bleibt. Das Saunadorf bietet zusätzlich für (Tages)-Touristen ein attraktives Ausflugsziel nach Lüdenscheid bzw. ins märkische Sauerland, womit die sog. „Wertschöpfungskette“ in und um Lüdenscheid in der Zukunft gesteigert werden kann.

Geschäftsverlauf

Das Jahr 2021 begann mit dem seit dem 2. November 2020 bestehenden Lockdown, von dem sowohl das Familienbad als auch das Saunadorf betroffen waren. Das Familienbad durfte aufgrund einer stabilen Inzidenz von unter 50 mit einem angepassten Hygienekonzept am 11. Juni 2021 öffnen und startete direkt mit dem Beginn der Freibadsaison. In der Sommersaison besuchten gut 32.900 öffentliche Gäste das Familienbad (34.275 Gäste in 2020), die Schulen und Vereine kehrten nach dem Lockdown ebenfalls zurück, hier lag die Besucherzahl bei 5.410 (2.815 Gäste in 2020).

Insgesamt besuchten 90.812 Gäste das Familienbad (109.998 Gäste in 2020) im Jahr 2021. Der Sole- und Saunabereich des Familienbades wurde zeitgleich mit der Öffnung des Saunadorfes zum 9. September 2021 wieder eröffnet. Die Mitarbeiter des Familienbades wurden zur Wiedereröffnung im Juni aus der Kurzarbeit zurückgeholt. Das Saunadorf öffnete aufgrund der unsicheren Lage durch die Corona-Pandemie erst am 9. September 2021 seine Türen zu den uneingeschränkten Öffnungszeiten und konnte im September 1.891 Gäste begrüßen (in 2020 keine Gäste). Im Oktober lag die Besucherzahl bei 3.218 (990 Gäste in 2020). Insgesamt besuchten im Jahr 2021 in knapp vier Monaten 9.932 Gäste das Saunadorf (9.788 Gäste in 2020 bei einer Öffnungszeit von 13 Wochen, davon allerdings noch 8 Wochen in der „vor Corona-Zeit“).

Um die Einnahmeverluste zu kompensieren, wurden als Gegensteuerungsmaßnahmen neben der Anmeldung von Kurzarbeit die Kosten durch geringeren Material- und Energieeinsatz reduziert. Neben der Geschäftsführungstätigkeit für die Bäderbetrieb Kierspe GmbH hat BBL bis zum 31. Juli 2021 die Geschäftsführung für die Sport- und Freizeitbad Lindlar GmbH übernommen. Zudem wurde zum 1. Juli 2021 ein Dienstleistungsvertrag mit der Gemeinde Herscheid geschlossen für die Unterstützung beim Betrieb des Freibades Herscheid. Am 1. Dezember 2021 hat Herr Ronald Eden seine Tätigkeit als Abteilungsleiter BBL als Nachfolger von Herrn Schmidt-Werthmann begonnen. Herr Schmidt-Werthmann ist am 31. Dezember 2021 in den Ruhestand gegangen.

Sowohl im Familienbad Nattenberg als auch im Saunadorf besteht trotz Konkurrenzsituation eine starke Kundenbindung im Umfeld. Eine hohe Kundenzufriedenheit ist durch regelmäßige Besucherumfragen belegt und zeigt sich außerdem durch geringe Kundenbeschwerden. Die Gesundheit und Sicherheit der Gäste und der Mitarbeiter haben für BBL höchste Priorität. Im

Bereich des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung ist der Arbeitsschutzausschuss der BBL und deren Mitglieder von entscheidender Bedeutung und maßgebend. Im Rahmen des integrierten Arbeitsschutz- und Umweltmanagementsystems wird der Umweltschutz regelmäßig nach DIN EN ISO 14001 überprüft und zertifiziert. Neben der Aufbereitung von Schmutzwasser kommen Blockheizkraftwerke und Erdwärme zum Einsatz. Das Energiemanagement wurde nach DIN EN ISO 50001 überprüft und zertifiziert.

Gesamtbeurteilung des Geschäftsverlaufs

Die Leistungsindikatoren geben einen Überblick über den Verlauf des abgelaufenen Geschäftsjahres, wobei Umsatzerlöse und Ergebnis vor Ertragsteuern unter Berücksichtigung der sonstigen Steuern (EBT) die für die interne Steuerung der Gesellschaft verwendeten bedeutendsten finanziellen Leistungsindikatoren darstellen. Die Besucherzahlen im Familienbad Nattenberg und im Saunadorf sind der bedeutendste nichtfinanzielle Leistungsindikator.

Das EBT des Jahres 2021 beträgt -3,4 Mio. €. Im Vergleich zum geplanten EBT 2021 von -3,6 Mio. € fällt das EBT der BBL um 0,2 Mio. € besser aus. Ursächlich hierfür sind die durchgeführten Gegensteuerungsmaßnahmen. Auf die Umsatzerlöse wird in der folgenden Vermögens-, Finanz- und Ertragslage eingegangen.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das Ergebnis des Geschäftsjahres wird gemäß Gewinnabführungsvertrag mit der SWL von dieser ausgeglichen. Das Ergebnis vor Verlustübernahme beträgt -3,4 Mio. € (Vorjahr -3,6 Mio. €). Die wesentliche Ursache für die leichte Ergebnisverbesserung im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 Mio. € liegt im Wesentlichen in der Erhöhung der sonstigen betrieblichen Erträge, die unter anderem die finanziellen Hilfen des Bundes beinhalten (+0,1 Mio. €), und den gesunkenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen (+0,1 Mio. €). Die Ergebnisverbesserung gegenüber dem geplanten EBT 2021 von -3,6 Mio. € resultiert im Wesentlichen aus den finanziellen Hilfen des Bundes, die in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen sind. Aufgrund der pandemiebedingten Schließung der Einrichtungen haben sich sowohl die geplanten Erträge als auch die geplanten Aufwendungen verringert.

Von den Umsatzerlösen in Höhe von 0,79 Mio. € (Vorjahr 0,81 Mio. €) entfallen 0,33 Mio. € (Vorjahr 0,38 Mio. €) auf das Familienbad Nattenberg. Im Saunadorf wurden insgesamt 0,33 Mio. € erzielt (Vorjahr 0,29 Mio. €), davon 0,14 Mio. € (Vorjahr 0,11 Mio. €) in der Gastronomie. Darüber hinaus sind 0,13 Mio. € (Vorjahr 0,14 Mio. €) an sonstigen Umsatzerlösen angefallen. Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen 0,3 Mio. € (Vorjahr 0,2 Mio. €) und erhöhten sich vor allem durch finanzielle Hilfen des Bundes an Unternehmen, die von der pandemiebedingten temporären Geschäftsschließung betroffen sind. Im Berichtsjahr wurde die beantragte Dezemberhilfe für das Jahr 2020 in Höhe von 0,1 Mio. € bewilligt. Des Weiteren wurden 0,2 Mio. € Sozialversicherungsbeiträge aus Kurzarbeit erstattet.

Der Materialaufwand beträgt wie im Vorjahr 0,9 Mio. €; es ergaben sich keine wesentlichen inhaltlichen Veränderungen in der Zusammensetzung. Einsparungen bei den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie bezogenen Waren in Höhe von 0,06 Mio. € standen Mehrausgaben bei den bezogenen Leistungen in Höhe von 0,05 Mio. € gegenüber. Der Personalaufwand beträgt wie im Vorjahr 1,7 Mio. €. Die Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer betrug am Bilanzstichtag

48 Personen einschließlich Auszubildende (im Vorjahr 48 Personen). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 0,8 Mio. € (Vorjahr 0,9 Mio. €). In diesem Posten sind überwiegend Fixkosten enthalten, die sich im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert haben. Im Vorjahr war darüber hinaus eine Buchrestwertabschreibung über 0,07 Mio. € enthalten.

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr von 16,20 Mio. € um 0,04 Mio. € auf 16,16 Mio. € verringert. Auf der Aktivseite sank das Anlagevermögen um 0,87 Mio. € auf 14,01 Mio. €. Hier stehen den Investitionen in Höhe von 0,09 Mio. € die Abschreibungen von 0,96 Mio. € gegenüber. Das Umlaufvermögen ist im Vergleich zum Vorjahr von 1,35 Mio. € um 0,83 Mio. € auf 2,18 Mio. € gestiegen. Dieses liegt vor allem an den Forderungen aus der Verlustübernahme durch die Gesellschafterin, die nach Verrechnung mit Verbindlichkeiten aus kurzfristigen Tagesgeldkrediten 2,0 Mio. € betragen und im Vorjahr nach Verrechnung höherer Tagesgeldkredite eine Verbindlichkeit ergaben. Auf der Passivseite stiegen die sonstigen Rückstellungen um 0,14 Mio. €, die Verbindlichkeiten sind dagegen um 0,18 Mio. € gesunken.

Die Sachanlagenquote ist durch die Abnahme des Sachanlagevermögens um 5,0 Prozent auf 84,6 Prozent gesunken. Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital in Höhe von 15,2 Mio. € im Verhältnis zum Gesamtkapital in Höhe von 16,2 Mio. €) ist mit 94,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr (94,1 Prozent) leicht gestiegen. Grund hierfür ist die geringere Bilanzsumme bei konstantem Eigenkapital. Der Anlagendeckungsgrad zweiten Grades (Eigenkapital in Höhe von 15,2 Mio. € und langfristiges Fremdkapital in Höhe von 0,01 Mio. € im Verhältnis zum Anlagevermögen in Höhe von 14,0 Mio. €) ist von 102,7 Prozent im Vorjahr auf 108,6 Prozent im Berichtsjahr gestiegen. Im Jahr 2021 wurden 0,1 Mio. € in Sachanlagen (im Vorjahr 0,4 Mio. € in Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen) investiert. Sie betreffen im Wesentlichen eine Beckenkopferneuerung im Familienbad.

Die Gesellschaft konnte jederzeit ihren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachkommen. Für das Geschäftsjahr 2021 wurde ein Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Mittelabfluss) in Höhe von -2,0 Mio. € (Vorjahr -2,8 Mio. €) erzielt. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit ist von -0,4 Mio. € auf -0,1 Mio. € im Wesentlichen aufgrund der getätigten Investitionen gesunken. Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit hat sich aufgrund der Einzahlung aus der Verlustübernahme 2020 durch SWL von 3,4 Mio. € auf 3,5 Mio. € erhöht.

Gesamtbeurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Insgesamt verfügt der Bäderbetrieb Lüdenscheid über eine solide Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Chancen- und Risikobericht

Grundsätze

Das Ziel des Risikomanagements der ENERVIE Gruppe und damit der BBL ist es, die wesentlichen bestehenden und potenziellen Chancen und Risiken systematisch und frühzeitig zu identifizieren und durch eine kontinuierliche Überwachung und Steuerung den Unternehmenserfolg langfristig zu sichern. Das Risikomanagement liefert darüber hinaus wichtige Erkenntnisse und Entscheidungen über die Tragfähigkeit von Risiken. Entsprechend der möglichen Schadenshöhe werden die Risiken in Relevanzklassen eingeordnet und priorisiert. Die Relevanzklassen reichen von „unwesentlich“ (Auswirkung < 2 %), über „unbedeutend“ (Auswirkung

2-10%), „mittel“ (Auswirkung 10-25%), „bedeutend“ (Auswirkung 25-40%) 7 und „schwerwiegend“ (Auswirkung 40-80%) bis hin zu „bestandsgefährdend“ (Auswirkung > 80%). Die Auswirkung stellt dabei für Ergebnisrisiken auf den prozentualen Verzehr des hälftigen Grundkapitals zuzüglich der Kapitalrücklage (31. Dezember 2021: 15,2 Mio. €) bei Eintritt des Risikos ab.

Risikolage

Die aktuell relevanten Risiken der BBL lassen sich nach Auffassung der Geschäftsführung den folgenden Kategorien zuordnen:

Corona-Pandemie, Sanierung Rahmedetalbrücke und Russland-Ukraine-Krieg

Die Geschäftsjahre 2020 und 2021 der BBL waren besonders geprägt von den negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie. Das Familienbad war vom 2. November 2020 bis 10. Juni 2021 aufgrund des Erlasses des NRW-Gesundheitsministeriums geschlossen; seit dem Herbst gilt für den Zutritt die 2G-plus-Regelung. Das Saunadorf war vom 2. November 2020 bis 9. September 2021 ebenfalls geschlossen. Um den finanziellen Verlusten entgegenzuwirken, wurde für die Mitarbeiter der BBL Kurzarbeit angemeldet. Auch im Jahr 2022 wird die Corona-Pandemie die wirtschaftliche Entwicklung der BBL beeinflussen. Die Risiken hängen dabei sehr stark vom weiteren Verlauf sowie der Dauer der Pandemielage ab. Unter Umständen können die Risiken erhebliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der BBL haben. Aufgrund der Unvorhersehbarkeit der zukünftigen Entwicklung, ist eine Prognose der quantitativen Auswirkungen jedoch nicht sinnvoll möglich.

Ein weiteres Risiko birgt die seit Dezember 2021 gesperrte Rahmedetalbrücke auf der A 45, da besonders Gäste von außerhalb des Saunadorf schwerer erreichen können. Es besteht das Risiko, dass dieser Umstand zu einem Rückgang der Besucherzahlen und damit zu negativen Auswirkungen auf die Ertragslage führt. Wir stufen das Risiko als „bedeutend“ ein.

Seit dem 24. Februar 2022 führt Russland Krieg gegen die Ukraine. Die BBL geht davon aus, dass der Krieg zwar keine direkten Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der BBL hat. Je nach weiterem Verlauf des Krieges können sich aber insgesamt negative Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und auf die Konjunktur der Bundesrepublik Deutschland ergeben, die dann auch negative Auswirkungen auf die BBL hätten. Quantifiziert werden können diese Effekte zum jetzigen Zeitpunkt allerdings nicht.

Politische und rechtliche Risiken

Politische und rechtliche Risiken sind für BBL nur in begrenztem Umfang steuerbar. In Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachabteilungen innerhalb der ENERVIE Gruppe werden diese Risiken begrenzt. Zusätzlich gewährleistet die Mitarbeit in verschiedenen Verbänden eine frühzeitige Partizipation an der Diskussion der Auswirkungen neuer Gesetze und Anforderungen, weshalb die Gesellschaft das Risiko insgesamt als „unwesentlich“ einstuft.

Operationelle Risiken

Zu den operationellen Risiken zählen insbesondere Risiken aus den Bereichen Personal und Organisation. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass BBL organisatorisch in die ENERVIE

Gruppe eingegliedert ist. Der Erfolg im Markt wird maßgeblich durch die Kompetenz und Leistungsbereitschaft ihrer Mitarbeiter bestimmt. BBL ist dabei dem Risiko ausgesetzt, nicht über ausreichend bzw. ausreichend qualifizierte Mitarbeiter zu verfügen, um einen sicheren Betrieb zu gewährleisten. Durch Ausbildung von Fachkräften begegnet BBL diesem Risiko und stuft es daher als „unwesentlich“ ein.

Organisationsrisiken wird mit verbindlichen Regelungen für alle Mitarbeiter der ENERVIE Gruppe, die in den Konzernhandbüchern zusammengefasst sind, begegnet. Mit dem verbindlichen Nachschlagewerk belegen die Unternehmen der ENERVIE Gruppe entsprechend den Gesetzen, Verordnungen und Vorschriften organisiert zu sein. Das Risiko wird als „unwesentlich“ eingestuft. Im Technikbereich besteht das Risiko der ungeplanten Betriebsunterbrechung beispielsweise durch Störungen der Anlagen. Mittels Investitionen sowie einer systematischen Wartung und Instandhaltung wird dieses Risiko begrenzt, weshalb BBL es als „unwesentlich“ einstuft.

Gesamtbeurteilung der Risikosituation

Die wesentlichen Risiken der BBL sind identifiziert und quantifiziert und werden auf Basis des Risikomanagementsystems so weit wie möglich durch entsprechende Maßnahmen beherrscht. Ein Monitoring der Entwicklung wesentlicher Risiken erfolgt auf Konzernebene. Die BBL gewährleistet durch ihr aktives Krisenmanagement, dass die betriebene Infrastruktur weder gefährdet noch beeinträchtigt ist und sich weiterhin im sicheren und leistungsfähigen Zustand befindet. Unter Berücksichtigung der von der BBL getroffenen Gegensteuerungs- und Minimierungsmaßnahmen sind derzeit keine Risiken erkennbar, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden. Die Unvorhersehbarkeit der weiteren Entwicklung rund um die Corona-Pandemie und dem Russland-Ukraine-Krieg, grundlegende Verwerfungen insbesondere von rechtlichen, regulatorischen und politischen Rahmenbedingungen sowie operationelle Risiken stellen für BBL aktuell wie auch in der Zukunft eine besondere Herausforderung dar.

Darstellung der wesentlichen Chancen

Die Chancen der zukünftigen Entwicklung der BBL stellen sich als Gegenpositionen der entsprechenden Risiken dar. Eine besondere Chance des Familienbades sieht die Gesellschaft in der Positionierung am Markt durch Ausrichtung auf unterschiedliche Ziel- und Nutzergruppen im Bereich des öffentlichen Schwimmens, bei gleichzeitiger Möglichkeit ein großes Angebot für Schul- und Vereinsschwimmen bereitzustellen. Das Saunadorf als zertifiziertes Premiumprodukt mit einer im Markt etablierten und über die Region hinaus bekannten Anlage wird auch weiterhin ein qualitätsbewusstes Besucherpotential ansprechen und mobilisieren können. Durch das Refreshing wird zunehmend auch ein jüngeres Publikum angesprochen und an die Anlage gebunden.

Gesamtbeurteilung der Chancensituation

Die Chancen der BBL liegen in der Beibehaltung der guten Positionierung am Markt und somit der Stabilisierung der künftigen Ergebnisse trotz steigender Preise in den Kostensegmenten. Deren Bandbreite ist jedoch zu groß, um diese zu quantifizieren und innerhalb des Chancen- und Risikoberichts zu nennen.

Strategisches Ziel ist es, die BBL unter dem Vorhaben der selektiven Qualitäts- und Angebotsführerschaft dauerhaft sowohl im lokalen als auch im regionalen Markt zu etablieren.

Bericht entsprechend § 108 Absatz 3 Nr. 2 GO Nordrhein-Westfalen

Unternehmensgegenstand der Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH ist der Bau, die Unterhaltung und der Betrieb von öffentlichen Hallen- und Freibädern sowie ähnlichen Freizeiteinrichtungen. Die Bäderbetrieb Lüdenscheid GmbH hat im Berichtsjahr 2021 die öffentliche Zwecksetzung erfüllt, die ihr von der Stadt Lüdenscheid im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge übertragen wurde.

Prognosebericht

Zentrales Thema der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wird der Russland-Ukraine-Krieg mit seinen weltweiten politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen sein. Durch den Russland-Ukraine-Krieg ist die grundsätzliche Erholung der Volkswirtschaft durch das Abklingen der Corona-Pandemie in Gefahr, auch wenn noch keine definitive Auswirkung zum Effekt des Kriegs getroffen werden kann. Weiterhin bleibt aber auch die Corona-Pandemie mit der großen Unsicherheit bezüglich ihrer weiteren Entwicklung ein wichtiges Thema. Ebenso könnte die Erholung des privaten Konsums durch die steigende Inflation gedämpft werden. In Erwartung, dass die angebotsseitigen Engpässe im Laufe des Jahres geringer werden, könnte sich die Industrieproduktion langsam erholen. Auch hier könnten Lieferengpässe oder massive Preissteigerungen bei Kohle und Erdgas jedoch zu gegenläufigen Effekten führen.

Insgesamt unterliegt die gesamtwirtschaftliche Entwicklung größeren Unsicherheiten als in den vergangenen Jahren. Trotz der Unsicherheit geht die Bundesregierung aktuell von etwa 3,6 Prozent BIP-Wachstum im Jahr 2022 aus. Die Inflation dürfte im Laufe des Jahres 2022 zwar sinken, es wird jedoch erwartet, dass sie im Jahresschnitt auf etwa 3,3 Prozent liegt. Insgesamt besteht die Erwartung, dass die deutsche Wirtschaft sich im Verlauf des Jahres 2022 wieder in Richtung Normalauslastung entwickeln wird. Diese Entwicklung unterliegt jedoch größerer Unsicherheit aufgrund des Russland-Ukraine-Krieges, der damit zusammenhängenden weltpolitischen Entwicklung sowie der Disruption der Energieversorgungs- und Lieferketten aus Russland. Das Streben nach größerer energetischer Unabhängigkeit wird voraussichtlich einen starken Impuls für energiewirtschaftliche Entwicklungen geben.

Ebenso besteht auch noch eine gewisse Unsicherheit hinsichtlich des Pandemieverlaufs. Hierfür ist die Grundvoraussetzung, das Infektionsgeschehen effektiv zu begrenzen und große Teile der Bevölkerung zu impfen, denn erneute Einschränkungen bis hin zu Betriebsschließungen, die durch eine neue Infektionswelle zum Ende des Jahres 2022 bedingt sein können, stellen auch für BBL das größte Risiko dar.

Trotz des milliardenschweren Konjunkturpaketes der Bundesregierung möchte, laut einer Umfrage des Instituts Civey aus dem Jahr 2020, die Mehrheit der Deutschen nicht mehr konsumieren als bisher. Zwei von drei Befragten sagten, sie planen nicht, aufgrund des Paketes mehr Geld in die Hand zu nehmen. Eine Überkompensation ist unwahrscheinlich, es werden im Dienstleistungsportfolio der BBL keine Nachholeffekte erwartet, so dass ein verlorener Umsatz aus Vorjahren nicht mehr aufgeholt werden kann.

Nach Einschätzung der Gesellschaft wird sich das Wettbewerbsumfeld künftig nicht wesentlich verändern, aber eine starke Konkurrenzsituation im Bäder- und Saunamarkt wird weiterhin bestehen bleiben und möglicherweise noch wachsen. Wichtig wird es sein, die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Freizeitsparte weiter zu beobachten und sich ergebende Chancen zu identifizieren und zu nutzen. Der Fokus der Aktivitäten wird neben dem operativen Geschäft weiterhin auch auf der Optimierung der Prozesse und Strukturen liegen. BBL als ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der SWL wird von der Lage des Mutterunternehmens bzw. der ENERVIE Gruppe (Konzern) beeinflusst. Die aktuelle wirtschaftliche Situation der ENERVIE Gruppe und damit auch der BBL ist hinsichtlich der Ertrags- und Liquiditätsentwicklung robust und stabil, welches auch durch die am 13. Dezember 2021 durch den Aufsichtsrat der ENERVIE gebilligte Mittelfristplanung belegt ist.

Investitionen

In den nächsten Jahren wird BBL gezielt investieren, um sich für die Anforderungen des Marktes adäquat aufzustellen. Notwendige Erhaltungs- und Erneuerungsinvestitionen werden durchgeführt, um auch weiterhin einen sicheren und qualitativ hochwertigen Betrieb zu gewährleisten. Künftig wird BBL jährlich 0,06 Mio. € in die Betriebs- und Geschäftsausstattung investieren. Die jährlichen Abschreibungen werden zukünftig rund 0,9 Mio. € betragen. Mit den vorhandenen Finanzierungsquellen stellt BBL auch in Zukunft die Finanzierung des Unternehmens sicher. Um die Attraktivität und Funktionalität der Freizeiteinrichtungen auch für die Zukunft zu gewährleisten, wird ein Konzept zur nachhaltigen Substanzerhaltung und Attraktivitätssteigerung in den nächsten Jahren erarbeitet. Die notwendige Finanzierung wird sich am Maßnahmenkonzept orientieren, somit werden über gezielte Investitionen ein störungsarmer und attraktiver Betrieb sichergestellt.

Gesamtaussage zur voraussichtlichen Entwicklung

Die Prognose für das Jahr 2022 ist vor dem Hintergrund der neuen Regierung, dem Russland-Ukraine-Krieg, wirtschaftlichen Unsicherheiten der Corona-Pandemie, Engpässen auf den Zulieferermärkten, hoher und volatiler Energie- und Kraftstoffpreise, Auswirkungen der gesperrten Rahmedetalbrücke der A 45 sowie der stärkeren Klimaschutzausrichtung in Deutschland abzugeben. BBL ist sich der schwierigen Rahmenbedingungen im Freizeitmarkt bewusst und hat neben kostensenkenden und effizienzsteigernden Maßnahmen auch eine weitere Optimierung der Arbeitsabläufe und -prozesse eingeleitet, um trotz steigender Kosten das Ergebnis konstant zu halten. Auch zukünftig werden operative Verluste aus dem Bäderbetrieb entstehen. Der zielgerichtete, kompetente und serviceorientierte Personaleinsatz bildet die Grundvoraussetzung, um eine nachhaltige betriebswirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens sicherzustellen. Die primäre Zielsetzung beinhaltet, die bestmögliche und ressourcenorientierte Übereinstimmung zwischen Angebot und Nachfrage in den Folgejahren zu erzielen. Obwohl BBL eine klare Ausrichtung hat, kann sie, wie weite Teile der gesamten Volkswirtschaft, die Folgen des Russland-Ukraine-Krieges, der Pandemie, der Energiepreisentwicklungen, der Entwicklungen der Kraftstoffpreise, der Engpässe auf den Zulieferermärkten und damit die weitere Entwicklung für BBL nur unzureichend in Gänze absehen.

Die Prognose für das Geschäftsjahr 2022 ist deshalb im Vergleich zu den Vorjahren weiterhin mit größeren Unsicherheiten verbunden. Für das Geschäftsjahr 2022 geht BBL – auch in Anbetracht der Unsicherheiten aus dem weiteren Verlauf der Corona-Pandemie und vor allem des Russland-Ukraine-Krieges – weiterhin unverändert von einem EBT von -3,6 Mio. € aus.

Umsatzerlöse werden in Höhe von 1,8 Mio. € erwartet, die mit 0,7 Mio. € und geplanten 210.000 Besuchern auf das Familienbad Nattenberg entfallen sowie mit 1,0 Mio. € und geplanten 30.000 Besuchern auf das Saunadorf. Insgesamt erwartet die BBL für das Geschäftsjahr 2022 eine unverändert solide Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Situation der ENERVIE Gruppe und der am 13. Dezember 2021 durch den Aufsichtsrat der ENERVIE gebilligten Mittelfristplanung kann von einer ausreichenden Liquiditätsausstattung der BBL im Planungszeitraum ausgegangen werden.

4 Organisation der Beteiligungsverwaltung

Die Aufgaben der Beteiligungsverwaltung werden von dem Fachdienst Finanzen, Steuern und Beteiligungen (FD 20) wahrgenommen. Nachfolgend werden die wesentlichen Ziele bzw. Aufgaben dargestellt:

- Die gesetzlich und vertraglich vorgesehene Vertretung der Stadt Lüdenscheid in den einzelnen Gesellschaftsorganen wird gesichert. Es werden Ratsvorlagen für die Wahl der Vertreter sowie Vorlagen zur Vorbereitung wichtiger Unternehmensentscheidungen erstellt.
- Die wesentlichen Unterlagen z.B. die Gesellschaftsverträge der Beteiligungsunternehmen werden zentral aufbewahrt.
- Die Sitzungsunterlagen, Niederschriften, Jahresabschlüsse und Wirtschaftspläne werden durchgesehen und ausgewertet.
- Die Teilnahme der städtischen Vertreter an Sitzungen wird organisiert. Die Vertreter erhalten das Protokoll der jeweiligen Sitzung.
- Die Mandatsträger werden bei Bedarf beraten und unterstützt. Es werden betriebswirtschaftliche, gesellschaftsrechtliche und steuerrechtliche Fragen beantwortet.

Weitere Erläuterungen sowie die finanziellen und personellen Ressourcen sind dem Produkt 01.08.02 des Haushaltsplanes der Stadt Lüdenscheid zu entnehmen.

Für die Prüfung der Beteiligungsverwaltung ist die örtliche Rechnungsprüfung (FD 14) zuständig.

5 Public Corporate Governance Kodex

Die Stadt Lüdenscheid hat noch keinen Public Corporate Governance Kodex erstellt.